

Zeitschrift für den Klassenkampf

KOMMUNISMUS

#16 | 01/2020 | 2 €



DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS IN EUROPA

UMWELT & KLASSENKAMPF

INHALT

| KOMMUNISMUS #16 | 01/2020

DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS IN EUROPA | Seite 4

1. Der Imperialismus und der Kampf um die Welthegeemonie | Seite 5
2. Der imperialistische Kampf um Europa | Seite 10
3. Die Europäische Union - ein imperialistisches Bündnis | Seite 25
4. Imperialismus und Klassenkampf in Europa | Seite 37

UMWELT, KAPITALISMUS UND KLASSENKAMPF | Seite 44

Kommunismus Online:

Kommunismus Online lesen: www.komaufbau.org/zeitung

Website Kommunistischer Aufbau: www.komaufbau.org

Facebook: facebook.com/komauf

Twitter: twitter.com/komaufbau

Youtube: youtube.com/channel/KommunistischerAufbau

Abo-Möglichkeit:

„Kommunismus“ kann beim Verlag Leo Jogiches abonniert werden. Schick dazu einen Umschlag mit Geld und deiner Adresse an das Postfach 300 204, 44232 Dortmund. Du erhältst so viele Ausgaben von „Kommunismus“, wie Du bezahlt hast. Der Preis für 5 aufeinander folgende Ausgaben beträgt 15 Euro.

Anmerkung zum Sprachgebrauch:

In unseren Dokumenten wollen wir eine sprachliche Form wählen, die sich nicht nur auf ein Geschlecht bezieht, sondern Männer, Frauen, Transgender und intersexuelle Menschen ansprechen soll. Wir benutzen deshalb die Schreibweise mit großem Binnen-I („-Innen“).

Impressum:

Herausgeber: Redaktionskollektiv, Verlag Leo Jogiches; V.i.S.d.P.: H. Sand, Solmsstr. 32, 60486 Frankfurt a.M.

Kontakt: info@komaufbau.org

PGP-Key: komaufbau.org/kontakt | Fingerprint: 9A49 BFDB 1EA1 A19D E6E4 D090 6777 88 EC BE6A 4061

Eigentumsvorbehalt: Dieser Brief bleibt solange Eigentum der Absenderin bis er dem/der Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. „Zur Habe Nahme“ gilt nicht als persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Sollte ein Teil des Briefes nicht ausgehändigt werden, so ist dieser und nur dieser Teil unter Angabe der Gründe für die Nichtaushändigung an die Absenderin zurückzusenden. Der Rest ist auszuhändigen.

Liebe Leserinnen und Leser.

Ein neues, kämpferisches Jahr hat begonnen, und zum Start wollen wir uns zwei Themen genauer diskutieren, die uns in den nächsten Wochen und Monaten noch politisch beschäftigen werden.

In allen Teilen der Welt kam es in den letzten Monaten zu spontanen Massenbewegungen, teilweise sogar zu Aufständen: Sudan, Algerien, Hongkong, Haiti, Ecuador, Irak, Libanon, Chile sind nur einige der Länder, die in diesem Zusammenhang zu nennen sind. Und auch in Europa gab es allein im Dezember die Massenproteste in Spanien und den Generalstreik in Frankreich. Zugleich nehmen die Spannungen zwischen den führenden imperialistischen EU-Ländern zu, worüber auch blumenreiche Reden der neuen, im

Hinterzimmer ernannten deutschen Kommissionspräsidentin von der Leyen nicht hinwegtäuschen können. Schon Ende Januar könnte es den Showdown im Brexit-Krimi geben. Kurzum: In Europa brodelt es – höchste Zeit also, dass wir einen genaueren Blick auf die imperialistischen Widersprüche und die Klassenkämpfe in Europa werfen und eine Einschätzung der Europäischen Union vornehmen. Dies ist das Thema unseres ersten Artikels „**Der deutsche Imperialismus in Europa**“.

Das zweite große Thema dieser Ausgabe ist der weltweite Kampf der Umweltbewegung. Warum ist es eine Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus, unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören? Wie versuchen die Kapitalisten, auch aus dem Klimawandel noch

Profit zu schlagen? Wie stehen wir zur Dauerdebatte, es wäre der Einzelne, der jetzt sein Konsumverhalten ändern müsse? Warum halten wir es für unbedingt notwendig, sich an den Bewegungen gegen die Umweltzerstörung aktiv zu beteiligen? Und warum denken wir trotzdem, dass die CO2-Steuer bekämpft werden muss? Diesen und vielen anderen Fragen widmen wir uns in unserem zweiten Artikel „**Umwelt, Kapitalismus und Klassenkampf**“.

Wir wünschen allen unseren LeserInnen eine spannende Lektüre!

Mit revolutionären Grüßen,

Redaktion

KOMMUNISMUS 





DER DEUTSCHE IMPERIALISMUS IN EUROPA

» Dieses Mal wähle ich!« - die Wahlen zum Europäischen Parlament waren im vergangenen Jahr von einer Propaganda-Kampagne begleitet, die ihresgleichen suchte. Von öden Werbeclips mit Neugeborenen¹ über Plakataufrufe der deutschen Städte und Gemeinden bis hin zu staatlich organisierten Großdemonstrationen („Ein Europa für alle – Deine Stimme gegen Nationalismus“) – die BürgerInnen Europas sollten mit viel guter Stimmung, mahnenden Worten und jeder Menge Kitsch dazu gebracht werden, sich diesmal doch bitte zum Wahllokal zu bewegen. Nach einer überaus mauen Wahlbeteiligung von 43 Prozent im Jahr 2014 (Deutschland: 47,9 Prozent) war das auch allzu verständlich. Gerade für Deutschland, das dominierende imperialistische Land der EU, ist es unvorteilhaft, wenn die BürgerInnen sich einen feuchten Kehricht für die Europawahlen interessieren: Das eigene Gewicht in

der nächsten Verhandlungsrunde der Staats- und Regierungschefs über den EU-Haushalt oder die Besetzung des Chefposts der Europäischen Zentralbank ist größer, wenn man zu Hause eine pro-europäische Massenbasis vorweisen kann.

Am Ende ist die Kampagne einigermassen geglückt: 61,5 Prozent beteiligten sich in Deutschland nach der Dauerberieselung. Das ist immer noch recht wenig, wenn man es mit Bundestagswahlen vergleicht (2017: 76 Prozent). Die europäischen Völker beweisen mit ihrem hartnäckigen Desinteresse an den Europawahlen jedoch ein richtiges Gespür: Das EU-Parlament ist selbst unter den bürgerlich-demokratischen Parlamenten eine besonders machtlose Schwatzbude. Alle wesentlichen Entscheidungen in der EU werden von der Runde der Staats- und Regierungschefs getroffen. Die Nationalstaaten sind mit der EU also keineswegs überwunden oder zurückgedrängt.

Fragt sich somit, was das ganze

Getue um Europa inklusive Flagge und Hymne eigentlich soll. Warum haben sich 28 Staaten zu einem Bündnis zusammenschlossen und welchen Charakter trägt dieses Bündnis? Wie sehen die imperialistischen Machtverhältnisse in Europa aus? Welche Geostrategie verfolgt der deutsche Imperialismus und welche Rolle spielt die EU dabei? Was ist die innere Logik der zahlreichen Widersprüche der europäischen Einigung? Warum kann man die EU als notwendige Unmöglichkeit bezeichnen? Welche Haltung sollte die ArbeiterInnenklasse in Europa gegenüber der EU einnehmen? Ist die Forderung nach dem Austritt des eigenen Landes eine reaktionäre Position, weil einige rechte Parteien sie auch vertreten?

Wir wollen diese und einige andere Fragen im vorliegenden Artikel diskutieren. Dabei geht es uns um einen ersten Schritt zur Analyse des deutschen Imperialismus und seiner Rolle in der Welt als Teil unserer Arbeit an einer Klassenanalyse.

¹ Werbeclip „Choose your future“: www.youtube.be/R3tEffvAgag

1) Der Imperialismus und der Kampf um die Welthegeemonie

Um das Wesen der Europäischen Union zu verstehen, ist es notwendig, sich die Grundzüge des Kapitalismus in seinem imperialistischen Stadium ins Gedächtnis zu rufen. Das betrifft vor allem das **Monopol** als allgemeine Tendenz des Kapitals, das **Verhältnis zwischen Monopolen und Nationalstaaten** sowie das **imperialistische Weltsystem**, welches sich auf der Grundlage des Monopols zwischen den Staaten entwickelt hat.

MONOPOLE, WELTMONOPOLE UND FINANZKAPITAL

Der Begriff des Monopols beschränkt sich der marxistisch-leninistischen Auffassung nach im Gegensatz zur bürgerlichen Ökonomie nicht auf die Aufteilung von Märkten. Wie Lenin 1917 in seiner grundlegenden Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“² ausgeführt hat, ist es die **Konzentration der Produktion und des Kapitals**, welche die wesentliche Grundlage des Monopols³ und des Übergangs

zum Imperialismus bildet. Diese Konzentration wiederum ist eine Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Entwicklung. Kurz gesagt: Die mächtigsten kapitalistischen Unternehmen haben im Imperialismus eine solche Größe und Stellung erlangt, dass sie die Produktion beherrschen und deshalb die Märkte unter sich aufteilen können. Das Monopol dient den Kapitalisten dazu, den Profit über die Durchschnittsprofitrate hinaus zu steigern. Der Monopolprofit⁴ ist die Voraussetzung dafür, dass sie die erweiterte Reproduktion des Kapitals auch unter den Bedingungen fallender Profitraten aufrechterhalten können, nämlich auf Kosten aller übrigen Teile der Gesellschaft (z.B. über Monopolpreise, das Diktieren von Lieferbedingungen, den Zugriff auf den Staatshaushalt). Die Monopole ordnen sich den bürgerlichen Staat unter und durchdringen gleichzeitig alle Bereiche der Gesellschaft.⁵

Zu Lenins Zeiten hat sich die Tendenz des Kapitals zum Monopol vor allem in der Bildung sogenannter kombinierter Großbetriebe geltend gemacht, die alle Stufen der Produktion bei sich vereint ha-

ben. Solche kombinierten Großbetriebe sind heute nicht mehr vorherrschend: Weder dahingehend, dass alle Produktionsstufen buchstäblich unter einem Dach, d.h. in einer einzigen Fabrik organisiert sind, noch dahingehend, dass die Betriebe eines zusammenhängenden Produktionsprozesses notwendigerweise zu einem einzigen Unternehmensverbund gehören, dass sie durch direkten Aktienbesitz miteinander verflochten sind. Stattdessen sind heute **spezialisierte Betriebe** und die Organisation der Produktion in der Form **internationaler Produktionsketten** vorherrschend: Das heißt, verschiedene Fertigungsstufen eines einzelnen Produkts finden nicht nur nicht innerhalb einer Fabrik, sondern häufig sogar in verschiedenen Ländern statt. Wie wir in unserem Artikel über die Struktur des heutigen Kapitalismus in Deutschland⁶ ausgeführt haben, dient diese Organisationsform der Produktion dazu, die organische Zusammensetzung des Kapitals in Bezug auf den gesamten Produktionsprozess zu senken und damit dem tendenziellen Fall der Profitrate entgegenzuwirken.

Den größten Teil des Profits streichen in der Regel die Monopole am Ende der Kette ein. Wir bezeichnen sie als **Weltmonopole** – das heißt Monopole, die den internationalisierten Produktionsprozess und auf dieser Grundlage den Weltmarkt beherrschen. Sie erledigen selbst meist die Entwicklung und die Endfertigung der Produkte (z.B. Volkswagen in Bezug auf Fahrzeuge). Wichtig ist: Um den Produktionsprozess zu beherrschen, müssen sie die Zu-

2 Lenin, „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“, Werke 22, S. 189 ff.

3 „Monopole sind aus der Konzentration der Produktion und des Kapitals hervorgegangene kapitalistische Großunternehmen oder Vereinigungen solcher Unternehmungen in nationalem und internationalem Maßstab, die zum Zwecke der Erlangung von Monopolprofiten die freie Konkurrenz ausschalten und als monopolistische Konkurrenz wiederherstellen, durch Verflechtung aller Wirtschaftszweige zum Finanzkapital die Herrschaft der Finanzoligarchie begründen, die Rohstoffquellen in monopolistischen Besitz nehmen und durch Aufteilung des Territoriums der Erde ein Kolonialmonopol errichten; obwohl sie den Prozess des technischen Fortschritts vergesellschaften, erzeugen die Monopole gleichzeitig die Tendenz zu Fäulnis und Stagnation, wodurch sie als Erscheinung des Untergangs

des Kapitalismus und als Übergang zu einer höheren Ordnung gekennzeichnet sind.“, Fred Oelßner, „Ein Beitrag zur Monopoltheorie“, Probleme der politischen Ökonomie 3, Akademie-Verlag, S. 67; download unter www.kombibl.wordpress.com/2019/03/03/f-oelssner-monopoltheorie

4 In der ML-Literatur wird häufig auch der Begriff „Maximalprofit“ in der gleichen Bedeutung verwendet. Wir finden Maximalprofit jedoch ungenau, da jedes Kapital (auch der einzelne Kapitalist im Kapitalismus der freien Konkurrenz) nach maximalem Profit strebt. Um möglichen Verwirrungen vorzubeugen, verwenden wir daher einheitlich und durchgängig den Begriff Monopolprofit.

5 Vgl. Stalin, Werke 15, Verlag Roter Morgen 1976, S. 328 ff.

6 „Die Struktur des Kapitalismus in Deutschland“, Kommunismus 13, S. 8 ff.

lieferunternehmen nicht mehr unbedingt selbst besitzen. Sie haben sich diese jedoch untergeordnet. Ein wichtiges Mittel hierfür bildet z.B. der alleinige Zugriff auf die fortgeschrittenste Technologie⁷.

Die Tendenz zur Monopolisierung ist heute auf allen Stufen des Produktionsprozesses, nicht mehr nur bei den beherrschenden Unternehmen sichtbar: Auch die Zulieferunternehmen und sogar die sogenannten „mittelständischen“ Betriebe können heute Monopolisten in einem Bereich der Produktion sein, z.B. hinsichtlich eines ganz bestimmten Vorproduktes (Spezialschrauben für die Raumfahrt o.ä.). Zur begrifflichen Unterscheidung von den Weltmonopolen können wir von **abhän-**

gigen oder **Zuliefermonopolen** sprechen (wobei dieser Begriff nur die Funktion innerhalb des internationalen Produktionsprozesses ausdrückt und noch nichts über die Größe des jeweiligen Unternehmens aussagt). Die Tendenz des Kapitals zur Monopolbildung auf allen Ebenen widerspricht einer mechanischen Einteilung der Bourgeoisie in einen monopolistischen und einen nicht-monopolistischen Teil, wie sie die modernen Revisionisten seit Jahrzehnten propagieren. Trotzdem muss betont werden, dass zwischen den Monopolen ein klares Machtgefälle herrscht: Die untergeordneten Monopole eines Produktionsverbandes treten nicht nur einen Teil ihres Mehrwerts nach oben an die Weltmonopole ab, sondern befinden sich in einem Abhängigkeitsverhältnis von ihnen: Das heißt, sie können in aller Regel keine von den Weltmonopolen unabhängige Unternehmensstrategie verfolgen⁸.

Eine ähnliche Tendenz zur Spezialisierung wie in der Industrie findet sich auch in der Finanzbranche. Dies macht sich in der Trennung von Banken, Versicherungen, Fondsgesellschaften, Vermögensverwaltungen usw. bemerkbar. Die Monopole in der Industrie sind heute auf allen Ebenen mit den Monopolen der Finanzbranche verflochten. Zusammen bilden sie ein hochkomplexes Netzwerk von Aktienbeteiligungen, stillen Beteiligungen, Kreditbeziehungen usw., das die moderne Erscheinungsform des **Finanzkapitals** ist. Kontrolliert wird dieses von einer verschwindend kleinen Schicht von Kapitalisten, die wir als die **Finanzoligarchie** bezeichnen.

Genau wie das Industriekapital die Internationalisierung der Produktion herbeiführt, um die Profite zu steigern, strebt das gesamte Kapital über die Grenzen der Nationalstaaten hinaus. Seit den 1970er Jahren wurden deshalb in allen wichtigen kapitalistischen Ländern nach und nach die Beschränkungen für grenzüberschreitende

7 Bill Gates wurde mit Microsoft zum reichsten Mann der Welt, nämlich aufgrund des jahrzehntelangen Monopols bei PC-Betriebssystemen (Windows). Ähnliches gilt heute z.B. für Amazon und Alibaba, die versuchen ein weitgehendes Monopol für die Infrastruktur des weltweiten Warenhandels zu errichten. Mit solchen Monopolen lassen sich dann auch Mehrwert und Vermögen von unabhängigen Unternehmen bis hin zu Weltmonopolen abschöpfen.

8 Einzelne Ausnahmen sind Zulieferunternehmen, die selbst auch Weltmonopole sind, wie z.B. Bosch.



Kapitalbewegungen aufgehoben. Die Internationalisierung der Kapitalverflechtungen wurde infolgedessen vorherrschend. Die nationale Verflechtung von Aktienbesitz, wie sie z.B. für Deutschland mit seiner „Deutschland-AG“ lange Zeit kennzeichnend war, wurde zurückgefahren⁹.

Die Tendenz zur Spezialisierung der Betriebe bei gleichzeitiger Monopolbildung auf allen Ebenen spiegelt sich auch in einer veränderten Struktur der ArbeiterInnenklasse wider: Einerseits in der Proletarisierung von Bevölkerungsteilen, die früher nicht zur ArbeiterInnenklasse gehörten, andererseits durch die Ausdifferenzierung der ArbeiterInnenklasse auf internationaler Ebene, aber auch auf nationaler Ebene und in der einzelnen Fabrik (z.B. in Form von Stammebelegschaften, LeiharbeiterInnen, WerkvertragsarbeiterInnen, Subunternehmen, Scheinselbständigen usw.)¹⁰.

MONOPOLE UND NATIONALSTAATEN

Die Internationalisierung der Produktion, der Finanzgeschäfte und der Kapitalverflechtungen bedeutet nicht, dass sich die Monopole von den Nationalstaaten gelöst hätten. Dieser Prozess führt nicht dazu, dass es nur noch ein einziges, international verflochtenes Supermonopol auf der Welt gäbe oder dass sich ein solches entwickeln könnte. Das Monopol entsteht im Kapitalismus aus der Konkurrenz, hebt diese auf und stellt sie zugleich auf einer höheren Stufe wieder her. Es verändert dabei ihre Erscheinungsformen: Kartelle werden z.B. aufgekündigt, wenn sich die Kräfteverhältnisse zwischen den beteiligten Unternehmen verändert haben. Der mo-

nopolistische Konkurrenzkampf geht „*nicht nur um den Absatz von Waren, sondern um Rohstoffquellen und Einflussphären und nicht zuletzt um die Beherrschung der Monopole selbst (Aktienmehrheit)*.“¹¹ Die Herausbildung von Weltmonopolen ändert an diesem grundlegenden Verhältnis nichts. Sie führt nur zu komplexeren Verhältnissen im Konkurrenzkampf: Insbesondere wird die Manövrierfähigkeit der Zuliefermonopole durch ihre Abhängigkeit eingeschränkt, während die Weltmonopole zu den bestimmenden Akteuren im Konkurrenzkampf werden.

Auch die Verbindung zwischen bestimmten Monopolen und ihren Nationalstaaten bleibt bestehen. Dem monopolistischen Kapital ist es zwar egal, wo es seinen Profit erwirtschaftet, solange dieser maximal hoch ist. Deshalb jagt es auf der Suche nach gewinnbringenden Anlagemöglichkeiten über den ganzen Globus. Das bedeutet aber nicht, dass das Finanzkapital auf seinen Nationalstaat als **Machtbasis** verzichten könnte. Im Zuge der Entstehung der Monopole haben diese sich die Nationalstaaten untergeordnet und nutzen sie für eine Vielzahl von unverzichtbaren Aufgaben: Die Staaten dienen ihnen zur bewaffneten Niederhaltung der ArbeiterInnenklasse und im internationalen Konkurrenzkampf, etwa zur Eroberung von wirtschaftlichen Einflussphären, zur Unterjochung anderer Staaten und zur Stärkung ihrer Position im Kampf um die Weltherrschaft. Die Mittel dazu reichen von Handelsabkommen zur „friedlichen“ wirtschaftlichen Durchdringung anderer Länder über Wirtschaftskriege bis hin zu militärischen Kriegen. Der Staat dient dem Finanzkapital auch direkt ökonomisch zur

Realisierung des Monopolprofits, nämlich durch die Umverteilung des Nationaleinkommens und des gesamten gesellschaftlichen Vermögens (etwa über Staatsschulden und Subventionen).

Die Herausbildung von Weltmonopolen ändert auch an dieser Verbindung nichts. Sie wirkt sich vielmehr auf das **Verhältnis zwischen den Nationalstaaten** aus. Nämlich in dem Sinne, dass sich die Hierarchie der Welt- und Zuliefermonopole im Machtgefüge der Staaten untereinander widerspiegelt: Die Fähigkeit eines imperialistischen Staates, sich mit einer eigenen Geostrategie am Kampf um die Weltherrschaft zu beteiligen, hängt davon ab, ob hinter ihm Weltmonopole stehen, wie viele es sind, welche Stellung sie im internationalen Kapitalismus einnehmen usw. Insbesondere kann ein Staat sich andere Staaten politisch unterordnen, wenn dort vor allem Zuliefermonopole bestehen, die von den eigenen Weltmonopolen abhängig sind.

Ein deutsches Weltmonopol wie die Allianz oder Volkswagen kann sich also über den gesamten Globus ausbreiten, Standorte in anderen Ländern errichten, theoretisch sogar seinen Hauptsitz ins Ausland verlegen, um Steuern zu sparen – und doch wird es niemals auf den Staat BRD als Machtbasis und -instrument verzichten können.

Zugleich kann sich der internationale Konkurrenzkampf auch als Kampf um die Beherrschung bestimmter Monopole darstellen, die zwischen den finanzkapitalistischen Gruppen verschiedener Länder aufgeteilt sind (wie z.B. der britisch-niederländische Ölkonzern Royal Dutch Shell oder das deutsch-französisch-spanische Luftfahrt- und Rüstungsmonopol Airbus).

⁹ Kommunismus 13, S. 16

¹⁰ „Struktur der ArbeiterInnenklasse in Deutschland“, Kommunismus 13, S. 38ff.

¹¹ Oelßner, „Ein Beitrag zur Monopoltheorie“, Probleme der politischen Ökonomie 3, S. 64

DAS IMPERIALISTISCHE WELTSYSTEM

Die internationalen Beziehungen zwischen den Staaten haben sich in den vergangenen einhundert Jahren, seit der ersten vollständigen Aufteilung der Welt unter die Imperialisten, weiterentwickelt und komplexere Formen angenommen. Die alten imperialistischen Mächte, nämlich die **USA, Deutschland, das Vereinigte Königreich, Frankreich** und **Japan**, verfügen zwar bis heute über die wichtigsten Weltmonopole und spielen im Kampf um die globale Vorherrschaft vorne mit. Heute ist es aber nicht mehr so, dass diese Handvoll industrialisierter, imperialistischer Staaten einem Rest der Welt aus wenig entwickelten Kolonien gegenüber stünde, die den Monopolen im wesentlichen als Rohstoffquellen und Absatzmärkte für Produkte aus den imperialistischen Zentren dienen. Stattdessen hat die kapitalistische Produktionsweise heute in allen Ländern Einzug gehalten – wenn sie sich auch weitgehend auf Basis der imperialistischen Aufteilung der

Welt und damit unter massiven internationalen Ungleichgewichten entwickelt hat¹². Das bedeutet, dass heute in nahezu allen Staaten eine gewisse Industrie vorhanden ist. Die kapitalistische Form der Ausbeutung herrscht überall vor. Ältere Produktionsweisen wie z.B. feudale ökonomische Verhältnisse spielen nur noch eine Nebenrolle. Weltmonopole wie Volkswagen betreiben heute Fertigungsstätten auf allen Kontinenten, inklusive Afrika. Gleichwohl bleibt ein internationales Gefälle in der industriellen Entwicklung bestehen.

Die Weltmonopole nutzen dieses im Rahmen der internationalen Produktionsketten für sich: Zum Beispiel, wenn sie die Produktion einfacher Bauteile in primitive Fabriken in abhängigen Staaten auslagern, wo die Handarbeit vorherrschend und die Arbeitskraft billig ist. Die im Gegensatz zu früher verwickelteren Beziehungen in der kapitalistischen Welt äußern sich ferner darin,

dass neben dem **Kapitalexport** auch der **Kapitalimport** immer mehr ein Mittel im Kampf um die Neuaufteilung der Welt geworden ist¹³.

Die Entwicklung einer kapitalistischen Industrie war die Basis dafür, dass es einige früherer Kolonien und Halbkolonien (teilweise über den Umweg einer abgebrochenen sozialistischen Entwicklung) geschafft haben, eigene Weltmonopole zu entwickeln und sich einen Platz im imperialistischen System zu erobern. **China, Indien** und **Russland** etwa verfügen heute über Weltmonopole und sind – auch aufgrund ihrer militärischen Kapazitäten und ihrer Kontrolle über bestimmte Regionen der Welt – führende Akteure im Kampf um die Weltherrschaft. Sie gehören damit zu den großen imperialistischen Staaten.

Ebenso gibt es alte imperialistische Staaten in Europa, die noch von einer vergangenen führenden Stellung in der Welt als Kolonialmächte zehren (wie z.B. **Spanien, Italien** oder die **Niederlande**).

12 Vgl. z.B. die Ausführungen über die strukturelle Krise lateinamerikanischer Ökonomien am Beispiel Venezuelas in: „Venezuela-Krise verständlich erklärt“, <https://perspektive-online.net/2019/04/venezuela-krise-verstaendlich-erklart-video-interview-mit-simon-ernst>

13 Ein Beispiel wäre der gezielte Kapitalimport der USA zu Zeiten des Währungssystems von Bretton-Woods, vgl.; <https://komaufbau.org/wirtschaftskrise/>

Das imperialistische Weltsystem ist heute pyramidenförmig organisiert



Hinter diesen Staaten stehen bis heute Weltmonopole. Trotzdem sind sie viel schwächer als die führenden Imperialisten und zu einer eigenen Geostrategie nicht in der Lage. Andere europäische Staaten wiederum spielen eher die dritte Geige im imperialistischen System und können allenfalls eine begrenzte regionale Strategie verfolgen (wie z.B. **Portugal** oder **Finnland**).

Daneben besteht auf der Welt eine ganze Reihe aufgestiegener Staaten, die heute schon eine regionale Hegemonie ausüben. Oft verfügen sie über große Monopole, die aber z.B. über Kapitalbeteiligungen von größeren Imperialisten abhängig sind (z.B. **Brasilien**, **Mexiko** oder die **Türkei**). Andere Staaten wiederum haben als Ölförderländer oder Handels- und Finanzplätze über die Jahrzehnte sehr viel Geldkapital angehäuft. Sie streben nun die Entwicklung eigener Weltmonopole an (z.B. **Saudi-Arabien**, **Vereinigte Arabische Emirate**) oder sind bestrebt, ihre Stellung als Rentierstaaten auszubauen (z.B. **Singapur**). Es ließen sich noch weitere Zwischenformen aufzählen.

Die **allgemeine Tendenz des Kapitals zum Monopol** spiegelt sich also auch auf der Ebene der Staaten wieder. Sie hat ein **pyramidenartig organisiertes imperialistisches Weltsystem** mit komplizierten wechselseitigen Abhängigkeiten hervorgebracht. Finanzkapitalistische Gruppen und ihre Staaten können heute eine begrenzte Hegemonie ausüben und gleichzeitig die Vasallen größerer Imperialisten sein. Gleichzeitig gibt es neben den genannten großen und mittleren imperialistischen Mächten sowie den kleineren kapitalistischen Staaten natürlich noch das Fundament der Pyramide, nämlich die



Kapitalisten benötigen noch immer ihren Nationalstaat (Vertreter des Bundesverband der Deutschen Industrie mit Angela Merkel)

alten Kolonien und Neokolonien. Sie befinden sich bis heute unter vollständiger Abhängigkeit von den Imperialisten und ihre Reichtümer werden von ausländischen Monopolen geplündert. Allein in Europa ließen sich die **ehemaligen jugoslawischen Staaten (Serbien, Montenegro, Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Slowenien, Kosovo, Nordmazedonien), Rumänien, Bulgarien und Albanien** sowie die baltischen Staaten **Estland, Lettland und Litauen** als Beispiele nennen.

Dieses komplexe imperialistische System wirft ständig die Frage nach der Neuaufteilung der Welt auf. Zwischen den Unternehmen werden monopolistische Deals über internationale Märkte geschlossen, bei denen jedes Kapital den Anteil an der Beute erhält, der seiner Stärke im gegebenen Moment entspricht. Dieser **Aufteilung der Weltmärkte durch die Monopole** entspricht die **territoriale Aufteilung der Welt in Machtsphären der imperialistischen Nationalstaaten**. Wann immer sich die Kräfteverhältnisse zwischen ihnen verändern, beginnt der erbitterte Kampf um eine Neuaufteilung. Diese im-

perialistische Konkurrenz äußert sich in wechselnden Bündnissen, wirtschaftlichen und diplomatischen Auseinandersetzungen bis hin zu Kriegen mit dem Ziel, Territorien zu erobern.

Neben Handelskonflikten und regionalen Kriegen sind heute die ständigen Machtkämpfe innerhalb internationaler imperialistischer Organisationen eine häufige Erscheinungsform der monopolistischen Konkurrenz. Zu diesen Organisationen gehören Freihandelszonen, die im Zuge der Öffnung der Landesgrenzen für Kapitalgeschäfte eingerichtet wurden, die Welthandelsorganisation, der Internationale Währungsfonds, die Weltbank, die Asiatische Infrastruktur-Investmentbank, die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit sowie verschiedene regionale Zusammenschlüsse und Bündnisse. Jeder imperialistische Staat beteiligt sich an diesen Vereinigungen mit dem Ziel, seine Monopole in eine möglichst gute Position für die Eroberung der Weltproduktion und der Weltmärkte zu bringen. Einer von diesen Zusammenschlüssen ist die Europäische Union.

2) Der imperialistische Kampf um Europa

DIE POLITISCHE EBENE – NATIONALSTAATEN UND GEOSTRATEGIE

Der Kampf um die Weltherrschaft – Eurasien, Europa und Deutschland

Die Monopole und ihr Streben nach Monopolprofit machen den Kampf der imperialistischen Staaten um die Weltherrschaft zur Notwendigkeit. Zum Verständnis des Kampfs um die globale Vorherrschaft ist es notwendig, einige Grundannahmen des europäischen Denkens zurecht zu rücken, von dem auch KommunistInnen in Deutschland und Europa geprägt sind.

Einen wirtschaftlichen und politischen Verkehr zwischen den Kontinenten gibt es seit etwa 500 Jahren. Erst seitdem kann die Fra-

ge der Weltherrschaft im Sinne der Beherrschung des gesamten Globus überhaupt gestellt werden. So ist in Europa kaum bewusst, dass es auf dem Höhepunkt der Macht des Römischen Reichs ein zweites, ebenso mächtiges Imperium in China gegeben hat – beide Reiche hatten so gut wie keine Berührung miteinander. Sie beherrschten ihre jeweilige „Welt“, die aber geografisch jeweils nur eine Weltregion umfasste.

In den fünf Jahrhunderten des globalen Verkehrs beherrschten dann bis 1945 westeuropäische Mächte mehr oder weniger die gesamte Welt. Dies hängt eng damit zusammen, dass der Kapitalismus als fortgeschrittenste Produktionsweise zu Beginn dieser Zeit eben in Westeuropa entstanden war¹⁴. Es ist ein Ergebnis dieser

Entwicklung, dass die meisten EuropäerInnen heute eine Weltkarte im Kopf haben, bei der Europa in der Mitte und damit scheinbar im Zentrum der Welt liegt. Dem entspricht ein **eurozentrisches** Denken, dem zufolge die gesamte Weltgeschichte im wesentlichen eine europäische gewesen sei und dass Europa die Zivilisation über die Welt gebracht hätte. Abgesehen davon, dass dieses Denken ein reaktionäres Erbe des Kolonialismus ist, ist die Vorstellung von Europa als Zentrum der Welt jedoch einfach falsch. Europa bildet nicht mehr und nicht weniger als die westliche Region des eurasischen Landmassivs. Der Schlüssel für die imperialistische Welthege- monie ist aber die Kontrolle über Eurasien – Europa und Asien – als ganzes¹⁵.

14 Vgl. „Grundschulung Geschichte – 2. Vom Urkommunismus zur sozialen Revolution“, <https://komaufbau.org/wp-content/uploads/2018/09/Grundschul->

ung-Drei-Quellen-Die-Geschichte-aus-marxistischer-Sicht-v1.pdf

15 Vgl. auch unseren Artikel: „Kampf um Ostasien“, Kommunismus 11, S. 36 ff.



Das „Große Schachbrett“ wie es der US-Strategie Brzeziński sieht

Dies kann man sich an einigen Fakten klarmachen: Eurasien ist die größte zusammenhängende Landmasse der Welt und die zentrale geopolitische Achse. Eine Macht, die Eurasien beherrscht, würde je nach Kriterium zwischen 60 und 80 Prozent der weltweiten Rohstoffe kontrollieren. Hinzu kommt, dass einer solchen Großmacht fast automatisch die Kontrolle über Afrika zufallen würde. Sie könnte somit den amerikanischen Kontinent sowie Australien und Ozeanien an den Rand drängen. Daher darf aus Sicht der **USA** als heute führender – und dabei überseeischer – imperialistischer Macht in Eurasien keine neue Großmacht entstehen. Alle Staaten (mit Ausnahme Japans), welche die Vorherrschaft des US-Imperialismus politisch und/oder ökonomisch herausfordern oder dies in den nächsten Jahrzehnten tun könnten, befinden sich aber in Eurasien: Dies gilt insbesondere für China, aber auch für Indien, Russland und die europäischen Imperialisten. Daher muss der wesentliche Inhalt jeder US-Geostrategie sein, ein strategisches Zusammengehen dieser eurasischen Imperialisten gegen die US-Dominanz zu verhindern. In den Worten des US-Außenpolitikers Brzezinski ist Eurasien das „Große Schachbrett“, auf dem im 21. Jhd. der Kampf um die Weltherrschaft ausgetragen wird.¹⁶

16 Brzezinski, „The Grand Chessboard“,

Betrachten wir Eurasien als ganzes, bildet **Deutschland** entweder (aus Sicht einer überseeischen Macht) einen Brückenkopf auf die eurasische Landmasse bzw. (aus Sicht einer eurasischen Großmacht) den westlichen Ausläufer des eigenen Imperiums¹⁷. In Bezug auf Europa liegt Deutschland wiederum in dessen Zentrum, und zwar mitten im Aufmarschgebiet, wo sich alle Wege kreuzen. Aus der geopolitischen Sicht des deutschen Imperialismus ist das eigene Kernland also ständig bedroht. Dies unterscheidet ihn von historischen Seemächten in Randlage (England, Spanien, Portugal, Japan) oder Landmächten mit großen Territorien (Persien, Osmanisches Reich, China). Ohne eine gesicherte Machtbasis in Mitteleuropa ist an einen Kampf um die Vorherrschaft in der Welt für Deutschland also nicht zu denken. In der Konsequenz muss sich der geostrategische Blick des deutschen Imperialismus immer zuerst auf die **Sicherung der Kontrolle über Mitteleuropa**, d.h. seine direkten Nachbarn richten. Von einer solchen Basis aus kann er sich dann ausdehnen, und zwar strategisch sinnvoll in Richtung **Osten** (über Polen und die Ukraine in Richtung Kaukasus) oder **Südosten** (über den Balkan in Richtung Türkei). Die Europastra-

Basic Books (1997)

17 Vgl. unseren Artikel „Die räumliche Struktur der Klassengesellschaft in Deutschland“, Kommunismus 14, S. 26ff.

tegien des deutschen Imperialismus setzen seit 150 Jahren hier an.

Die Europastrategien des deutschen Kapitals

Seine Lage in Mitteleuropa hat für Deutschland als imperialistische Macht weitreichende Folgen. Eine räumliche Ausdehnung über See wurde seit jeher durch England blockiert. Sie ist seit dem Ersten Weltkrieg, in dessen Folge die USA die Kontrolle über den Atlantik übernommen haben, faktisch vom Tisch. Die deutschen Faschisten haben diesen Weg dann z.B. erst gar nicht versucht. Der Landweg zur Weltherrschaft würde für den deutschen Imperialismus wiederum zwangsläufig entlang der alten Seidenstraße nach Osten durch Eurasien führen¹⁸. In unmittelbarer östlicher Nachbarschaft Deutschlands gibt es dabei zwei Varianten: Entweder über Polen und die Ukraine nördlich des schwarzen Meers bis zum Kaukasus und dann nach Süden (Rot, siehe Karte) oder entlang der Donau über den Balkan und die Türkei bis nach Mesopotamien, (Blau, siehe Karte) wo beide „Routen“ dann in Kurdistan zusammenlaufen.

18 Anders gesagt: Die wirtschaftliche Durchdringung z.B. lateinamerikanischer Staaten ist für den deutschen Imperialismus zwar auch wichtig. Sie steht aber letztlich immer unter dem Vorbehalt, dass die USA oder England die Seerouten über den Atlantik für den Handel blockieren könnten.



Dieser imperialistische Expansionsplan wurde von den Hitlerfaschisten seinerzeit in den Slogan vom „Kampf um den Lebensraum des deutschen Volks im Osten“ gekleidet. Doch auch in der jüngeren Vergangenheit lässt er sich an der Außenpolitik der BRD erkennen:

1) Die Annektion der DDR und der Zusammenbruch der Sowjetunion 1989/90 machten für den deutschen Imperialismus den Weg nach Osten frei. Zwar musste Deutschland im Gegenzug für die Zustimmung der USA, Frankreichs und Englands zur „Wiedervereinigung“ die Oder-Neiße-Grenze mit Polen als seine endgültige Ostgrenze anerkennen. Den Anspruch, die „verlorenen Ostgebiete“ zurück zu holen, hat der deutsche Imperialismus jedoch nie aufgegeben. Im Falle Polens, das ein großes europäisches Land ist und von Deutschlands imperialistischen Konkurrenten (vor allem den USA) gestützt wird, ist er zwar bis heute kaum vorangekommen. Anders verhielt es sich aber bei der Tschechoslowakei, die auf deutsches Betreiben 1992 in die zwei kleineren Staaten Tschechien und Slowakei zerlegt wurde. Der deutsche Imperialismus konnte beide Staaten in der Folge ökonomisch durchdringen und eine politische Hegemonie über Tschechien errichten.

2) Der deutsche Imperialismus hat ebenso den Krieg im ehemaligen Jugoslawien angezettelt. Im August 1992 schrieb die US-amerikanische „New York Times“: *„Genscher (der damalige deutsche Außenminister, Anm. d. Red.) war mit dem kroatischen Außenminister täglich in Kontakt. Er hat die Kroaten dazu ermutigt, aus der Föderation auszutreten und ihre Unabhängigkeit zu erklären“*¹⁹.

Die BRD beteiligte sich 1999 dann unter der SPD-Grüne-Bundesregierung am Krieg der NATO gegen Serbien und führte damit den ersten deutschen Angriffskrieg seit 1945. Im Ergebnis der Jugoslawienkriege der 1990er Jahre wurde der Balkan entsprechend der imperialistischen Geostrategie in zahlreiche kleine staatliche Gebilde und neokoloniale Protektorate (Bosnien-Herzegowina, Kosovo) zerlegt, die wirtschaftlich überwiegend nicht lebensfähig sind.

Bevor der deutsche Imperialismus jedoch über Expansionen jenseits der europäischen Grenzen nachdenken kann, muss er zunächst eine **stabile Hegemonie über das europäische Kernland** errichten. Aus der Lage Mitteleuropas ergibt sich zwangsläufig, dass eine europäische Großmacht dieses Territorium kontrollieren muss. Das kann entweder einer der Staaten am Rand sein (Frankreich, England, Russland) – oder es ist Deutschland. Die sogenannte „Deutsche Frage“ in Europa ist daher nicht bloß eine geschichtliche Situation, die nur Bismarck, das wilhelminische Kaiserreich und die Zeit vor dem 1. Weltkrieg betroffen hätte. Sie ist Ausdruck einer geopolitischen Realität, die salopp formuliert dazu führt, dass Deutschland machtpolitisch im Kampf um die Vorherrschaft über Europa entweder, wie im Imperialismus, Täter oder, wie in der Epoche des Frühkapitalismus, Opfer ist.²⁰

²⁰ „Deutschland hatte immer größere geographische Probleme als Frankreich. Die flache nordeuropäische Tiefebene gab ihm zwei Gründe sich zu fürchten: Im Westen erblickten die Deutschen ihren seit Langem vereinten, mächtigen Nachbarn Frankreich und im Osten den riesigen russischen Bären. (...) Frankreich fürchtete Deutschland, Deutschland fürchtete Frankreich, und als Frankreich 1907 zusammen mit Russland und Großbritannien die Tripelentente bildete, fürchtete Deutschland alle

Will Deutschland die Vorherrschaft über Mitteleuropa erreichen, ist es mit dem strategischen Problem eines möglichen Zweifrontenkrieges konfrontiert. Die politische Meisterleistung Bismarcks bestand gerade darin, dass er es durch geschickte Diplomatie geschafft hat, dass Deutschland immer mächtiger wurde, ohne dass sich England, Frankreich und Russland zu einem Bündnis gegen diesen Aufstieg zusammengenügen hätten. Das gelang nach dem Rauswurf Bismarcks dann in kürzester Zeit Kaiser Wilhelm II., der allerdings von Strategie auch keine Ahnung hatte.

Um sich die Vorherrschaft über Mitteleuropa zu sichern, stehen dem deutschen Imperialismus im Grunde zwei strategische Varianten zur Verfügung, nämlich ein imperialistisches Bündnis mit einer der beiden europäischen Landmächte: Frankreich oder Russland. Das imperialistische Bündnis mit Frankreich hat Deutschland heute innerhalb der Europäischen Union realisiert. Weil das Ziel aber immer die eigene Hegemonie über Kerneuropa ist, muss jedes dieser möglichen Bündnisse für Deutschland bedeuten, dass der Bündnispartner unterworfen bzw. aus Kerneuropa heraus gedrängt wird.

Weil sich diese grundlegenden geopolitischen Fragen für den deutschen Imperialismus nicht ändern, verwundert es nicht, dass seine Europastrategie unabhängig vom politischen Überbau seit dem Kaiserreich im wesentlichen dieselbe geblieben ist:

drei. Eine zusätzliche Dimension war jetzt, dass die britische Marine jederzeit den deutschen Zugang zur Nordsee und zum Atlantik blockieren konnte. Die deutsche Lösung lautete zweimal, Frankreich zuerst anzugreifen.“, Tim Marshall, „Die Macht der Geografie – Wie sich die Weltpolitik anhand von 10 Karten erklären lässt“, dtv 2018, S. 119f.

¹⁹ Blätter für deutsche und internationale Politik, No. 4, 1991, S. 1195

Diese strategischen Pläne veranschaulichen, wie im Imperialismus die **politische Kontrolle der Nationalstaaten über Territorien** und die **Kontrolle des Finanzkapitals über Wirtschaftsräume** auf das engste miteinander verwoben sind: Die Geostrategie der imperialistischen Nationalstaaten ergibt sich aus dem Weltherrschaftsanspruch des Finanzkapitals. Die wirtschaftliche Durchdringung anderer Staaten durch das Finanzkapital ist wiederum ein entscheidendes Mittel in der imperialistischen Geostrategie.

Wenn wir die Loblieder deutscher Politiker auf die „europäische Einigung“ in den letzten Jahrzehnten auf ihren realen inhaltlichen Kern zurückführen, kommt exakt der gleiche Inhalt zum Vorschein: Es geht der Außenpolitik des deutschen Imperialismus darum, einen europäischen Wirtschaftsraum mit scheinbarer Unabhängigkeit, jedoch faktischer Dominanz Deutschlands als Basis für den Kampf um die Welthege- monie zu schaffen.

Deutschlands wichtigste Konkurrenten in Europa und ihre Geostrategie

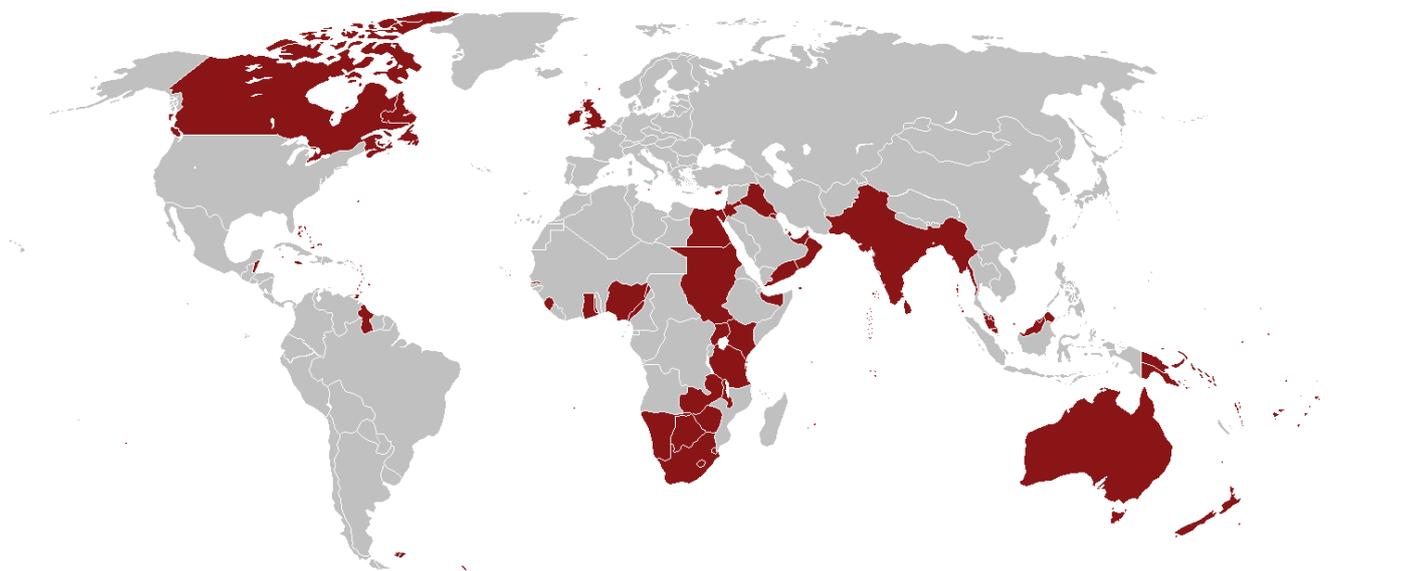
Europas geografische Voraussetzungen – darunter die Teilung des Kontinents durch Gebirge und die Existenz unverbundener Flusssysteme – haben in der Geschichte die Herausbildung mehrerer Regionalmächte begünstigt, die nebeneinander bestehen und um die Vorherrschaft kämpfen. In der frühkapitalistischen Geschichte waren das – mit unterschiedlichen regionalen Schwerpunkten – u.a. Spanien, Portugal, die Niederlande, Schweden und Österreich-Ungarn. Seit Entstehung des Imperialismus sind die führenden Staaten in Europa neben Deutschland seine drei Konkurrenten England, Frankreich und Russland.

Im 15. Jahrhundert, als Spanien anfang sein Weltreich zu errichten, war der Hochadel in **England** damit beschäftigt, sich selbst auszurotten (in den sogenannten „Rosenkriegen“). Dieser Umstand begünstigte zusammen mit den grundlegenden politökonomischen Veränderungen der „ursprünglichen Akkumulation“²³

die schnelle Durchsetzung des Kapitalismus in England. Mit der „Glorreichen Revolution“ von 1688 (Absetzung des König), der 1689 erlassenen ersten bürgerlichen Verfassung („Bill of Rights“) und der gewaltsamen Bildung des Vereinigten Königreichs aus England, Schottland und Irland im Jahr 1707 wurde ein bürgerlicher Nationalstaat geschaffen, welcher der kapitalistischen Entwicklung freie Bahn verschaffte. Auf dieser Grundlage sowie gestützt auf seine Seemacht stieg England zum führenden kapitalistischen Land und Kolonialreich auf. Sein Anteil an der weltweiten Industrieproduktion betrug im Jahr 1880 22,9 Prozent (das entspricht in etwa dem heutigen Anteil Chinas, der sich jedoch auf eine weitaus stärker industrialisierte Welt bezieht). Das Britische Empire umfasste auf dem Höhepunkt des europäischen Kolonialismus im Jahr 1921 ein Gebiet von über 37 Millionen Quadratkilometern – etwa ein Viertel der von Land bedeckten Erdoberfläche. Die Gesamtbevölkerung betrug ca. 500 Millionen Menschen. Die beiden Weltkriege im 20. Jahrhundert führten dann zu Englands Ablösung als führender imperialistischer Macht

raumwirtschaft.“, zitiert nach: R. Opitz, „Europastrategien des deutschen Kapitals 1900-1945“, S. 668-669, Bonn 1994. 2. Auflage

23 Vgl. Marx, „Das Kapital, Band I“, Werke 23, S. 741 ff.



Ehemaliges britisches Kolonialreich

Russland wiederum sieht sich als die Macht, die das eurasische Herzland beherrscht, mit zwei wesentlichen geopolitischen Herausforderungen konfrontiert: Der flachen, kaum zu verteidigenden nordeuropäischen Tiefebene und dem fehlenden Zugang zum warmen Ozean.²⁵

Die nordeuropäische Tiefebene umfasst den gesamten Westen und Norden von Frankreich sowie den Großteil von Belgien, die Niederlande, Norddeutschland, fast ganz Polen, die baltischen Staaten, Weißrussland, die Ukraine und Russland westlich des Urals. Es gibt keinerlei natürliche Hindernisse wie Gebirge oder große Flüsse, an denen sich eine Verteidigungslinie einrichten ließe. Rus-

²⁵ „Vom Großfürstentum Moskau über Peter den Großen bis zu Stalin und heute Putin sah sich jeder russische Führer den gleichen Problemen gegenüber. Es ist egal, ob die Ideologie jener, die die Macht haben, zaristisch, kommunistisch oder nepotistisch ist – die Häfen frieren immer noch zu und die nordeuropäische Tiefebene ist weiterhin flach. Nehmen Sie die Grenzen der Nationalstaaten weg, und die Landkarte, mit der Iwan der Schreckliche konfrontiert war, ist die gleiche wie die, die ein Wladimir Putin vor sich hat.“, Marschall, S. 46

sland wurde in seiner Geschichte niemals erobert. Zum Teil hat das an der strategischen Tiefe des endlosen Sibiriens gelegen, in die man sich im Zweifelsfall zurückziehen könnte. Dies stellt jede angreifende Armee vor das nahezu unlösbare Problem unhaltbar langer Nachschublinien. Trotzdem wurde Russland mehrfach von Westen her überrannt. Wenn man Napoleon, den türkisch-russischen Krimkrieg, die Deutschen und die aktuellen Kämpfe im Donbass berücksichtigt, ist Russland in den letzten 200 Jahren im Durchschnitt ca. alle 40 Jahre in Kriege in der nordeuropäischen Tiefebene verwickelt gewesen. Die nordeuropäische Tiefebene hat aus russischer Sicht die Form eines Dreiecks mit der Spitze im Westen. Während die schmalste Stelle an der Oder-Neiße-Linie nur ca. 300 km lang ist und es zwischen Ostsee und Karpaten in Polen 500 km sind – beides Engstellen, die sich einigermaßen verteidigen lassen – hat die offene russische Grenze eine Länge von ca. 3200 km. Die Geografie erklärt somit,

warum Russland möglichst weit im Westen der nordeuropäischen Tiefebene eine Verteidigungslinie und alle (potenziellen) Angreifer möglichst weit im Osten das Aufmarschgebiet für Angriffsoperationen haben möchten. In den vergangenen zwanzig Jahren haben Russlands Gegner, die USA und die europäischen Imperialisten, durch die Kriege auf dem Balkan und die Osterweiterung von NATO und EU ihre Stellungen immer näher an die russische Grenze verlagert. Der Versuch dieser Staaten, sich auch die Hegemonie über die Ukraine zu sichern, führte dann im Jahr 2014 zum Krieg in dem Land: Seitdem kämpft die NATO-Proxy-Armee der ukrainischen Regierung zusammen mit faschistischen Milizen und unterstützt von einem größeren Kontingent an US-„Militärberatern“ im Donbass, keine 800 Kilometer südlich von Moskau. Die Ukraine hat für den russischen Imperialismus eine rote Linie dargestellt, hinter die er sich nicht weiter zurückdrängen lassen konnte, ohne zu kapitulieren.



Als Landmacht im eurasischen Herzland, die die Welt beherrschen möchte, benötigt der russische Imperialismus zudem freien Zugang zu den Ozeanen rund um Eurasien (Pazifik, Indischer Ozean, Atlantik). Dieser fehlt Russland jedoch. Seine Häfen sind mehrere Monate im Jahr zugefroren. Das gilt nicht nur für die Arktis, sondern auch für den südlichsten Pazifikhafen Wladiwostok, der nur acht Monate im Jahr eisfrei ist²⁶. Sewastopol auf der Krim ist daher als der einzige eisfreie Hafen für Russland strategisch sehr wichtig.

Deshalb stand Russland beim Ausbruch der Ukraine-Krise faktisch vor der Alternative, sich die Kontrolle über die Krim zu sichern oder zur Regionalmacht abzustiegen. Auch das massive Eingreifen Russlands in den Syrienkrieg war davon motiviert, die einzige russische Marinebasis im Mittelmeer – Tartus an der syrischen Küste – zu sichern.

Neben diesen führenden Akteuren auf dem europäischen Kontinent verfügen auch die **mittleren und kleineren Staaten** über gewisse Einflussphären und eine begrenzte imperialistische Strategie, auch wenn sie für eine eigenständige Teilnahme am Kampf um die Weltherrschaft zu schwach sind. Auf dem Balkan etwa verfolgen **Italien, Österreich, Ungarn, Tschechien, Griechenland** und die **Türkei** hegemoniale Ansprüche in unterschiedlicher Ausprägung. **Schweden** hat seit mehreren hundert Jahren mit Russland um Einfluss in **Finnland** konkurriert – inzwischen hat Finnland selbst internationale Monopole hervorgebracht, die in Skandi-

navien und im Baltikum eine gewisse Macht darstellen. **Spanien** wiederum ist ein imperialistisches Land, das strategische Interessen in Südeuropa verfolgt und in seinen ehemaligen lateinamerikanischen Kolonien zumindest die zweite Hegemonialmacht (nach den USA) sein möchte. Gleichzeitig ist Spanien damit beschäftigt, den eigenen Staat gegenüber den Unabhängigkeitsbestrebungen in Katalonien und im Baskenland aufrechtzuerhalten. Im Falle Kataloniens werden diese nicht zuletzt von deutscher Seite unterstützt²⁷.

Die imperialistische Konkurrenz äußert sich also gerade in Europa in sehr komplexen Verwicklungen zwischen zahlreichen Staaten. Ihrer territorialen Seite, die wir nun vornehmlich betrachtet haben, liegt aber eine ökonomische Basis zugrunde, nämlich die Aufteilung der europäischen Wirtschaft unter die kapitalistischen Monopole. Diese wollen wir im folgenden in den Blick nehmen.

26 Vor allem aber wird der Zugang zum Pazifik von dort aus durch Japan geografisch blockiert und militärisch zusammen mit den USA kontrolliert. Dasselbe gilt für die russische Arktisflotte, die erst den von der NATO kontrollierten Atlantikzugang zwischen Grönland, Island und dem United Kingdom (sogenannte GIUK-Lücke) durchbrechen muss, bevor sie im Atlantik frei operieren kann. Die russische Ostseeflotte wurde nach dem Verlust des Baltikums (Estland, Lettland, Litauen) zurückgeworfen und könnte im Kriegsfall nur durch drei Engstellen aus der Ostsee ausbrechen. Die gleiche Herausforderung steht mit dem Bosphorus, den Dardanellen und dann entweder dem Suezkanal oder der Straße von Gibraltar vor der Schwarzmeerflotte.

27 Vgl. „Unter Separatisten“, <https://www.german-foreign-policy.com/news/detail/7400>



DIE WIRTSCHAFTLICHE EBENE - WEM GEHÖRT EUROPA?

Vorweg möchten wir anmerken, dass eine detaillierte Analyse der monopolistischen Machtverhältnisse in Europa den Rahmen dieses Artikels sprengen würde. Es handelt sich im folgenden also um nicht mehr – und nicht weniger – als eine erste Annäherung, einen groben Überblick.

Einen ersten Eindruck von der Aufteilung Europas unter die Monopole sowie der Kräfteverhältnisse zwischen ihnen liefert ein Blick auf die größten europäischen Unternehmen. Nach dem Global 2000 Index des US-Wirtschaftsmagazins Forbes bilden im Jahr 2019 die folgenden Weltmonopole die europäischen Top Ten (weltweites Ranking jeweils in Klammern):²⁸

1. (9.) **Royal Dutch Shell** (Niederlande / Vereinigtes Königreich, Öl und Gas)
2. (18.) **Volkswagen** (Deutschland, Fahrzeuge)
3. (21.) **HSBC** (Vereinigtes Königreich, Bank)
4. (23.) **Allianz** (Deutschland, Versicherung)
5. (24.) **British Petroleum** (Vereinigtes Königreich, Öl und Gas)
6. (25.) **Total** (Frankreich, Öl und Gas)
7. (30.) **Banco Santander** (Spanien, Bank)
8. (34.) **BNP Paribas** (Frankreich, Bank)
9. (37.) **Daimler** (Deutschland, Fahrzeuge)
10. (40.) **Gazprom** (Russland, Erdgas)

Die zugehörigen Staaten und eine Reihe von anderen europäischen Staaten verfügen über weitere wichtige Monopole, von denen einige Weltmonopole sind. Wir führen im folgenden die jeweils fünf größten börsennotierten Unternehmen der 14 stärksten EU-Staaten (geordnet nach Bruttoinlandsprodukt) an. Die Reihenfolge der Unternehmen entspricht ebenfalls jeweils dem Forbes Global 2000 Ranking von 2019.

Der Platz des Unternehmens in diesem Ranking ist jeweils in Klammern zusammen mit der Branche angeführt. Befindet sich die Kontrolle über ein Unternehmen wenigstens zum Teil in ausländischer Hand (z.B. über einen ausländischen großen Einzelaktionär mit signifikantem Anteil²⁹), ist dies ebenfalls vermerkt³⁰. Anderenfalls gehen wir von Monopolen aus, bei denen das jeweilige nationale Finanzkapital in Bezug auf die Eigentümerschaft dominiert (d.h. entweder in Form von Eigentümerfamilien, wie im Falle von BMW, anderen nationalen Monopolen oder des Staates, wie im Fall vieler französischer, italienischer oder polnischer Unternehmen).

²⁹ Dieses Kriterium soll lediglich einen Eindruck der internationalen Kapitalverflechtungen vermitteln und ist wohlgemerkt nicht immer aussagekräftig: Z.B. ist der belgische Staat mit 7 % größter Einzelaktionär des französischen Bankmonopols BNP Paribas. Niemand käme deshalb auf die Idee, zu behaupten, BNP Paribas sei deshalb kein französisches Weltmonopol mehr. In anderen Fällen ist eine genauere Analyse der Machtverhältnisse erforderlich: Z.B. sind zwei US-Investmentgesellschaften (Harris Associates und Vanguard Group) die größten Einzelaktionäre der Allianz, wobei sich ein Drittel der Gesamtaktien in deutscher Hand befindet (https://www.allianz.com/de/investor_relations/aktie/aktionaersstruktur.html).

³⁰ Aktionärsstrukturen jeweils nach <https://de.marketscreener.com>

1. Deutschland:

1. **Volkswagen** (18, Fahrzeuge)
2. **Allianz** (23, Versicherung) – größte Aktionäre: Harris Associates, USA, 2,99 %; Vanguard Group, USA, 2,7 %
3. **Daimler** (37, Fahrzeuge) – größter Aktionär: Tenaclou3 Prospect Investment Limited / Li Shufu, Eigentümer des chinesischen Autokonzerns Geely, 9,69 %
4. **BMW** (57, Fahrzeuge)
5. **Siemens** (64, Technologie)

2. Vereinigtes Königreich:

1. **HSBC** (21, Bank) – größte Aktionäre: Ping An Asset Management Co. Ltd., China, 6,26%; Blackrock, USA, 3,52%
2. **British Petroleum** (24, Öl und Gas)
3. **Lloyds** (90, Bank) – größter Aktionär: Harris Associates, USA, 3 %
4. **British American Tobacco** (102, Tabak) – größter Aktionär: Capital Research & Management Co., USA, 9,66 %
5. **Rio Tinto** (111, Bergbau) – britisch-australische Doppelkonzernstruktur, größte Aktionäre: Blackrock, USA, 6,8 % (Rio Tinto plc); Vanguard Group, USA, 3,11 % (Rio Tinto Ltd)

3. Frankreich:

1. **Total** (25, Öl und Gas) – größte Einzelaktionäre: A.P. Moller-Maersk A/S, Dänemark, 3,7 %; Total SA Employee Stock Ownership Plans, 3,34 %
2. **BNP Paribas** (34, Bank) – größte Einzelaktionäre: Belgische Regierung, 7,73 %; BNP Paribas SA Employee Stock Ownership Plan, 2,9 %; Harris Associates, USA, 2,56 %; Vanguard Group, USA, 2,35 %
3. **Axa** (85, Versicherung)
4. **Credit Agricole** (104, Bank)
5. **Sanofi** (114, Pharma)

4. Italien:

1. **Enel** (77, Energie)
2. **Eni** (91, Öl und Gas)
3. **Intesa Sanpaolo** (130, Bank)
4. **Generali Group** (144, Versicherungen)
5. **Unicredit** (156, Bank) – größte Aktionäre: Aabar Investments, Vereinigte Arabische Emirate, 5,05 %; Dodge & Cox, USA, 5,01 %

5. Spanien:

1. **Banco Santander** (30, Bank) – größte Aktionäre: Vanguard Group, USA, 2,68 %; Norges Bank Investment, Norwegen, 2,14 %
2. **BBVA** (135, Bank) – größte Aktionäre: Vanguard Group, USA, 2,71 %; Blackrock, USA, 1,68 %
3. **Telefónica** (141, Telekommunikation)
4. **Iberdrola** (145, Energie) – größte Aktionäre: Qatar Investment Authority, Katar, 8,46 %; Capital Research & Management, USA, 2,99 %; Norges Bank Investment, Norwegen, 2,98 %
5. **Repsol** (236, Öl und Gas)

6. Niederlande:

1. **Royal Dutch Shell** (9, Öl und Gas)
2. **ING Groep** (89, Finanzdienstleistungen) – größte Aktionäre: Artisan Partners, USA, 3 %; Vanguard Group, USA, 2,71 %
3. **Unilever** (106, Nahrungsmittel) – niederländisch-britische Doppelkonzernstruktur
4. **Exor** (273, Finanzdienstleistungen) – größter Aktionär: Agnelli-Familie, Italien, 53 %
5. **Royal Ahold Delhaize N.V.** (302, Einzelhandel)

7. Schweden:

1. **Nordea Bank** (231, Bank) – größter Aktionär: Sampo Group, Finnland, 21,3 %
2. **Volvo Group** (246, Fahrzeuge)
3. **SEB AG** (416, Bank)
4. **Svenska Handelsbanken** (450, Bank)
5. **Swedebank** (497, Bank)

8. Polen:

1. **PKN Orlen** (650, Öl und Gas)
2. **Grupa PZU** (684, Versicherung)
3. **PKO Bank Polski** (812, Bank)
4. **Pgnig Group** (1009, Öl und Gas)
5. **Bank Pekao** (1172, Bank)

9. Belgien:

1. **Anheuser-BuschInBev** (69, Brauerei)
2. **KBC Group** (254, Banken und Versicherungen)
3. **Ageas** (605, Versicherung) – größter Aktionär Ping An Insurance Group, China, 5,33 %
4. **Solvay** (708, Chemie)
5. **Dexia** (1074, Bank)

10. Österreich:

1. **Erste Group Bank** (391, Bank)
2. **OMV Group** (405, Öl und Gas)
3. **Raiffeisen Bank International** (636, Bank)
4. **Voestalpine** (1162, Stahl)
5. **Vienna Insurance Group** (1192, Versicherung)

11. Irland:

1. **Medtronic** (150, Medizintechnik) – faktisch US-amerikanisch, größte Aktionäre: Vanguard Group, USA, 8 %; Wellington Management, USA, 5,76 %; Blackrock, USA, 4,49 %
2. **Accenture** (248, Unternehmensberatung) – faktisch US-amerikanisch, größte Aktionäre: Vanguard Group, USA, 8,2 %; Massachusetts Financial Services, USA, 5,28 %; Blackrock, USA, 4,72 %
3. **Johnson Controls** (299, Mischkonzern) – faktisch US-amerikanisch, größte Aktionäre: Dodge & Cox, USA, 10,9 %; Vanguard Group, USA, 7,24 %; Barrow, Hanley, Mewhinney & Strauss, USA, 4,74 %
4. **Eaton** (361, Energie) – faktisch US-amerikanisch, größte Aktionäre: Vanguard Group, USA, 7,18 %; Blackrock, USA, 4,78 %; Wellington Management, USA, 4,76 %
5. **CRH** (385, Baustoffe) – größte Aktionäre: Vanguard Group, USA, 2,68 %; Blackrock, USA, 1,43 %

12. Dänemark:

1. **Møller-Mærsk** (262, Schifffahrt, Logistik)
2. **Danske Bank** (339, Bank)
3. **Novo Nordisk** (376, Pharmazie)
4. **Orsted** (486, Energie)
5. **Carlsberg** (794, Brauerei)

13. Finnland:

1. **Sampo** (465, Finanzen)
2. **Nokia** (642, Telekommunikation) – größte Aktionäre: Vanguard Group, USA, 2,7 %; Norges Bank Investment, Norwegen, 1,92 %; Blackrock, USA, 1,48 %
3. **UPM-Kymmene** (709, Papier und Holzprodukte) – größte Aktionäre: Norges Bank Investment, Norwegen, 3,48 %; Vanguard Group, USA, 2,73 %; Varma, Finnland, 2,48 %
4. **Neste** (753, Öl)
5. **Fortum** (823, Energie)

14. Portugal:

1. **Energias de Portugal** (633, Energie) – größter Aktionär: CTG, China, 21 %
2. **Galp Energia** (778, Öl und Gas)
3. **Jerónimo Martins** (1167, Einzelhandel)
4. **Banco Comercial Portugues** (1583) – größter Aktionär: Fosun International, Hongkong / China, 27,1 %
5. (-)



Dieser Aufstellung lässt sich entnehmen, dass die meisten der genannten Staaten **eigene Monopole** besitzen. Ein Sonderfall ist **Irland**, das als Steueroase und Rentierstaat eher einen Stützpunkt für US-Monopole bildet. Daneben muss noch **Luxemburg** genannt werden, das ebenfalls ausländischen Weltmonopolen wie den Stahlkonzernen Arcelor Mittal und Tenaris als Unternehmenssitz dient. Arcelor Mittal ist offiziell ein luxemburgisch-niederländischer Konzern, der sich jedoch zu 40 Prozent in den Händen der indischen Familie Mittal befindet und von London aus geleitet wird. Tenaris wiederum befindet sich in italienisch-argentinischem Besitz. Daneben betreiben zahlreiche französische, italienische und deutsche Banken Tochterinstitute in Luxemburg.

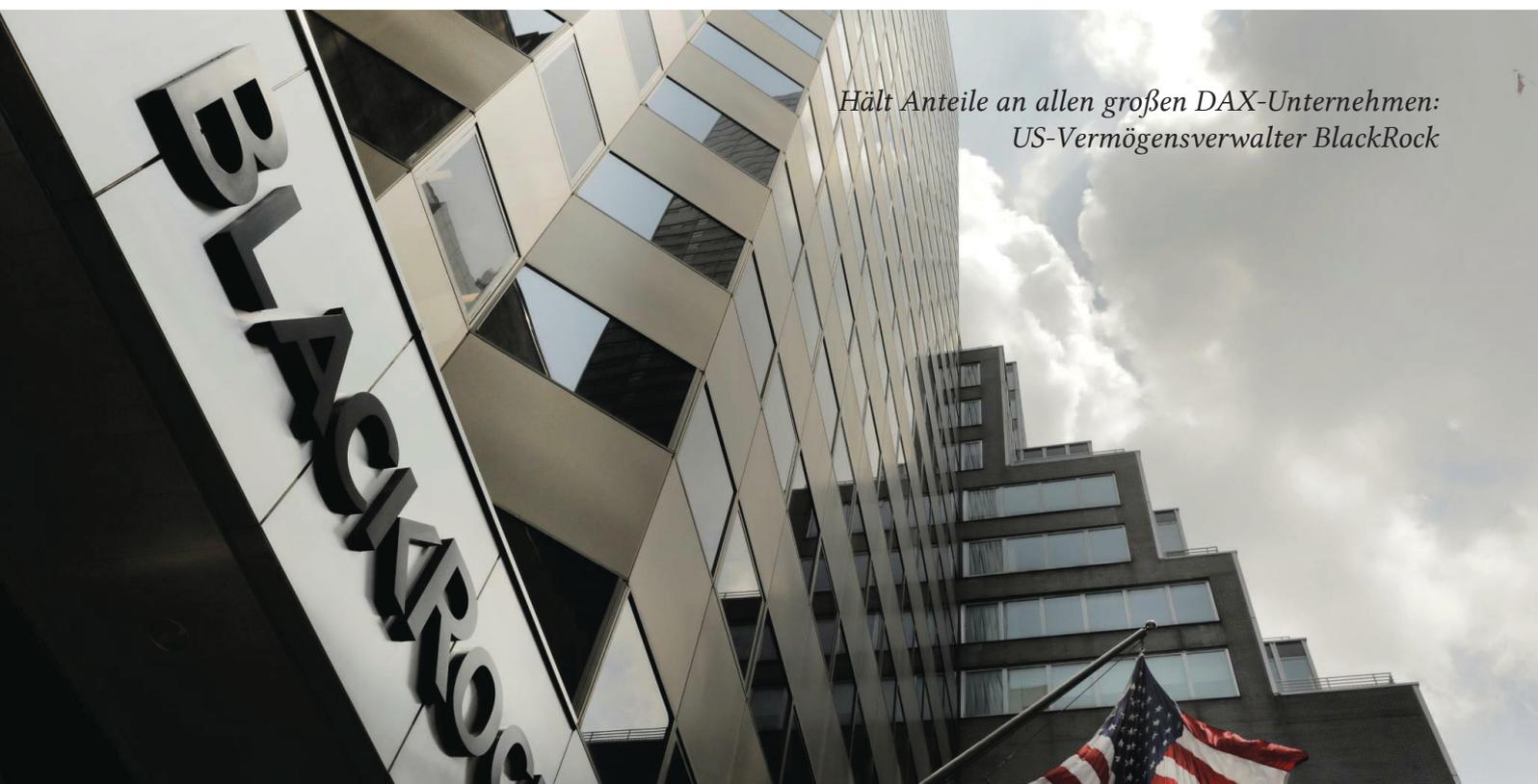
Die Unterscheidung, ob es sich bei den genannten Unternehmen um Monopole oder Weltmonopole handelt, ergibt sich, wie oben beschrieben, aus ihrer Stellung im internationalisierten Produktionsprozess: Monopole entstehen letztlich auf allen Ebenen einer Produktionskette, während

Weltmonopole sich dadurch auszeichnen, dass sie die gesamte Produktionskette beherrschen und diese beherrschende Stellung dazu nutzen, einen Teil des Mehrwerts der ihnen untergeordneten Unternehmen einzustreichen. Die Unterscheidung erfordert also eine genauere Analyse des jeweiligen Produktionszweigs. In einigen Fällen ist dies einfach, z.B. in der Autoindustrie: Volkswagen, Daimler und BMW sind prototypische Weltmonopole. Dasselbe gilt für Siemens, das belgische Brauereimonopol Anheuser-Busch InBev oder auf dem Finanzsektor die großen Bank-Weltmonopole wie die britische HSBC, die niederländische ING oder die Deutsche Bank.

In anderen Fällen liegen die Dinge nicht ganz so offensichtlich. Ein Beispiel ist das portugiesische Einzelhandelsmonopol Jerónimo Martins, das die verwickelten Machtbeziehungen im heutigen Imperialismus ganz gut zum Ausdruck bringt: Der Handelskonzern ist Marktführer im Einzelhandel in Portugal und Polen (!). Außerdem ist er in Kolumbien mit einer Supermarktkette aktiv. Die Aktien

des Unternehmens befinden sich zu 56 Prozent in den Händen der portugiesischen Industriellenfamilie Dos Santos (bzw. ihrer Stiftung), sowie zu geringen Teilen im Besitz des US-Vermögensverwalters Blackrock (ca. 2 %) und der französischen Bank BNP Paribas (ca. 3 %). Der Unternehmenssitz von Jerónimo Martins liegt seit 2012 in den Niederlanden. Gleichzeitig hängt die Firma eng mit dem niederländisch-britischen Konsumgütermonopol Unilever zusammen³¹, etwa über Vertriebs- und Produktionskooperationen sowie gemeinsame Tochterunternehmen. Dies könnte ein Indiz dafür sein, dass Jerónimo Martins – wohlgerne ein eigenständiges Familienunternehmen – faktisch ein Bestandteil des Unilever-Imperiums ist. Ob dies so ist, können wir an dieser Stelle nicht abschließend beurteilen. Das Beispiel soll dazu dienen, die Vielzahl an Blickwinkeln aufzuzeigen, die für eine umfassende Analyse der monopolistischen Beziehungen vonnöten sind.

31 Zu Unilever gehören u.a. die in Deutschland bekannten Lebensmittelmarken Langnese, Ben & Jerry's, Calvin Klein, Knorr und Pfanni.



*Hält Anteile an allen großen DAX-Unternehmen:
US-Vermögensverwalter BlackRock*

IMPERIALISTISCHE MACHT- VERHÄLTNISSE UND ABHÄN- GIGKEITEN IN EUROPA

Welche genaue Stellung die genannten 14 ökonomisch stärksten EU-Staaten (ebenso wie die übrigen 14 Staaten sowie die Nicht-EU-Staaten) im imperialistischen System einnehmen, muss also ebenfalls im Rahmen einer vertieften ökonomischen Analyse untersucht werden. Vorbehaltlich dessen lassen sich jedoch schon jetzt einige Schlussfolgerungen über Verbindungen und Einflussphären der finanzkapitalistischen Gruppen in Europa ziehen und eine grobe Einteilung vornehmen:

1) Es gibt **Staaten mit einer verhältnismäßig großen Zahl an Weltmonopolen**, einer **breit aufgestellten ökonomischen Basis** und einer **hohen Wirtschaftsleistung** (gemessen am BIP). Darauf aufbauend sowie in Fortsetzung ihrer historischen Machtstellung nehmen sie auch heute noch eine **führende Position im imperialistischen Welt-system** ein, wenn auch eher in zweiter Reihe hinter den USA und China. Das bedeutet, dass sie eine **eigene Geostrategie** im Sinne einer Beteiligung am Kampf um die Weltherrschaft verfolgen. Innerhalb der EU kann man **Deutschland**, das **Vereinigte Königreich** und **Frankreich** zu diesen Staaten zählen. Außerhalb der EU käme noch **Russland** dazu.

2) Daneben gibt es Staaten, hinter denen eine **geringere Zahl an Weltmonopolen** steht und deren **Wirtschaftsleistung deutlich hinter den Staaten der ersten Gruppe** zurücksteht. Es handelt sich dabei größtenteils um ehemalige Kolonialmächte. Sie verfügen auch heute noch über ökonomischen und politischen Einfluss in ihren alten Kolonien, sind jedoch für eine eigene, wirkliche Geostra-

ategie zu schwach. Zu diesen Staaten können wir **Italien**, **Spanien**, die **Niederlande**, **Belgien**, sowie ferner **Dänemark**, **Schweden** und **Österreich** zählen.

Teilweise verfügt das Finanzkapital dieser Staaten über Weltmonopole lediglich in einem oder wenigen Wirtschaftssegmenten, wie z.B. Dänemark mit dem weltweit führenden Seetransportunternehmen Møller-Mærsk oder Österreich mit dem Stahlmonopol Voestalpine (das nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem Rüstungsmonopol „Hermann-Göring-Werke“ hervorgegangen ist).

Außerhalb der EU ließen sich außerdem noch die imperialistischen Rentierstaaten **Schweiz** und **Norwegen** zu dieser Gruppe rechnen. Hinter der Schweiz stehen mit einer Reihe von Banken sowie u.a. den Unternehmen Nestlé und Glencore wichtige Weltmonopole, während Norwegen über den größten Staatsfonds der Welt an zahlreichen Weltmonopolen auf dem gesamten Globus beteiligt ist.

Zwischen den Staaten der beiden bisher genannten Gruppen, die wir als **imperialistische Staaten** bezeichnen, gibt es bereits deutliche Kapitalverflechtungen und Abhängigkeitsverhältnisse:

Der **deutsche Imperialismus** ist die größte Volkswirtschaft und die führende Wirtschaftsmacht in Europa. Diese Position stützt sich vor allem auf starke Industrie-Weltmonopole, während der deutsche Bankensektor (v.a. Deutsche Bank und Commerzbank) in den letzten Jahrzehnten seine vormals führende Position eingebüßt hat. Als Finanzunternehmen befindet sich nur die Versicherung Allianz an einer vorderen Stelle in den weltweiten Unternehmensrankings.

Mehr als zwei Drittel des deut-

schen Außenhandels geschieht mit anderen europäischen Staaten³². Ähnlich sieht es beim Export und Import von Kapital aus: EU-Staaten sind sowohl die größten Schuldner (Großbritannien, Frankreich, Niederlande) als auch die größten Gläubiger (Luxemburg, Niederlande, Großbritannien, Frankreich) Deutschlands, d.h. des Staates, der Bundesbank, von Banken, Unternehmen und Privatleuten³³.

Auch der größte Teil der deutschen ausländischen Direktinvestitionen liegt in Europa³⁴. Die deutschen Weltmonopole verfügen heute über Produktionsstandorte in nahezu allen Ländern des Kontinents³⁵. Deutsche Monopole haben vor allem Mittel- und Osteuropa wirtschaftlich durchdrungen und üben dort eine Hegemonie aus. In Tschechien sind mit Skoda und RWE Transgas zwei der fünf größten Unternehmen deutsche Tochterfirmen. In der Slowakei ist VW das größte Unternehmen, in Ungarn Audi das zweitgrößte und E.ON das viertgrößte.

32 "Fakten zum deutschen Außenhandel", <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Aussenwirtschaft/fakten-zum-deutschen-aussenhandel.pdf>

33 Deutschlands Schuldnerländer: https://www.finanzen100.de/finanznachrichten/wirtschaft/fast-5-billionen-euro-diese-staaten-schulden-deutschland-das-meiste-geld_H1615499627_321132/, 2. Deutschlands Gläubigerländer: https://www.finanzen100.de/finanznachrichten/wirtschaft/4-7-billionen-euro-diesen-laendern-schuldet-deutschland-das-meiste-geld_H1771676218_318387/

34 "Deutsche Direktinvestitionen im Ausland", <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2014/09/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-2-deutsche-direktinvestitionen-im-ausland.html>

35 Am Beispiel Volkswagen: <https://www.volkswagenag.com/de/group/portrait-and-production-plants.html>

ist, sich dem deutschen und französischen Finanzkapital unterzuordnen.

Österreichs historischer Einfluss auf dem Balkan ist bis heute nicht zu vernachlässigen und macht sich z.B. durch die Geschäfte seiner Banken in der Region geltend⁴⁰. Tochterfirmen des österreichischen Ölmonopols OMV sind das größte Unternehmen in Rumänien (OMV Petrom) und das siebtgrößte in Bulgarien (OMV Bulgarien).

3) Neben den genannten imperialistischen Staaten finden wir eine Reihe von **kapitalistischen Staaten mittlerer Größe**, die teilweise zwar eine vergleichbare Wirtschaftsleistung wie Staaten der zweiten Gruppe haben, hinter denen jedoch **keine oder allenfalls einzelne Weltmonopole** stehen. Sie sind für eine eigene Geostrategie heute definitiv zu schwach und müssen sich den imperialistischen Staaten unterordnen, können aber immerhin **begrenzte regionale Hegemonialansprüche** verfolgen. Zu dieser Gruppe kann man die ehemalige Kolonialmacht **Portugal**, aber auch **Finnland** und **Polen** zählen. Staaten wie **Ungarn**, **Tschechien** und **Griechenland** lassen wiederum Bemühungen erkennen, in diese Gruppe vorzustoßen.

Polen bildet eine gewisse Ausnahme zur deutschen Vorherrschaft über Mitteleuropa. Dies ist darauf zurückzuführen, dass Deutschlands wichtigste Konkurrenten einer deutschen Durchdringung Polens entgegenwirken. Im polnischen Bankensektor ist der Anteil an Beteiligungen vor allem aus den Niederlanden, Italien,



Steuerparadies Monaco

Spanien und Frankreich hoch⁴¹. Den größten Einzelanteil an einigten der wichtigsten Unternehmen besitzt außerdem der polnische Staat. Diese halbstaatlichen Unternehmen expandieren teilweise selbst in andere Länder: Das gilt insbesondere für den Ölkonzern PKN Orlen (Staatsanteil: 27,5 %), der sogar das größte Unternehmen in Mittel- und Osteuropa ist. PKN Orlen betreibt ein Tankstellennetz in Polen, Deutschland, Tschechien und Litauen und hält den Mehrheitsanteil an der tschechischen Ölfirma Unipetrol, einem der größten Unternehmen des Landes.

Derartige Staatsmonopole bestehen auch in anderen osteuropäischen Staaten: **Ungarn** verfügt mit der MOL Group (Öl und Gas, Staatsanteil: 24,7 %) über ein einflussreiches Unternehmen, das Kapital nach Osteuropa und in die aus der Sowjetunion hervorgegangenen Staaten exportiert. Auch die **tschechische** Firma ČEZ (Energie, Staatsanteil: 69,8%) wäre zu nennen: Sie betreibt Kraftwerke in Tschechien, Bulgarien, Rumänien, Polen und Deutschland und hält die Mehrheit an drei bulgarischen Stromversorgern.

4) Eine Sondergruppe bilden die **Rentierstaaten**, die als **Steuer-oasen für Unternehmen und Superreiche** überwiegend reine Anhängsel der imperialistischen Länder sind und deren Fortbestand als eigene Staaten in der Regel auf genau diesen Zweck zurückzuführen ist. Das gilt vor allem für die kleinen Fürstentümer **Andorra**, **Liechtenstein**, **Monaco** und **San Marino**. In der EU gehören heute **Luxemburg**, **Malta** und **Zypern** in diese Kategorie – sowie **Irland**, das eine bemerkenswerte Entwicklung von der Agrarkolonie des Vereinigten Königreichs zum erfolgreichen internationalen Finanzplatz und Unternehmensstandort (u.a. für Apple, Google, Facebook, Microsoft) hinter sich hat.

5) Zuletzt kann man die meisten der übrig gebliebenen EU-Länder (**Rumänien**, **Bulgarien**, **Kroatien**, **Slowenien**, **Slowakei**, **Estland**, **Lettland**, **Litauen**) und Nicht-EU-Länder Europas (insbesondere **Serbien**, **Montenegro**, **Nordmazedonien**, **Bosnien-Herzegowina**, **Kosovo**, **Albanien**, **Ukraine**, **Moldau**) als im wesentlichen **abhängige, neokoloniale Staaten** ansehen. Sie lassen sich je nach Grad ihrer kapitalistischen Entwicklung und

⁴⁰ Interessant sind in diesem Zusammenhang z.B. die zahlreichen Skandale um Korruption und Geldwäsche der mittlerweile abgewickelten Bank „Hypo Alpe Adria“, die auf dem gesamten Balkan und in Italien aktiv war – zusammengefasst auf: http://de.wikipedia.org/wiki/Hypo_Alpe_Adria

⁴¹ „Top Banks in Poland“: <https://corporatefinanceinstitute.com/resources/careers/companies/top-banks-in-poland/>

ihrer Stellung in der internationalen Produktion weiter ausdifferenzieren. Der Entwicklungstrend geht jedoch länderübergreifend in Richtung einer **Spezialisierung der Wirtschaft** und der **Einbeziehung dieser Staaten in die internationalen Produktionsketten**.

In **Rumänien** etwa war bislang vor allem der Abbau von Bodenschätzen (z.B. Öl) und die Produktion billiger Textilwaren vorherrschend. Angesichts niedriger Löhne haben einige Weltmonopole in dem Land jedoch in den vergangenen Jahren Produktionsstandorte für Zulieferteile bis hin zu Endprodukten errichtet (z.B. Daimler, Bosch, Continental). Das gleiche gilt für **Bulgarien**. In anderen Staaten hat sich dieser Prozess der direkten Unterordnung unter die Weltmonopole wiederum schon früher vollzogen (z.B. in der **Slowakei** oder in **Slowenien**)⁴².

Diese Länder sind zudem Schau-

42 Automobilindustrie wandert nach Bulgarien“, <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/mittelstand/expansion-automobilindustrie-wandert-nach-bulgarien/3397310.html?>

platz des Konkurrenzkampfes zwischen den europäischen Imperialisten und ihren Konkurrenten, insbesondere aus **Russland** und **China**: Das Eindringen der westeuropäischen Weltmonopole in Ost- und Südosteuropa ist strategisch darauf ausgerichtet, den Einfluss des russischen Kapitals dort zurückzudrängen, der in einigen Ländern immer noch beträchtlich ist: Z.B. sind die beiden größten Unternehmen in Bulgarien Tochterfirmen des russischen Ölmonopols Lukoil (dicht gefolgt von österreichischen und deutschen Konzernablegern im Rohstoff- und Telekommunikationssektor). Der Einfluss des russischen Kapitals ist auch in **Zypern**, **Litauen**, sowie in **Serbien**, das nicht zur EU gehört, beträchtlich.

Im Rahmen der sogenannten „16+1-Kooperation“ dringen in den letzten Jahren wiederum **chinesische Monopole** gezielt nach Osteuropa, insbesondere mit Infrastruktur-Investitionen in Ungarn, Bulgarien, Serbien und anderen Balkan-Staaten. 2016

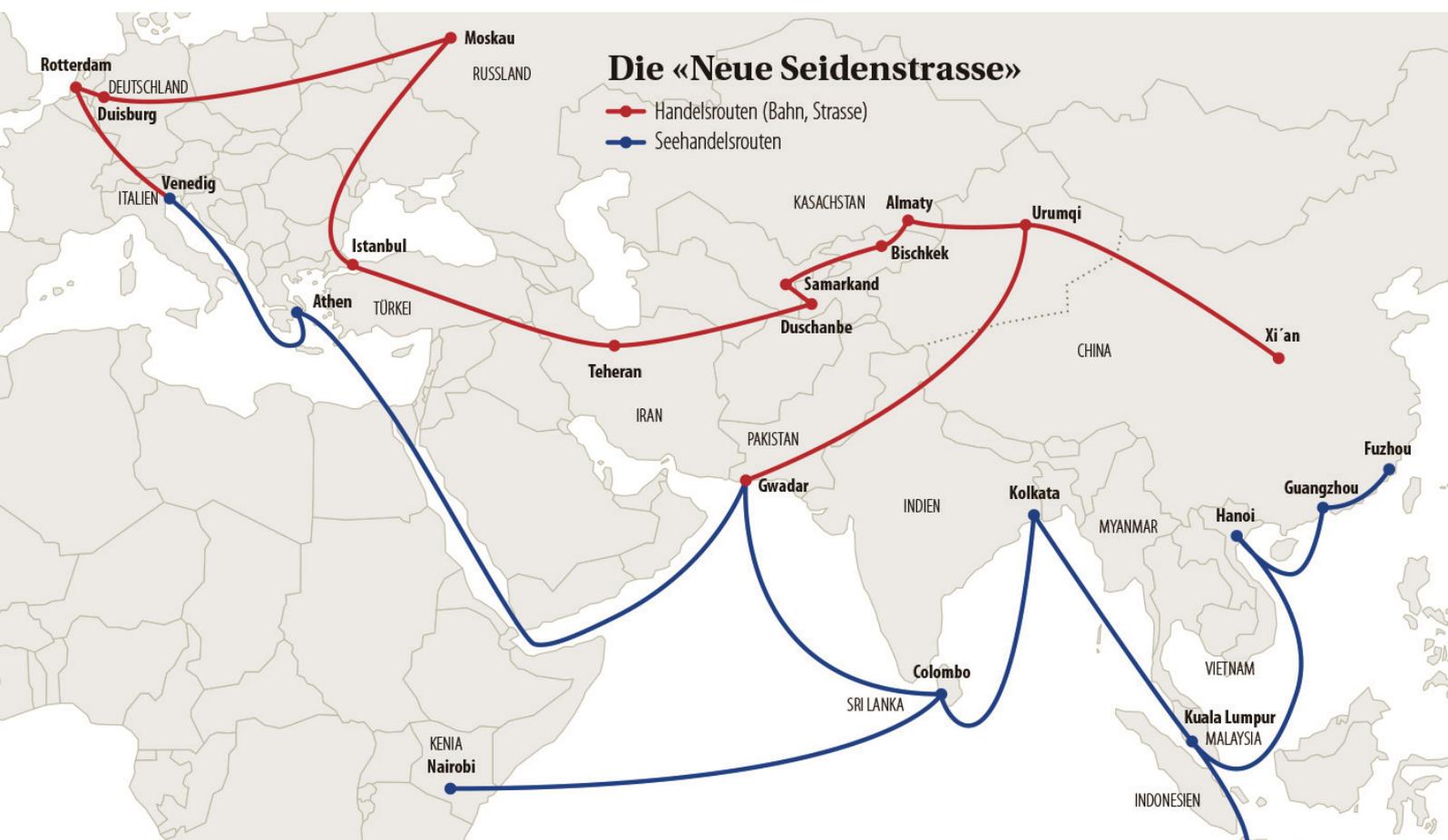
kaufte der chinesische Staatskonzern Cosco (China Ocean Shipping Company) den griechischen Hafen Piräus und will ihn zum größten Containerumschlagplatz im Mittelmeer ausbauen.⁴³ Die Kapitaloffensive ist Teil der chinesischen Initiative „Neue Seidenstraße“, mit der das ostasiatische Land zur Führungsmacht in Eurasien werden will.

Nicht zuletzt dringt auch **türkisches** Kapital in den letzten Jahren verstärkt in die Länder des Balkan ein.⁴⁴

Die imperialistische Konkurrenz in Europa ist also äußerst verwickelt und unterliegt dazu noch einer ständigen Bewegung. Wir wollen uns im folgenden der Frage zuwenden, welche Rolle die Europäische Union in diesem Geflecht monopolistischer Interessen spielt.

43 „Neue Seidenstraße – China hat große Pläne mit dem Hafen von Piräus“, <https://www.handelsblatt.com/politik/international/neue-seidenstrasse-china-hat-grosse-plaene-mit-dem-hafen-von-piraeus/24136646.html>

44 „Machtkampf auf dem Balkan“, <https://perspektive-online.net/2017/08/machtkampf-auf-dem-balkan>



3) Die Europäische Union - ein imperialistisches Bündnis

GESCHICHTE DER „EUROPÄISCHEN EINIGUNG“

Der Aufbau der Europäischen Union wird in der staatlichen Propaganda gerne als „Europäische Einigung“ bezeichnet. Angesichts der dargestellten komplizierten Machtverhältnisse in Europa wird es jedoch nicht überraschen, dass von einer solchen „Einigung“ unter den Imperialisten des Kontinents keine Rede sein kann.

Die EU ist vielmehr ein **Bündnis der imperialistischen Staaten unter Einschluss der abhängigen Staaten auf Basis der monopolistischen Kräfteverhältnisse in Europa**. Genau wie letztere ist es von einer wechselvollen Entwicklung gekennzeichnet und keineswegs in Stein gemeißelt. In ihrer heutigen Form besteht die EU tatsächlich erst seit der „Osterweiterung“ (der aufeinander folgenden Aufnahme von insgesamt 13 neuen Mitgliedsstaaten zwischen 2004 und 2013) und der Inkraftsetzung des Vertrags von Lissabon im Dezember 2009. Vorausgegangen war ein jahrzehntelanger Prozess, der nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs begann.

1948: Marshallplan

Den Startpunkt eines westeuropäischen imperialistischen Bündnisses bildete die Teilung Europas unter die Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, die Entstehung eines sozialistischen Lagers im Osten unter Führung der Sowjetunion und der Aufstieg der USA zur Hegemonialmacht. Zur Festigung ihrer Position strebten die USA stabile Verhältnisse im

Westen Eurasiens unter ihrer ökonomischen wie politischen Vorherrschaft an. Zu diesem Zweck bauten sie **Westdeutschland**, das von den USA, England und Frankreich militärisch besetzt war, als Bollwerk gegen den Sozialismus auf. In diesem Zusammenhang starteten sie den Marshallplan. Mit ihm wurden zwischen 1948 und 1952 US-Hilfen in Höhe von 131 Milliarden Dollar (nach heutiger Kaufkraft) zum Wiederaufbau des kriegszerstörten Europa mobilisiert. Zur Abwicklung gründeten 18 westeuropäische Staaten am 16. April 1948 die **Organization for European Economic Cooperation (OEEC)**, die so in die Entscheidung über die Verwendung der Gelder aus dem Marshallplan eingebunden wurden.

1950: Montanunion

Es war Frankreich, das am 9. Mai 1950 mit dem sogenannten „Schuman-Plan“ (benannt nach dem damaligen französischen Außenminister) die Initiative zur Schaffung einer **Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS oder Montanunion)** ergriff. Frankreichs Hauptmotiv war dabei die Einhegung Westdeutschlands: Die Kohle- und Stahlindustrie war die Basis der deutschen Kriegswirtschaft gewesen. Gemeinsame Produktionsbedingungen und die Kontrolle unter dem Dach einer supranationalen Behörde sollten eine Bedrohung französischer Sicherheitsinteressen für die Zukunft ausschließen. Westdeutschland erhielt durch diesen Plan wiederum die Chance, seine durch das Ruhrstatut⁴⁵ unter internationaler

Aufsicht stehende Montanindustrie wieder stärker unter eigene Kontrolle zu bekommen. Neben Frankreich und der BRD traten Belgien, Luxemburg, die Niederlande und Italien der 1952 in Kraft getretenen Montanunion bei.

1950 - 1955:

Europäische Verteidigungsgemeinschaft und NATO

Mit Beginn des Koreakriegs im Juni 1950 wurde die Frage der Wiederbewaffnung Westdeutschlands akut. Die USA befürworteten den Aufbau einer Bundeswehr, die in die NATO eingegliedert werden sollte. Auch der deutsche Imperialismus wollte diese Option, weil sie schneller zu einer eigenständigen Armee führen würde. Hochrangige Wehrmachtsoffiziere erarbeiteten im Oktober 1950 eine Denkschrift „Über die Aufstellung eines deutschen Kontingents im Rahmen einer übernationalen Streitmacht zur Verteidigung Westeuropas“ („Himmeroder Denkschrift“). Frankreich hingegen schlug im Plevin-Plan auf der geopolitischen Linie der Einhegung Westdeutschlands eine europäische Armee unter Einbeziehung der BRD vor, die sogenannte **Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)**. Der Vorstoß scheiterte nach zweijährigen Verhandlungen an innerimperialistischen Widersprüchen. Im Mai 1955 trat Westdeutschland der NATO bei. Die Wiederbewaffnung wurde mit der Aufstellung der ersten Einheiten der Bundeswehr vollzogen.

wurde am 28. April 1949 eine internationale Ruhrbehörde, eingerichtet, die die Produktion des Ruhrgebiets an Kohle, Koks und Stahl beaufsichtigte.

45 Auf der Londoner Sechsmächtekonferenz (USA, GB, FR und Beneluxstaaten)

1957/58: Römische Verträge

Nach dem Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft trieb Frankreich die europäische Integration auf wirtschaftlichen Gebiet unter seiner Führung voran. Im Ergebnis gründeten die Mitglieder der Montanunion in den sogenannten „Römischen Verträgen“ von 1957 die **Europäische Atomgemeinschaft (Euratom)** zum Zweck der Entwicklung der Kernenergie, sowie die **Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG)**. Letztere hatte die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraums zum Ziel. Dieser sollte durch Abbau von Handelsbeschränkungen (wie z.B. Zöllen) zwischen den Mitgliedsstaaten, die Einführung des freien Dienstleistungs-, Personen- und Kapitalverkehrs und eine gemeinsame Handelspolitik gegenüber Drittstaaten verwirklicht werden. Zudem wurden gemeinsame Institutionen geschaffen: Das **Europäische Parlament** und der **Europäische Gerichtshof** entstanden aus den entsprechenden Vorgängerinstitutionen der Montanunion, während für Euratom und EWG jeweils eigene Kommissionen gebildet wurden (die wiederum 1967 mit der Hohen Behörde der Montanunion verschmolzen sind). Letztere waren jedoch nur ausführende Organe des **Ministerrates**, dem Organ der Regierungen der Mitgliedsstaaten. Der Ministerrat ernannte die Kommissionsmitglieder und traf alle wesentlichen Entscheidungen. Als Finanzinstrumente entstanden zudem der **Europäische Sozialfonds**, die **Europäische Investitionsbank** und der **Europäische Entwicklungsfonds** für die Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks: Hierbei handelt es sich um die ehemaligen Kolonien Frankreichs, Italiens, Belgiens und der Niederlande, in denen diese

Staaten immer noch neokoloniale Interessen verfolgen.

Die Zollunion wurde bereits 1968 verwirklicht. Ein Jahr zuvor waren EWG, Euratom und EGKS fusioniert und nannten sich nun offiziell **Europäische Gemeinschaften (EG)**.

Im selben Zeitraum kämpfte Frankreich gegen alle Vorstöße, die seinen Führungsanspruch hätten gefährden können. So lehnte es unter anderem die von England 1958 angestoßene Fusion von EWG und OEEC zu einer großen Freihandelszone ab, bei der die Hoheit der einzelnen Staaten über ihre Außenhandelspolitik erhalten bleiben sollte. Ebenso blockierte Frankreich 1961 und 1967 den Beitrittswunsch Englands zur EWG. Die Regierung De Gaulle scheiterte mit dem Plan zur Weiterentwicklung der EWG zu einer Politischen Union vor allem am Widerstand der Benelux-Staaten. Daraufhin suchte sie mit dem 1963 unterzeichneten **Elysée-Vertrag** eine engere Zusammenarbeit mit Westdeutschland, auch um dieses von den USA wegzurücken. **England** wiederum gründete 1960 zusammen mit **Dänemark, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden** und der **Schweiz** die **Europäische Freihandelsassoziation (EFTA)**⁴⁶.

1973 - 1986: Erweiterung der EG

Zum 1. Januar 1973 traten das **Vereinigte Königreich, Irland** und **Dänemark** der EG bei (wohingegen Norwegens Bevölkerung den Beitritt in einer Volksabstimmung abgelehnt hatte). Nach dem Wechsel ihrer Staatsform von faschistischen Diktaturen zu bürgerlichen Demokratien folgten die südeuropäischen Länder **Griechenland** (1981) sowie nach

langen Verhandlungen wegen ökonomischer Streitfragen **Spanien** und **Portugal** (1986).

Die EG war jedoch von heftigen Widersprüchen geprägt und politisch oft gelähmt. Entscheidungen wurden im wesentlichen im Rat der Staats- und Regierungschefs (**Europäischer Rat**) zäh miteinander verhandelt. Sie waren in aller Regel Kompromisse auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Im Gegensatz zum **Ministerrat** (heute: **Rat der EU**), dem offiziellen gesetzgebenden Organ der EG/EU, mit dem er nicht zu verwechseln ist, hatte der Europäische Rat bis 1987 gar keine vertragliche Grundlage. Er ist aber seit jeher das eigentliche Machtzentrum.

Als einziger Wirtschaftsbereich wurde in den 1970er Jahren die Landwirtschaft auf EG-Ebene subventioniert, so dass die EG in diesem Zeitraum fast 90 Prozent ihres Haushalts für Agrarsubventionen ausgab. Die **Gemeinsame Agrarpolitik** der EG förderte unter dem Slogan der Produktivitätssteigerung vor allem die Umstellung der Landwirtschaft der Mitgliedsstaaten auf kapitalistische Großbetriebe und die Überflutung der Weltmärkte mit subventionierten Lebensmitteln.

Fortschritte gab es aus imperialistischer Sicht daneben in der Währungspolitik. Nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems⁴⁷ 1973 und der Aufhebung des Goldstandards für den Dollar (und in Folge aller anderen Währungen) wurde nach mehreren gescheiterten Anläufen Anfang 1979 das **Europäische Währungssystem (EWS)** geschaffen. Es schuf feste Wechselkurse innerhalb einer festgelegten Bandbreite sowie als Verrechnungseinheit im Zahlungsverkehr die European Currency Unit

46 Zu der heute noch Island, Liechtenstein, Norwegen und die Schweiz gehören.

47 Siehe Kommunismus 15: <https://kom-aufbau.org/wirtschaftskrise/>

(ECU), die 1999 durch den Euro abgelöst wurde.

Mit der 1979 erfolgten erstmaligen Direktwahl des europäischen Parlaments wurde versucht, der zunehmenden Wahrnehmung der EG als Subventions- und Bürokratiemaschine entgegen zu wirken.

1985 - 1987: Einheitliche Europäische Akte

Mit der 1987 in Kraft getretenen „**Einheitlichen Europäischen Akte**“ (EEA) sollte die wirtschaftliche Integration der EG-Staaten durch Schaffung eines einheitlichen Binnenmarktes bis 1992 vertieft werden. Politisch unternahmen die Staaten in der Folge Schritte, um ihr nationales Recht dem Ziel eines weitgehend freien Kapital- und Warenverkehrs in einem einheitlichen Wirtschaftsraum anzupassen. Dazu gehörte die gegenseitige Anerkennung und Angleichung von Produktnormen und Lebensmittellstandards, die Beseitigung von Staatsmonopolen und die Öffnung von Märkten (z.B. für Versicherungen, das Transportgewerbe oder für staatliche Aufträge – bekannt geworden durch die europaweiten öffentlichen Ausschreibungen). Die Mitgliedsstaaten der EG außer Großbritannien und Irland vereinbarten in dem sogenannten **Schengener Abkommen** ab 1985 außerdem den weitgehenden Abbau von Grenzkontrollen für Privatpersonen, der ab 1995 umgesetzt wurde.

Die Struktur der EG als imperialistisches Bündnis wurde durch die Stärkung von Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat ausgebaut, was faktisch die Bevorzugung der mächtigsten Staaten zementierte.

1989 - 1993: Neuordnung Europas, Vertrag von Maastricht und Gründung der EU

Der Zusammenbruch des sowjetisch dominierten Ostblocks in den Jahren 1989/90 brachte die Machtverhältnisse zwischen den europäischen Imperialisten erheblich in Bewegung. Die USA unterstützten die Annektion der DDR durch Westdeutschland unter der Bedingung, dass Gesamtdeutschland die Oder-Neiße-Grenze mit Polen anerkennen und der NATO beitreten müsse. Die Gorbatschow-Regierung in der Sowjetunion war nach einigen Verhandlungen bereit, dies zu akzeptieren. Russland erhielt im Gegenzug Kredite und das (später gebrochene) Versprechen, die NATO werde sich nicht weiter nach Osten ausdehnen. Frankreich und England waren damit letztlich gezwungen, der deutschen „Wiedervereinigung“ ebenfalls zuzustimmen. Frankreich verlangte hierfür die Einführung einer gemeinsamen Währung sowie eine Vertiefung der politischen Integration der EG. Schon Ende 1990 starteten Regierungskonferenzen für die Schaffung einer Wirtschafts- und Währungsunion sowie einer politischen Union.

Mit dem Vertrag über die Europäische Union, der im Februar 1992 in Maastricht unterzeichnet wurde, legten die Mitgliedsstaaten schließlich die rechtlichen Grundlagen für die **Europäische Union (EU)** als einem zwischenstaatlichen politischen System. Der Vertrag beinhaltete die Einführung des **Euro** als gemeinsamer Währung. Der Euro wurde von 1999 (Schaffung des Euro als Buchgeld, Festlegung der Wechselkurse der nationalen Währungen zum Euro und Gründung der **Europäischen Zentralbank**) bis 2002 (Ausgabe des Euro als Bargeld) umgesetzt.

Eine Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitik der Nationalstaaten wurde jedoch nicht durchgesetzt. England und Dänemark wiederum erhielten Ausnahmeregelungen, um ihre nationalen Währungen zu behalten. Außerdem wurde in Maastricht die Schaffung einer Unionsbürgerschaft, die Zusammenarbeit der EU-Staaten in den Bereichen Justiz und Inneres sowie eine „**Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**“ (GASP) vereinbart.

Die gemeinsame **Innen- und Rechtspolitik** (seit 1997: „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“) gründet auf einem Interesse, das die kapitalistischen Staaten der EU miteinander teilen, nämlich der Unterdrückung der ArbeiterInnenklasse. Die gemeinsame Repression nach innen gehört deshalb zu den Elementen der EU, die relativ gut funktionieren. 1999 wurde die europäische Polizeibehörde **Europol** geschaffen, die laut Gründungsbeschluss „*die Leistungsfähigkeit der zuständigen Behörden der Mitgliedsstaaten und ihre Zusammenarbeit (...) im Hinblick auf die Verhütung und die Bekämpfung des Terrorismus, des illegalen Drogenhandels und sonstiger schwerwiegender Formen der internationalen Kriminalität*“ verbessern soll⁴⁸. In den vergangenen Jahren machte Europol vor allem durch länderübergreifende Anti-Terror-Großübungen⁴⁹ sowie Projekte für einen ungehinderten Informationsaustausch zwischen den nationalen Polizeibehörden von sich reden⁵⁰. 2004 wurde die Grenzagentur **Frontex** gegründet, die heute mit 1200 „Mitarbei-

48 <https://de.wikipedia.org/wiki/Europol>

49 „Europäische Spezialeinheiten trainieren gemeinsam“, <https://perspektive-online.net/2018/10/europaeische-spezialeinheiten-trainieren-gemeinsam>

50 „Hürdenlose Rasterfahndung für Europol“, <https://perspektive-online.net/2018/06/huerdenlose-rasterfahndung-fuer-europol>

tern“ die Außengrenzen der EU gegen Geflüchtete abriegelt und ihr Personal womöglich bald erheblich aufstocken kann.⁵¹ Weitere EU-Agenturen im Bereich Inneres und Justiz sind das Amt für Betrugsbekämpfung **OLAF**, die Polizeiakademie **CEPOL** und die Einheit für justizielle Zusammenarbeit **Eurojust**. Die Zusammenarbeit in diesem Bereich stößt jedoch auch an Grenzen – nämlich immer dann, wenn konkurrierende imperialistische Interessen ins Spiel kommen. Ein Beispiel ist die erfolgreiche Strategie der katalanischen Separatisten um Carles Puigdemont in den Jahren 2017/18, während der Eskalation ihres Kampfes mit dem spanischen Staat ins europäische Ausland auszuweichen. Deutschland, das enge Verbindungen mit Katalonien hat, ist dem Auslieferungsgesuch Spaniens für Puigdemont nicht gefolgt.

Die „**Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik**“ (**GASP**) ist im Gegensatz zur Repressionspolitik nie wirklich über den Status einer Ankündigung hinaus gekommen, auch wenn 2009 mit dem Vertrag von Lissabon die Position eines „Hohen Vertreters der EU für Außen- und Sicherheitspolitik“ (in den Medien auch: „EU-Außenminister“) geschaffen wurde. In diesem politisch zentralen Gebiet imperialistischer Konkurrenz entscheiden die einzelnen Nationalstaaten weiterhin selbst. Institutionell wurde das dadurch abgesichert, dass weitestgehend das Prinzip der Einstimmigkeit gilt.

Die außenpolitische Handlungsunfähigkeit der EU zeigte sich besonders deutlich während der Jugoslawienkriege der 1990er Jahre. Sie war in militärischen Fragen vollständig abhängig von

der NATO – und damit den USA. Dieser Umstand widerspricht vor allem der Interessenlage Frankreichs, das deshalb immer wieder eine weitergehende militärische Integration auf die Tagesordnung setzen will. Mit den Verträgen von Amsterdam (1997) und Nizza (2001) wurden erste begrenzte Schritte in diese Richtung gegangen. Diese mündeten mit dem Lissabon-Vertrag in der „**Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik**“ (**GSVP**) als einem Teilgebiet von GASP. Diese untersteht dem Europäischen Rat sowie dem Ministerrat, wobei auch hier nur einstimmige Beschlüsse gefasst werden können. Für die Beobachtung geopolitischer Entwicklungen sowie die operative Leitung von Militäreinsätzen ist ein **Politisches und Sicherheitspolitisches Komitee (PSK)** zwischengeschaltet, das sich aus den Botschaftern der Mitgliedsstaaten zusammensetzt.

Die EU verfügt nicht über eigene Soldaten, sondern greift auf die Streitkräfte der Mitgliedsstaaten zurück. Die Nationalstaaten entscheiden in jedem Einzelfall selbst über die Entsendung (worüber in Deutschland der Bundestag abstimmen muss). Das gilt z.B. für eine Reihe von zeitlich befristeten Einsätzen unter dem Namen **EUFOR**, die bisher jeweils maximal einige tausend Soldaten umfassten: Etwa 2003 und 2006 im Kongo, 2008 im Tschad, seit 2004 in Bosnien-Herzegowina und seit 2008 am Horn von Afrika. Dane-

ben gab es eine ganze Reihe von zivilen Missionen (z.B. die seit 2008 laufende **EULEX** im Kosovo). Außerdem gab es Initiativen zur Schaffung ständig einsatzbereiter multinationaler Truppen. Nachdem das 1999 beschlossene Projekt einer an die NATO angelehnten „EU-Eingreiftruppe“ aus 50.000 bis 60.000 Soldaten scheiterte, beschloss der Rat 2004 die Einrichtung von **EU-Battlegroups**. Diese sollen jeweils aus ca. 1.500 Soldaten bestehen und innerhalb von 10 bis 15 Tagen in einem Radius von 6000 km um Brüssel für eine Dauer von bis zu vier Monaten eingesetzt werden können. Seit 2007 sind jeweils zwei dieser Verbände für jeweils ein halbes Jahr einsatzbereit. Zum Einsatz kamen sie bislang nicht.

Unmittelbar nach der Brexit-Abstimmung in Großbritannien sahen Frankreich und Deutschland den Weg frei für weitere Initiativen, die zuvor aufgrund der Interessenwidersprüche mit England nicht umsetzbar waren: Der EU-Rat verabschiedete eine neue „Globalstrategie“. Diese stellte die Notwendigkeit weltweiter imperialistischer Interventionen fest und beschloss den Aufbau von eigenständigen Kommandostrukturen sowie einer europäischen Rüstungsindustrie. Ende 2017 unterzeichnete ein Großteil der EU-Staaten die „**Ständige Strukturierte Zusammenarbeit**“ (**PESCO**) – nicht dabei: Dänemark und England. PESCO umfasst neben der Vereinbarung ei-



EU-Battlegroup

51 „Ausbau der Festung Europa“, <https://perspektive-online.net/2018/05/ausbau-der-festung-europa>

ner Verpflichtung zur gegenseitigen Verteidigung auch den Zwang zur Aufrüstung, die gemeinsame Finanzierung von GSVP-Missionen sowie die Bereitstellung von Truppen für die EU-Battlegroups. Im Rahmen eines „Europäischen Verteidigungsfonds“ sollen zudem Gelder aus dem EU-Haushalt für gemeinsame Rüstungsprojekte abgezweigt werden. Die Vereinbarung liegt damit aus deutscher Sicht immer noch auf der Linie einer begrenzten Zusammenarbeit mit Frankreich in der Rüstung und Kriegsführung, bei Beibehaltung der nationalen Streitkräfte. Schon im Jahr 2000 hatten Deutschland, Frankreich und Spanien das gemeinsame Rüstungsmonopol EADS (heute: Airbus) geschaffen.⁵² Die „Europäische Verteidigungsunion“ (geschweige denn eine EU-Armee) bleibt eine langfristige Vision und damit unbestimmtes Ziel in Vertragspräambeln – denn zugleich steht in den EU-Verträgen, dass die gemeinsame Verteidigung ausschließlich eine NATO-Aufgabe sei, wozu sich die EU in einer gemeinsamen Erklärung mit der NATO im Juli 2018 noch einmal bekannte.

2004 - 2013:

Osterweiterung der EU

Nach der Schaffung der EU durch den Vertrag von Maastricht traten **Österreich, Finnland und Schweden** dem Bündnis im Jahr 1995 bei. Norwegen blieb nach einer weiteren gescheiterten Volksabstimmung draußen.

Die Osterweiterung fand nach einem zehnjährigen Verhandlungs- und Anpassungsprozess der EU-Strukturen in zwei Stufen statt. Am 1. Mai 2004 traten **Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowakei, Ungarn, Slowenien, Malta** und die Re-

52 Durch Fusion der DASA (Deutschland), Aérospatiale-Matra (Frankreich) und CASA (Spanien).

publik **Zypern** der EU bei. Ihnen folgten am 1. Januar 2007 **Bulgarien** und **Rumänien**. Am 1. Juli 2013 wurde **Kroatien** Mitglied der EU, die damit auf 28 Staaten anwuchs. Die EU hat sich damit bis weit in den Einflussbereich des russischen Imperialismus ausgedehnt, nachdem die osteuropäischen Staaten ab dem Ende der 1990er Jahre schon nacheinander der NATO beigetreten waren (1999: Polen, Tschechien, Ungarn; 2004: Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien; 2009: Albanien, Kroatien, 2017: Montenegro; aktuell sind Bosnien-Herzegowina und Nordmazedonien NATO-Beitrittskandidaten).

2004 - 2009:

Gescheiterte Verfassung und Vertrag von Lissabon

Die europäische Zusammenarbeit erreichte also in der ersten Hälfte der 2000er Jahre mit der Einführung des Euro und der Osterweiterung ihren bisherigen Höhepunkt. Mit dem Vertrag über eine Europäische Verfassung sollte daraufhin die politische Struktur der Union weiter angepasst werden. Dabei ging es neben viel europäischem Pathos im Kern um die Ausdehnung von Mehrheitsentscheidungen, was die Vorherrschaft der mächtigsten EU-Staaten, vor allem Deutschlands, politisch gefestigt hätte.

Die europäische Verfassung sollte 2006 in Kraft treten, scheiterte aber an Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden. Stattdessen wurde der inhaltlich weitgehend deckungsgleiche **Vertrag von Lissabon** im Oktober 2007 durch den Europäischen Rat beschlossen. Er trat im Dezember 2009 in Kraft. Dies gelang aber nur, weil im Ratifizierungsprozess einigen Ländern Ausnahmeregelungen

zugestanden wurden.⁵³ Die einzige ablehnende Volksabstimmung über den Vertrag in Irland wurde wiederholt, sodass er im zweiten Anlauf angenommen wurde. Vor der zweiten Abstimmung hatte Irland in Nachverhandlungen durchgesetzt, dass weiterhin jedes Land ein Kommissionsmitglied erhält und die nationale Hoheit in Steuerfragen durch ein Zusatzprotokoll garantiert wird.

2009 - 2019: Eurokrise

Infolge der Weltwirtschaftskrise von 2008/2009 geriet die EU schon kurz darauf in die schwerste Krise ihrer Geschichte. Sie führte beinahe zum Zusammenbruch des Euro-Währungssystems und förderte die Widersprüche zwischen den imperialistischen Staaten klar zutage.

Der **Euro** war nach seiner Einführung ein gewaltiger Motor für den Kapitalexpert innerhalb Europas gewesen. Besonders für die südeuropäischen imperialistischen Staaten (vor allem Italien, Spanien) sowie eine Reihe von mittleren und kleineren abhängigen Staaten bedeutete die gemeinsame Währung zunächst ein teilweise drastisches Sinken der Zinsen. Der Euro als stabile Währung machte aus Sicht der Investoren Kredite in diese Länder zu einem sicheren Geschäft. Dadurch konnten sich die dortigen Staaten, Unternehmen und Privatpersonen billiger verschulden. Das taten sie sehr ausgiebig, und zwar indem sie sich Geld im Ausland liehen⁵⁴:

53 Z.B. erhielt Tschechien die Garantie, dass die Grundrechtecharta des Vertrags nicht zu Regressforderungen von nach dem Zweiten Weltkrieg enteigneten Sudetendeutschen und Ungarn führen werde.

54 Z.B. glichen sich die Zinsen für griechische Staatsanleihen denen für deutsche Anleihen zeitweise bis auf 1 Prozent an, nachdem sie vorher um 18 Prozent höher gelegen hatten: „Im Angesicht nie dagewesener, niedriger Kapitalkosten erweckten Teile von Europa

Es war vor allem Kapital aus den führenden imperialistischen Staaten Europas, das in der Folge massenhaft in die Länder Südeuropas floss. Hierdurch machten einerseits die großen Bankmonopole z.B. aus Frankreich und Deutschland ein gutes Geschäft mit Krediten. Andererseits profitierten die Industriemonopole, denn die Kredite wurden von den Schuldnerländern zu einem großen Teil dazu verwendet, Waren im Ausland zu kaufen. Die Öffnung der Märkte innerhalb der EU hatte den Boden hierfür bereitet.

Der Anstieg des innereuropäischen Handels infolge des Euro begünstigte besonders die **nordeuropäischen imperialistischen Staaten** (u.a. Deutschland, Niederlande, Schweden), deren Wirtschafts- und Finanzpolitik auf den Warenexport, eine harte Währung und eine eher niedrige Staatsverschuldung abzielt. Demgegenüber sind die vom französischen Imperialismus dominierten **Mittelmeer-Staaten** – grob gesagt – wirtschaftlich eher auf den eigenen Binnenmarkt ausgerichtet und verfolgen eine „lockere“ Geld- und Kreditpolitik, die durch einen Bankensektor mit hohem staatsmonopolistischem Anteil abgesichert ist.

Importiert ein Land dauerhaft einen größeren Wert an Waren aus dem Ausland, als es ausführt, bedeutet das aber, dass gesellschaftlicher Reichtum aus diesem Land ins Ausland abfließt, denn in diesem Fall sind die Ausgaben des Landes höher als die Einnahmen. Man spricht von einer

zum Leben, die in Jahrhunderten, teils Jahrtausenden niemals wirtschaftlich dynamisch gewesen waren. Irland, Griechenland, Iberien und Süditalien erlebten alle das stärkste Wachstum seit Generationen. Aber sie liehen sich kein Geld, das lokal erzeugt worden war ...“ (Stratfor, „Germany’s Choice, Part“, zitiert nach: „Die Krise des Imperialismus und der ‚Europäische Frühling‘“, Verlag Leo Joghiches 2015, S. 22 f.

negativen Handelsbilanz. Für gewöhnlich können Staaten einer Überschwemmung ihrer Wirtschaft durch ausländische Waren und damit einer dauerhaft negativen Handelsbilanz dadurch entgegen wirken, dass sie ihre eigene Währung durch entsprechende Maßnahmen ihrer Notenbanken (z.B. die Festlegung der Höhe der Leitzinsen oder den Verkauf von Staatsschuldpapieren) abwerten. Dies führt nämlich dazu, dass ausländische Waren im Inland teurer und die eigenen Waren im Ausland billiger werden. Durch den Euro als gemeinsame Währung fiel diese Möglichkeit für die südeuropäischen Staaten aber weg. Gleichzeitig gab es in der Eurozone keinerlei Mechanismen, etwa über eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik, die einen Ausgleich in den Handelsbilanzen der verschiedenen Länder hätte bewirken können: Denn genau das hat Deutschland mit Unterstützung der nordeuropäischen Staaten entgegen Bemühungen aus Frankreich und Südeuropa bis heute immer verhindert.

In der Folge floss ein erheblicher Teil des Nationaleinkommens der abhängigen Staaten an die Weltmonopole, mit Deutschland an der Spitze: Von der Einführung des Euro als Bargeld bis zum zweiten Quartal 2010 lag der deutsche Leistungsbilanzüberschuss bei ca. 672 Milliarden Euro⁵⁵.

55 Die **Leistungsbilanz** bezeichnet in der bürgerlichen Volkswirtschaftslehre ein Maß für die wirtschaftlichen Transaktionen zwischen dem In- und Ausland. Dazu zählen die Handelsbilanz (Bilanz der exportierten und importierten Waren), die Dienstleistungsbilanz, die Übertragungsbilanz aus geleisteten und empfangenen Überweisungen von ausländischen Beschäftigten in ihre Heimatländer, Beiträge an internationale Organisationen und die „Entwicklungshilfe“ (Kapitalexport), sowie die Bilanz der Erwerbs- und Vermögenseinkommen. Kurzum: Sie ist ein Maß dafür, wieviel Wert, also wieviel geleistete Arbeit binnen eines Jahres in ein Land

Die Weltwirtschaftskrise führte dann zum Bankrott von Banken, Unternehmen, Privatpersonen und Staaten, die hohe Auslandsschulden aufgetürmt hatten. Die EZB konnte den europäischen Bankensektor damals nur mit Dollarkrediten der amerikanischen Notenbank Fed stabilisieren⁵⁶. Im April 2010 beantragte **Griechenland** als erster Staat der Eurozone Notkredite von EU und Internationalem Währungsfonds (IWF), um einen Staatsbankrott abzuwenden. Im November desselben Jahres folgte **Irland**, im April 2011 **Portugal**.

Im Rahmen der „Rettungsschirme“ schufen die Staaten der Eurozone die **Europäische Finanzstabilisierungsfazilität (EFSF)** und den **Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM)** – beides sind faktisch Banken, deren Kapital die beteiligten Staaten (also letztlich deren ArbeiterInnen über die Steuern) eingebracht haben. Sie sind nicht ins Gefüge der EU-Institutionen eingebunden. Größter Kapitalzeichner ist jeweils Deutschland, der deutsche Manager Klaus Regling leitet bis heute beide Häuser.⁵⁷

Im Gegenzug für Kredite und Bürgschaften drückte die EU unter deutscher Federführung den Zielländern strenge Sparprogramme („Austeritätsprogramme“) auf. Die wirtschaftliche Struktur dieser Länder wurde damit in einem brutalen Gewaltakt an die Interes-

hinein oder aus ihm heraus fließt.

Zahlen aus: Europäischer Frühling, S. 22

56 Was öffentlich übrigens wenig bekannt ist. - vgl.: „The Thinly-Veiled Fed Bailout of Europe“, www.businessinsider.com/the-thinly-veiled-fed-bailout-of-europe-2011-12

57 Dazu eine Bewertung des Think-Tank Stratfor aus dem Jahr 2011: „Um das Geld zu erhalten, müssen die bekümmerten Staaten nur tun, was immer Deutschland – der Manager des Fonds – will. Die Entscheidungen werden innerhalb des Fonds getroffen, nicht auf der Ebene der EU-Institutionen.“, „Europäischer Frühling“, S. 27

sen der Weltmonopole angepasst. Dies geschah etwa durch massive Kürzungen von Löhnen, Sozialleistungen und Renten, das Anheben von indirekten Steuern, ein Zusammenstreichen des öffentlichen Dienstes u.v.m. Die Weltmonopole rissen sich außerdem durch erzwungene Privatisierungen das Staatsvermögen der betroffenen Länder unter den Nagel: In Griechenland z.B. wurde 2011 der Hellenic Republic Asset Development Fund (HRADF) gegründet. Er verramschte Staatsbesitz in Höhe von 50 Milliarden Euro, darunter Immobilien, Firmenanteile und Rechte (z.B. an der Erdgasförderung, zum Betrieb von Flughäfen oder Mobilfunknetzen). Das deutsche Staatsmonopol Fraport erwarb im November 2014 allein vierzehn griechische Regionalflughäfen.

Ähnliche Sparprogramme wie Griechenland mussten auch **Irland, Portugal, Spanien, Italien, Zypern** und **Slowenien** durchführen. Für die Durchsetzung sorgte meist eine „Troika“ aus Beamten der EU-Kommission, der EZB und des IWF, die den Regierungen der jeweiligen Länder als Insolvenzverwalter vorgesetzt wurde. Regierungen, die sich

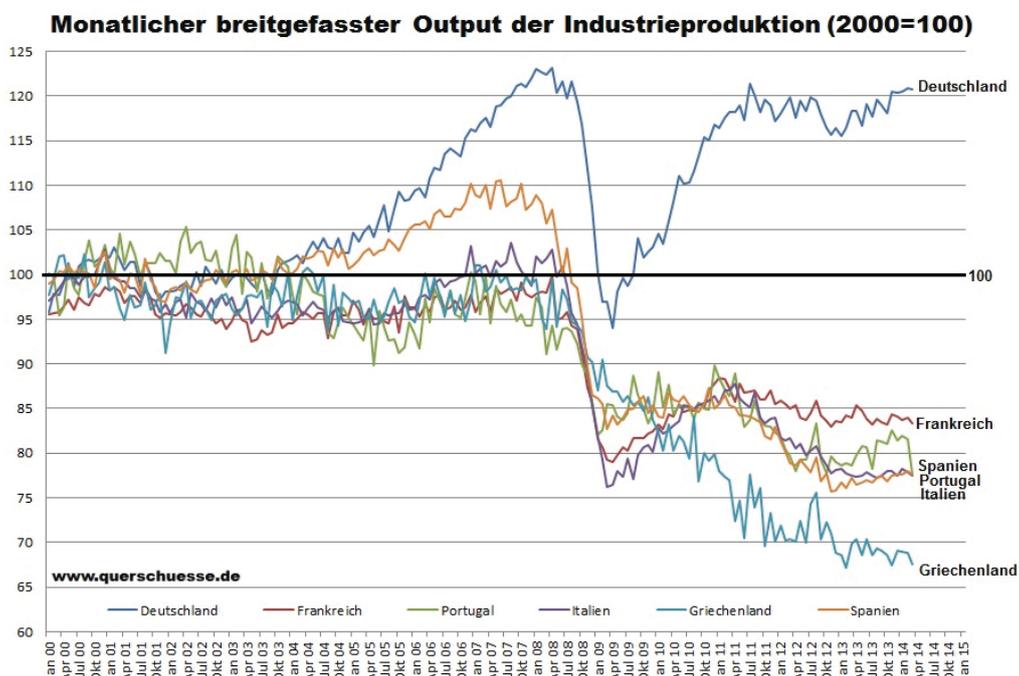
nicht ausreichend fügten, wurden ausgetauscht, wie z.B. im November 2011 kurz hintereinander in Griechenland und Italien.

Der deutsche Imperialismus hat in der Krise ausgenutzt, dass seine Konkurrenten stärker als er in die Knie gegangen sind. Während die Industrieproduktion in Deutschland bereits im Jahr 2011 wieder das Vorkrisenniveau erreichte, benötigten die Staaten des Euro-Raums hierfür zusammengenommen bis 2016, die 28 EU-Staaten sogar bis 2017. In einigen Ländern überlagerte die Depressionsphase den kompletten nächsten Krisenzyklus. Vor allem Südeuropa stagniert bis heute: Die Industrieproduktion in Frankreich, Spanien, Italien und Portugal ist nach wie vor unter ihrem Vorkrisenniveau.

Deutschland baute seine führende Position in Europa in der Folge rücksichtslos aus. Die Rolle der von Deutschland beherrschten Institutionen wie ESFS und ESM sowie der Euro-Gruppe wurde gegenüber den EU-Institutionen gestärkt. Mit dem **Fiskalpakt** haben 23 europäische Staaten (nicht dabei: u.a. England) Anfang 2012 außerdem die politische Kontrolle der EU über verschuldete Nationalstaaten zementiert: Staaten,

deren jährliche Neuverschuldung eine bestimmte Quote (0,5 Prozent des BIP) überschreitet, müssen ihre Haushalte von EU-Kommission und Europäischem Rat genehmigen lassen. Das bedeutet im Zweifel, dass die Regierungen Frankreichs, Spaniens oder Italiens ihre Haushalte von Deutschland genehmigen lassen müssen – nicht umgekehrt⁵⁸. Zugleich blockiert Deutschland weiterhin alle Vorstöße Frankreichs in Richtung einer Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitik, z.B. in Form von europäischen Staatsanleihen („Euro-Bonds“) oder eines Eurozonen-Haushalts, wie ihn der französische Präsident Macron im September 2017 gefordert hat⁵⁹. Die schweren Ungleichgewichte zwischen den EU-Staaten besonders hinsichtlich ihrer Verschuldung, die sich hierdurch weiter aufbauen müssen, hat die Europäische Zentralbank bislang durch eine Politik des „billigen Geldes“ und den massiven Ankauf von Staatsanleihen notdürftig aufgefangen.

58 „Die doppelten Haushaltstandards der EU“, www.german-foreign-policy.com/news/detail/7960
 59 „Das Eurozonen-Budget“, www.german-foreign-policy.com/news/detail/7792



DIE ROLLE DER EU IN DER GEOSTRATEGIE DER IMPERIALISTEN

Die EU in ihrer heutigen Form ist als Ergebnis des verwickelten imperialistischen Konkurrenzkampfs zwischen den europäischen Staaten zustande gekommen. Ihr beispiellos kompliziertes Vertragswerk und Gefüge aus offiziellen und inoffiziellen Gremien, Ausschüssen und Institutionen ist ein bemerkenswerter Ausdruck hiervon. Gleichzeitig ist die EU der Ort, an dem ein großer Teil des Konkurrenzkampfs zwischen den europäischen Imperialisten heute ausgetragen wird.

Die Politik der einzelnen Mitgliedsstaaten gegenüber der EU ergibt sich aus den geostrategischen Interessen ihres Kapitals. Sie ist deshalb in den Grundlinien für alle Länder seit Jahrzehnten dieselbe, was sich an den größten imperialistischen Staaten veranschaulichen lässt.

Das **Vereinigte Königreich** ist eine Seemacht mit einer Insel als gesichertem Territorium, ein ehemaliges Weltreich mit neokolonialen Interessen auf verschiedenen Kontinenten und eng an den US-Imperialismus angebunden. Europa spielt auch für das Vereinigte Königreich eine hervorgehobene Rolle: Es kann nicht zulassen, dass deutsches und französisches Finanzkapital den Kontinent einfach unter sich aufteilen oder dass mit Frankreich oder Deutschland eine einzige Hegemonialmacht dort entsteht. Deshalb will England den freien Zugang seines Kapitals zu den europäischen Märkten – jedoch ohne sich Deutschland und Frankreich politisch unterzuordnen. Es hat kein Interesse daran, seinen Kapitalaustausch und Außenhandel mit den USA, Kanada, Australien oder Indien von Kontinentaleuropa abhängig

zu machen, z.B. indem es der Eurozone beiträgt. Deshalb hat das Vereinigte Königreich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs das Projekt einer europäischen Freihandelszone möglichst ohne politischen Überbau verfolgt, z.B. im Rahmen seiner Initiative zur Gründung der EFTA (die es 1973 zugunsten der EWG wieder verlassen hat). Die Politik des Vereinigten Königreichs gegenüber der EU war folgerichtig immer von dem Widerspruch geprägt: Alle Freihandelsvorteile mitnehmen, ohne sich politisch zu sehr binden zu lassen. Im Zuge der Verschiebung der innereuropäischen Kräfteverhältnisse zugunsten von Deutschland seit 1990 wurde es jedoch immer schwieriger für das Vereinigte Königreich, Sonderregeln für sich auszuhandeln. Der Widerspruch ist schließlich eskaliert, als die britische Regierung 2016 als taktisches Manöver die eigene Bevölkerung über die EU-Mitgliedschaft abstimmen ließ – und wider Erwarten eine knappe Mehrheit für den Austritt stimmte. Die englische Verhandlungsposition gegenüber der EU wurde hierdurch massiv geschwächt. Anstatt auf der Basis einer EU-Mitgliedschaft und eines gesicherten Zugangs zur Freihandelszone mehr Ausnahmeregelungen für sich herauszuholen, droht das Vereinigte Königreich nun den freien Zugang zum Wirtschaftsraum komplett zu verlieren. Vor allem Deutschland hat diese Situation genutzt, um England in den Brexit-Verhandlungen weiter zu isolieren und zu schwächen. Es zeigt sich, dass die EU eine Zwangsgemeinschaft in Europa geworden ist, die selbst ein imperialistisches Land wie das Vereinigte Königreich nicht einfach verlassen kann, ohne dabei einen erheblichen Preis zu zahlen.

Frankreich will seinen Hegemonialanspruch mit Schwerpunkt im Westen und Süden Europas absichern und Deutschland politisch im Zaum halten. Als Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg geteilt und Frankreich damit die stärkere Macht in Europa war, wollte es diese Stärke nutzen, um sich Deutschland durch eine weitgehende wirtschaftliche, politische und militärische Integration unterzuordnen. Deutschland hat Frankreich jedoch – mit US-amerikanischer Unterstützung – spätestens seit dem Beginn der 1990er Jahre überholt. Frankreich war zwar noch stark genug, um Deutschland die Währungsunion abzutrotzen. Es war jedoch zu schwach, um zugleich eine wirtschaftspolitische Union durchzusetzen, so dass Deutschland den Euro am Ende zu seinem Vorteil ausspielen konnte. Seit der Euro-Krise ist Deutschland die klare Führungsmacht in der Europa und muss nun nach mehr streben. Frankreichs Grundlinie, Deutschland durch mehr Integration Zügel anzulegen, ist vor diesem Hintergrund dieselbe geblieben. Emmanuel Macron forderte deshalb 2018 in seiner großen „EU-Vision“ nicht nur eine vertiefte Wirtschaftsunion, sondern auch – ähnlich dem französischen Vorstoß Anfang der 1950er Jahre – eine europäische Armee. Eine solche würde aber von Frankreich dominiert werden. Angela Merkel lässt ihn seither am langen Arm verhungern.

Deutschland konnte die EU zum Aufbau eines mitteleuropäischen Wirtschaftsraums als eigene Machtbasis und für seinen Aufstieg zur Hegemonialmacht in Europa nutzen. Dies gelang auch, weil es geschickt nur so viele Integrationsschritte mitgetragen hat, dass Frankreich es eben nicht einhegen konnte. Der in Teilen halb-

gare Charakter der heutigen EU – politische Union ohne gemeinsame Außenpolitik, gemeinsame Währung ohne wirtschaftspolitische Vereinheitlichung – ist damit zu einem guten Teil Ausdruck der Interessen des deutschen Imperialismus. Deutschland hat häufig die EU-Institutionen unterlaufen (z.B. nach 2010 durch die Stärkung der Rolle der Eurozone) und Konzepte wie ein „Europa der zwei Geschwindigkeiten“ ins Spiel gebracht, um seine eigene Geostrategie gegen die anderen Staaten durchzusetzen.

Jetzt, da seine beiden Hauptkonkurrenten in Europa (Frankreich und das Vereinigte Königreich) geschwächt sind, muss Deutschland zügig seine Strategie anpassen, wenn es das Ziel der Weltherrschaft ernsthaft verfolgen will. Dabei steht es aber vor einer Reihe von schwerwiegenden Problemen:

- Deutschland kann Europa dauerhaft nicht durch reine Unterwerfung beherrschen, d.h. den anderen Nationen und Monopolen einfach seinen Willen aufzwingen – sondern es muss

seine nationalen Interessen als Hegemon verwirklichen, indem es die Interessen der kleineren Staaten/Kapitale berücksichtigt und einbindet. Damit geht aber immer die Gefahr einer abermaligen Veränderung der Kräfteverhältnisse zu seinen Ungunsten einher.

- Ökonomisch und politisch ist der deutsche Imperialismus zwar stark. Militärisch ist er jedoch schwach. Deutschland liegt auf dem „Global Firepower Index“ von 2019 auf Platz 10, hinter den USA, Russland, China, Indien, Frankreich, Japan, Südkorea, dem Vereinigten Königreich und der Türkei⁶⁰. Während die faschistische Wehrmacht zu ihren Hochzeiten gestützt auf 18,2 Millionen Soldaten mit bester Ausrüstung große Teile Europas beherrschen konnte, ist die Bundeswehr mit ihren ca. 180.000 aktiven Soldaten und ständigen Meldungen über nicht schussfähige Gewehre und nicht flugfähige Flugzeuge nur noch ein

Schatten davon. Deutschland muss also bereit und fähig sein, eine militärische Macht aufzubauen und diese auch in Kriegen einzusetzen. Der frühere deutsche Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) formulierte es bei der Eröffnung der Münchener Sicherheitskonferenz 2018 mit den Worten: „In einer Welt voller Fleischfresser geht man als Vegetarier unter.“⁶¹ Das Problem: Der deutsche Imperialismus kann nicht erwarten, dass die viel stärkere französische Armee für ihn die Welt erobern wird. Will Deutschland nicht als Juniorpartner in einer europäischen Armee enden, wird der Aufbau einer eigenen Kriegsmacht also letztlich nur gegen Frankreich funktionieren.

- Seine geografische Lage zwingt den deutschen Imperialismus, nach Osten vorzudringen. Sein Weg dorthin wird aber vor allem von den USA massiv blockiert, und zwar nicht erst seit dem Amtsantritt Donald

60 www.globalfirepower.com/countries-listing.asp

61 Zitiert nach: Christoph v. Marschall, „Wir verstehen die Welt nicht mehr“, S.151 ff.



Deutschland exportiert viele Waffen – aber ist militärisch verhältnismäßig schwach

Trumps: Durch die NATO-Mitgliedschaft der meisten ost- und einer Reihe von südosteuropäischen Staaten haben die USA dort eine militärische Hegemonie errichtet, die sich gegen das deutsche Vormachtstreben richtet. Einige dieser Staaten üben konsequenterweise eher die Funktion als Interessenvertreter der NATO – und damit der USA – in der EU aus als umgekehrt, z.B. Polen. Die USA torpedieren außerdem immer wieder eine **Annäherung zwischen Deutschland und Russland**, etwa im Zuge der Ukraine-Krise im Jahr 2014. Die USA haben den Regimewechsel dort durch eine Militarisierung des Konflikts im Donbass auf ein Eskalationsniveau angehoben, das Deutschland nicht mitgehen konnte. Der danach folgende neue „Kalte Krieg“ mit immer weiteren Sanktionen hat jede Aussicht auf eine eigenständige Annäherung Deutschlands an Russland für die nächsten Jahre zunichte gemacht. Heute arbeiten die USA sehr offensiv gegen die Verwirklichung der Erdgas-Pipeline „Nordstream 2“ zwischen Russland und Deutschland. Auch die Sanktionspolitik der USA gegen den Iran richtet sich im Kern gegen den Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen der europäischen Staaten mit dem Land und damit gegen Deutschlands Interessen entlang der historischen Seidenstraße.

Da weder Deutschland noch Frankreich auf die Sicherung eines Herrschaftsgebiets in Europa verzichten können, das über ihre eigenen Landesgrenzen hinausgeht, ist die Beteiligung an der EU unter den heutigen Bedingungen für beide Staaten notwendig. Gleichzeitig ist die EU in ihrer

konkreten Ausgestaltung als imperialistischer Kompromiss auch für beide ein Hindernis. Dasselbe gilt umso mehr für die anderen imperialistischen Staaten, die durch Abhängigkeitsverhältnisse an Deutschland und / oder Frankreich gebunden sind – während die neokolonialen Staaten ohnehin keine Wahl haben, es sei denn, sie würden sich für den sozialistischen Weg entscheiden.

Vor diesem Hintergrund hat in den letzten Jahren die Bedeutung von Teilbündnissen innerhalb der EU zugenommen, in denen sich kleinere Staaten zusammengeschlossen haben. Im Jahr 2018 gründeten die Finanzminister der **Niederlande**, von **Dänemark**, **Schweden**, **Finnland**, **Irland** und den **baltischen Staaten** die **Neue Hanse**. Über einen baldigen Beitritt Polens wird spekuliert. Das Bündnis sieht sich in Opposition zu den weitgehenden Integrationsplänen Frankreichs, vor allem zum Eurozonen-Haushalt. Die Initiative ging nach der Brexit-Volksabstimmung von den Niederlanden aus: *„Die Niederlande fühlte sich recht wohl im Dreieck zwischen Deutschland, Frankreich und Großbritannien, nun sind wir eher am Rand“*, äußerte ein niederländischer Diplomat. Auch wenn die offizielle Lesart in den bürgerlichen Medien die ist, dass sich die Neue Hanse gegen die deutsch-französische Vorherrschaft richtet, könnte sich der deutsche Imperialismus die Stoßrichtung dieses Bündnisses gegen Frankreich zunutze machen.⁶² Als weitere Staaten-Netzwerke innerhalb der EU bestehen die sicherheitspolitische **Drei-Meere-Initiative** von zwölf Ländern in der Nähe zu Russland, die von Polen,

Österreich und Kroatien angeführt wird; sowie schon seit 1991 die **Visegrad-Gruppe** aus **Polen**, **Tschechien**, der **Slowakei** und **Ungarn**. Sie ist in den letzten Jahren durch eine eigene Migrations- und Grenzpolitik in Erscheinung getreten.

Der Widerspruch der EU, für die beteiligten Staaten gleichzeitig notwendig und ein Hindernis zu sein, muss letztlich allen Versuchen einer europäischen Einigung unter imperialistischen Bedingungen zugrunde liegen. Er bildet die Basis für die Ausdifferenzierung des bürgerlichen politischen Lagers in den einzelnen Nationen in proeuropäische und antieuropäische Kräfte. Die rechtsnationalen und faschistischen Parteien treten in unterschiedlichen Schattierungen für die Verwandlung der EU in eine reine Freihandelszone, eine Auflösung der Währungsunion oder gar einen Austritt ihres Landes aus der EU ein. Sie bringen damit die Interessen ihres Finanzkapitals gegenüber dem Rest der EU in aggressiverer Form zum Ausdruck. Ihr Erstarren in den letzten Jahren ist das Ergebnis davon, dass sich die Widersprüche zwischen den europäischen Imperialisten verschärfen.

Hinzu kommt, dass zwar Deutschland innerhalb der EU gestärkt aus der letzten Wirtschaftskrise hervorgegangen ist, die EU als ganze aber seit der Weltwirtschaftskrise 2008/2009 in der globalen Konkurrenz gegenüber den USA und China deutlich geschwächt worden ist. Dies könnte die Widersprüche innerhalb Europas noch einmal verschärfen, zumal Deutschland seine Position nur dadurch stärken konnte, dass es anderen Staaten die Luft abgeschnürt hat. Es ist also durchaus denkbar, dass die EU auseinander bricht.

⁶² „Die Neue Hanse – alte Vorbehalte gegen Charlemagne“, https://www.heise.de/tp/features/Die-Neue-Hanse_alte-Vorbehalte-gegen-Charlemagne-4302819.html

IST DIE EU EIN STAAT ODER EIN IMPERIALISTISCHES BÜNDNIS?

Ausgehend von der dargestellten geschichtlichen Entwicklung kommen wir zu der folgenden Einschätzung bezüglich des politischen Charakters der EU:

Die EU ist ein imperialistisches Bündnis und als solches von Interessengegensätzen zerrissen. Als imperialistisches Bündnis ist sie notwendigerweise zeitweilig. Die fortgeschrittene Internationalisierung des Kapitalismus hat die wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen den Nationalstaaten jedoch auf ein solches Niveau gehoben, dass die Aufkündigung eines solchen Bündnisses für einzelne Staaten immer schwieriger wird. Die Verhältnisse des Finanzkapitals mit der Unterordnung abhängiger Monopole durch Weltmonopole spiegeln sich in den politischen Abhängigkeiten zwischen den Nationalstaaten wider. Die EU ist die konkrete Form, in der die europäischen Nationalstaaten dieses System von Abhängigkeiten heute organisieren. Am Beispiel Englands sieht man, dass die EU zur Zwangsgemeinschaft geworden ist, die man nicht so einfach verlassen kann, es sei denn um den Preis erheblicher Machtverluste. Die Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen den Imperialisten verschärft jedoch die Wi-

dersprüche zwischen ihnen. Diese können an einem bestimmten Punkt ein solches Ausmaß erreichen, dass die EU gesprengt und ein Kampf um die Neuordnung Europas auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Die konkrete Form, welche die EU heute angenommen hat, ist Ausdruck der widersprüchlichen Entwicklung der imperialistischen Kräfteverhältnisse und politischen Kämpfe in Europa. Sie ist damit nicht das lupenreine Ergebnis eines Plans von einem oder mehreren Imperialisten. Hieraus erklären sich die tiefen Widersprüche ihrer Strukturen, z.B. einer Währungsunion ohne gemeinsame Wirtschaftspolitik.

Die EU ist kein Staat, hat aber im Zuge ihrer Weiterentwicklung als Bündnis im Rahmen von unzähligen, komplizierten Verträgen zwischenstaatliche Strukturen geschaffen. Dazu gehören die Kommission, der Ministerrat, das immer noch weitgehend machtlose EU-Parlament sowie eine Vielzahl von Behörden mit einem riesigen bürokratischen Überbau und Agenturen für konkrete Zwecke. Daneben gibt es eine Menge von teilweise informellen Zusammenkünften und eigenen Institutionen, die nur einen Teil der Mitgliedsstaaten vertreten und die vertraglich geregelten EU-Institutionen umgehen (Eurozone, ESFS, ESM). Das Machtzentrum der EU bleibt der runde Tisch, an

dem die Staats- und Regierungschefs zusammenkommen und entsprechend ihrer Kräfteverhältnisse untereinander Entscheidungen treffen (Europäischer Rat). Die Kommission ist nur ein ausführendes Organ der Staats- und Regierungschefs. Hierdurch wird der Charakter der EU als imperialistisches Staatenbündnis besonders deutlich.

Die zwischenstaatlichen Strukturen und der behördliche Überbau der EU weisen erhebliche Ungleichgewichte auf. Je mehr eine bestimmte staatliche Teilfunktion die gemeinsamen Interessen verschiedener imperialistischer Staaten in der EU berührt, desto entwickelter ist der Übergang dieser Teilfunktion auf die Ebene von EU-Institutionen (wie z.B. die technische Zusammenarbeit bei der Repression nach innen). Sie stößt jedoch auch hier immer dann an Grenzen, wenn konkurrierende imperialistische Interessen berührt werden. Andere staatliche Funktionen wie die Außenpolitik verbleiben letztlich komplett bei den Nationalstaaten.

Diese Einschätzung beinhaltet die notwendigen Merkmale einer Definition der europäischen Integration. Will man das Wesen der europäischen Einigung unter imperialistischen Bedingungen jedoch auf den Punkt bringen, so lautet die Formel: Die EU ist eine notwendige Unmöglichkeit.



Machtlose Schwatzbude - das Europäische Parlament

Die europäischen Institutionen: Viel Form, wenig Inhalt

Die wesentlichen offiziellen Organe der EU sind der Europäische Rat, der Rat der EU (Ministerräte), die Europäische Kommission (EK) und das Europäische Parlament (EP).

Der **Europäische Rat** setzt sich aus den Staats- und Regierungschefs zusammen. Er entscheidet die Richtlinien der EU-Politik sowie die strategische Ausrichtung der EU. Er trifft sich mindestens zweimal pro Halbjahr zu EU-Gipfeln. Der Europäische Rat ist die übergeordnete Institution und dient als das zentrale Entscheidungsorgan der EU. Dort loten die Nationalstaaten ihre Interessen aus und finden Kompromisse, wo es möglich ist. Entscheidungen werden in der Regel im Einvernehmen ohne formelle Abstimmung getroffen.

Der **Rat der EU** setzt sich aus verschiedenen EU-Ministerräten zusammen, welche die Minister der jeweiligen Länder in einem bestimmten Ressort (z.B. Finanzen) umfassen. Sie entscheiden über Gesetzesvorschläge der EK. Hier werden die strittigen Fragen entschieden, soweit man sich in der Kommission oder – notfalls – im Europäischen Rat verständigt hat. Die Treffen der seit 2009 zehn Politikbereiche (sogenannte „Ratsformationen“) finden mindestens vierteljährlich statt. Politisch heikle Bereiche wie die „Gemeinsame Sicherheits- und Außenpolitik“ oder die Steuerpolitik verlangen eine Einstimmigkeit. Dagegen kommt es in normalen Gesetzgebungsverfahren, die für viele Politikbereiche gelten, zu Mehrheitsabstimmungen. Dabei richtet sich die Stimmengewichtung nach Einwohnerzahl, was die großen imperialistischen Mächte der EU bevorzugt. Mit dem Austritt Großbritanniens würde das

Gewicht Deutschlands weiter anwachsen, da es neben seinen eigenen Stimmen einen Block von Ländern anführt, der in der Regel mit ihm stimmt.

Die **Europäische Kommission (EK)** setzt sich aus je einem Delegierten pro Mitgliedsland zusammen. Sie übernimmt die Exekutivfunktion und überwacht mit ihrem Beamtenapparat die Ausführung europäischer Rechtsakte (Richtlinien, Verordnungen und Beschlüsse). Daneben schlägt sie Gesetze vor, die durch den Apparat der EK vorbereitet werden. Diese werden (ähnlich wie bei der deutschen Ministerialbürokratie) im wesentlichen durch Lobbyisten der Großkonzerne beeinflusst.

Das **Europäische Parlament (EP)** wird alle 5 Jahre durch die BürgerInnen der EU-Mitgliedsländer gewählt. Diese wählen jedoch keine europäischen Parteien, sondern nationale Parteien, die sich auf europäischer Ebene zu Fraktionsgemeinschaften zusammenschließen. Das Parlament kann keine Gesetze einbringen, sondern nur Vorhaben der EK absegnen und/oder verändern und ist damit ziemlich machtlos. Insbesondere verfügt es über kein Budgetrecht, was nach dem staatstheoretischen Modell der bürgerlichen Demokratie als das „Königsrecht“ des Parlaments gilt.

Neben der Form (wer entscheidet) gilt es im Falle der EU auch den Inhalt (was wird entschieden) zu berücksichtigen. Zwar kommt die Mehrzahl der Rechtsakte in der EU inzwischen von der europäischen Ebene. Aber selbst diese müssen in nationales Recht umgesetzt werden, was unter Umständen Jahre dauern kann oder auch nicht gemacht wird.

Wichtiger ist jedoch, welche Kernbereiche der Politik kapitali-

stischer Staaten bislang nicht auf die EU übertragen werden:

- Es gibt keine europäischen Steuern und niemand hat so etwas auch nur vorgeschlagen.

- Es gibt kein eigenständiges europäisches Budget, sondern nur eine bürokratische Umverteilung nationaler Zahlungen. Macrons Initiative zum Einstieg in solch ein Budget im Jahr 2018 wurde von Deutschland durch eine Blockadehaltung sabotiert.

- Es gibt keine einheitliche Finanz- und Währungspolitik.

- Es gibt keine europäische Armee, sondern eine begrenzte Zusammenarbeit nationaler Armeen.

- Es gibt keine gemeinsame europäische Sicherheits- und Außenpolitik, sondern wegen der gegensätzlichen imperialistischen Interessen im wesentlichen nur Absichtserklärungen, auf globaler Ebene mit einer Stimme sprechen zu wollen. Praktisch führt das nicht nur zur vielbeschworenen Handlungsunfähigkeit der EU, sondern z.B. im Bürgerkrieg in Libyen dazu, dass Frankreich und Italien unterschiedliche Seiten unterstützen und damit in letzter Konsequenz in einen Stellvertreterkrieg gegeneinander verwickelt sind.⁶³

63 Gute Hintergrundberichte zum libyschen Stellvertreterkrieg findet man auf Telepolis, z.B. hier www.heise.de/tp/features/Merkel-will-Libyenpolitik-machen-4521618.html. Wörtlich heißt es dort: „Einiges spricht dafür, dass Deutschland eine Vermittlerrolle spielen kann. Anders als Italien, das sich deutlich hinter die Regierung von Fajes al-Sarradsch gestellt hat und den über einen langwierigen, viel kritisierten und wenig erfolgreichen UN-Prozess ins Amt gebrachten Regierungschef seinerzeit mit militärischem Schutz in die Hauptstadt Tripolis gebracht hat - und anders als Frankreich, das verdeckt mit Streitkräften und Geheimdiensten in Libyen operiert und Sarradsch' Gegner, General Haftar, unterstützt, hat Berlin keine derartigen Schlagzeilen gemacht.“



4) Imperialismus und Klassenkampf in Europa

DIE LAGE DER ARBEITERIN- NENKLASSE IN DEN EURO- PÄISCHEN LÄNDERN

Was bedeutet die EU nun für die ArbeiterInnenklasse und die anderen werktätigen Schichten in den europäischen Ländern?

Glaut man den Pro-EU-Kräften, z.B. der Bewegung „Pulse of Europe“⁶⁴, ist die Europäische Union „in erster Linie ein Bündnis zur Sicherung des Friedens“⁶⁵, das „von innen und außen bedroht“ werde. Legt man zugrunde, dass z.B. deutsche und französische ArbeiterInnen in den letzten Jahrzehnten nicht mehr in einem direkten Krieg gegeneinander gehetzt worden sind, erscheint diese Aussage fast schon glaubwürdig. Wir haben aber gesehen, dass die Konkurrenz und die Expansionsinteressen der europäischen Imperialisten durch die EU keinesfalls beseitigt worden sind: Deutschland will eine EU, die Frankreich und England klein hält. Frankreich will eine EU, die

Deutschland und England klein hält. England will eine EU, die Deutschland und Frankreich klein hält. Alle drei wollen den Rest Europas unterwerfen. Die EU ist die Form, in der die Konkurrenz zwischen den europäischen Imperialisten momentan weitestgehend ausgetragen wird – und zwar auf Kosten der ArbeiterInnenklasse und den Völkern in den abhängigen Staaten. Dass sie früher oder später durch andere Formen – bis hin zum Krieg – abgelöst werden wird, ist eine Gesetzmäßigkeit, die sich aus der Natur des Imperialismus ergibt. Dieser Umstand sollte im Zentrum unserer Aufmerksamkeit stehen, anstatt abzufeiern, dass einige Staaten gerade mal nicht ihre Soldaten aufeinander schießen lassen.

Dass die EU für Frieden steht, gehört darüber hinaus ins Reich der Märchen: Nur in Westeuropa gilt, dass seit 1945 kein Krieg geführt wurde. In Osteuropa hingegen gab es zwischen 1991 und 2001 das Gemetzel der Jugoslawien-Kriege und den Krieg in der Ukraine, der 2014 begann und bis heute andauert. An beiden Kriegen haben die europäischen Imperialisten einen Anteil oder waren

sogar federführend beteiligt, wie Deutschland an der Aufspaltung Jugoslawiens und dem NATO-Angriffskrieg gegen Serbien. Die EU ist sogar mit eigenen Missionen Teil der heutigen Besatzungsmächte auf dem Balkan. Vor allem Frankreich und Deutschland wollen die EU zudem als Mittel zur Stärkung der eigenen militärischen Macht nutzen (wenn auch auf unterschiedlichem Wege, so dass sie sich teilweise gegenseitig blockieren). Ganz zu schweigen von den Kriegen, welche die europäischen Imperialisten in den anderen Teilen der Welt führen.

Das überwiegende Expansionsmittel der Imperialisten in der EU bleibt jedoch die wirtschaftliche Durchdringung. Bei „Pulse of Europe“ klingt das ganz unschuldig: „Personenfreizügigkeit, Dienstleistungsfreiheit, freier Waren- und Zahlungsverkehr sind Grundlage des Binnenmarkts und Voraussetzung für individuelle Freiheit und Wohlstand in Europa.“⁶⁶ Fragt man ArbeiterInnen z.B. aus Griechenland, Kroatien, Slowenien oder den baltischen Staaten, ob sie das ebenso sehen – welche Antwort würde man wohl erhalten?

64 „Pulse of Europe – immer wieder sonntags“, <https://perspektive-online.net/2017/04/pulse-of-europe-immer-wieder-sonntags-kevin-hoffmann>

65 <https://pulseofeurope.eu/worum-geht-es>

66 Ebd.

Anlässlich des EU-Beitritts Kroatiens im Juli 2013 veröffentlichte die „Rote Aktion Kroatien“ eine politische Erklärung. Darin heißt es unter anderem:

„Das von Krisen geschüttelte Europa ist ein Ort schärfster Konflikte und Massenunzufriedenheit. Die EU ist ein Instrument der verschärften Austeritätspolitik, sogar zum Preis des Einsatzes ‚technologischer‘ Regierungen. Das europäische Kroatien hat seine wichtigsten Wirtschaftssektoren zerschlagen, was in der größten Arbeitslosenquote der kroatischen Geschichte resultiert.

(...) Die mediale Hysterie und staatlich organisierte Feierlichkeiten können den echten Mangel an Enthusiasmus der Bevölkerung für die EU nicht verbergen. Die leeren Phrasen der Politiker sind immer weniger überzeugend. Sie versuchen uns davon zu überzeugen, dass wir der EU beitreten müssen, da dort ‚Geld‘ auf uns wartet; zeitgleich versuchen sie ihre europäischen Kollegen davon zu überzeugen, dass die Kroaten ‚ihr Geld‘ nicht ausgeben werden, wenn sie Mitglieder werden. Natürlich wird kein Geld in der EU verschenkt. Die Fonds, über die sie reden, sind keine Geschenke. Es sind Projekte, die größtenteils von den Ländern finanziert werden, die eigentlich ‚Hilfe empfangen‘ sollten mit dem

Zweck, schnelleren Import von ausländischem Kapital zu erlauben – so genannte Investitionen.

Die Privatisierung der Telekommunikation (durch die Deutsche Telekom) und Banken (durch österreichische, italienische, französische und deutsche Banken), bislang die größten Investitionen in Kroatien, zeigen uns eindeutig, wie ‚gewinnbringend‘ diese Kapitalimporte sind. Zwangsweise sind die Dienstleistungen teurer und weniger verlässlich geworden. (...)“⁶⁷

Noch deutlich drastischere Worte fand der griechische Apotheker Dimitris Chistoulas, der sich während der Umsetzung der EU-Spardiktate im April 2012 mit 77 Jahren auf dem Athener Syntagma-Platz erschoss. In seinem Abschiedsbrief hatte er geschrieben: „Die Besatzungsregierung Tsolakoglou hat die Möglichkeit meines Überlebens ausgelöscht, welche sich auf eine menschenwürdige Rente stützte, für die ich 35 Jahre lang ohne jeglichen Zuschuss vom Staat eingezahlt habe. Da ich ein Alter erreicht habe, bei dem ich nicht mehr in der Lage bin, aktiv zu intervenieren (ohne jedoch auszuschließen, dass wenn ein Grieche eine Kalaschnikow ergriffen hätte, ich dann der zweite gewesen wäre), finde ich keine andere Lösung als ein würdiges Ende, bevor ich die

Mülltonnen durchwühle, um mich zu ernähren. Ich glaube, dass die zukunftslose Jugend eines Tages die Waffen ergreift, um am Platz der Verfassung die nationalen Vertreter mit dem Kopf nach unten aufzuhängen, wie es die Italiener 1945 mit Mussolini taten.“⁶⁸

Hinter dem „freien Waren- und Zahlungsverkehr“, den die EU-Freunde von „Pulse of Europe“ anpreisen, verbirgt sich in Wahrheit die rücksichtslose Anpassung der Wirtschaftsstruktur der EU-Staaten an die Profitinteressen der Weltmonopole: Durch Öffnung der eigenen Wirtschaft für den Waren- und Kapitalimport aus den imperialistischen Staaten; durch Privatisierungen; das Zusammenstreichen des öffentlichen Dienstes; Kürzungen im Gesundheitssystem, bei den Renten und Arbeitslosenversicherungen; Anhebung des Rentenalters; Anhebung von indirekten Steuern; Absenkung oder Aufhebung von Mindestlöhnen und viele weitere Maßnahmen, die in dieselbe Richtung gehen. Bezahlt wird die Rechnung von der ArbeiterInnenklasse, die in einigen Ländern vor allem in den Jahren nach der Krise durch die EU-Politik ins Elend gestürzt wurde:

67 „Rote Aktion Kroatien über den EU-Beitritt“, <http://de.indymedia.org/2013/07/346678.shtml>

68 Zitiert nach: „Europäischer Frühling“, S. 44 f. (Der Name „Tsolakoglou“ spielt auf die Marionettenregierung Griechenlands während der Besetzung durch die deutsche Wehrmacht 1941/42 an).



Streik bei Audi in Ungarn

- Die baltischen Staaten **Estland**, **Lettland** und **Litauen** wurden in der EU als Vorreiter für die „Liberalisierung“ ihrer Wirtschaft gefeiert, mit niedrigen Steuern und einer weitgehenden Öffnung für Waren und Kapital aus dem Ausland. Im Fall Estlands etwa wurden nahezu alle Staatsbetriebe Anfang der 1990er Jahre privatisiert. Ausländische Monopole vor allem aus Schweden, Deutschland und Finnland rissen sich um die Beute, insbesondere den Finanzsektor. Der Preis dafür war entsprechend hoch: Eine hohe Inflation, zweistellige Leistungsbilanzdefizite, ein rasantes Anwachsen der Verschuldung und steigende Preise auf den Immobilienmärkten. In der Krise brach die Wirtschaft dieser Länder dann nahezu zusammen, mit BIP-Einbrüchen von 17 Prozent (Estland, Litauen) bis 25 Prozent (Lettland). Die Folge waren neue, harte Struktur Anpassungsprogramme: In Lettland z.B. wurden die Löhne schon im Zeitraum zwischen 2008 und 2011 um 20 Prozent gesenkt. Der lettische Staat schloss reihenweise Schulen und Krankenhäuser. Der verantwortliche Regierungschef Valdis Dombrovskis wurde zur Belohnung später Vizepräsident der EU-Kommission und zuständig für den Euro. In Estland ließ Ministerpräsident Andrus Ansip ein Viertel der Staatsbeamten entlassen, kürzte den verbliebenen Beamten die Gehälter und strich das Gesundheits- und Sozialwesen zusammen.
- In **Rumänien** privatisierten die Regierungen ab den 90er Jahren den Staatsbesitz in mehreren Runden und verkauften ihn an ausländische Monopole: Das größte Stahlwerk ging 2001 an die Mittal Steel Company, das größte Ölunternehmen 2004 an die österreichische OMV und die größte Bank 2005 an die österreichische Erste Bank. Der Anteil der ArbeiterInnen in der Industrie war zwischen 1990 und 1999 schon von 40 auf 25 % gefallen. 2004 führte die Regierung einen einheitlichen Steuersatz von 16 Prozent auf Einkommen und Unternehmensgewinne ein, wofür sie von Kapitalkreisen international gefeiert wurde. In den folgenden Jahren flossen weitere 11 Milliarden Euro an Auslandskapital nach Rumänien. Das Land wurde zum Zulieferstandort für Industrie-Weltmonopole ausgebaut. Nach der Wirtschaftskrise 2009 setzte der Staat im Gegenzug für einen Kredit von EU und IWF unter anderem eine Steigerung der Mehrwertsteuer von 19 auf 24 Prozent und eine Senkung der Gehälter der staatlich Beschäftigten um 25 Prozent durch.
- Um dem „Rettungsschirm“ ESM zu entgehen, beschloss die linksliberale Regierung von **Slowenien** 2013 in voreuseilendem Gehorsam gegenüber der EU ein massives Sparprogramm: Sie privatisierte 15 Staatsfirmen, darunter die zweitgrößte Bank NKBM (die an den US-Investmentfonds Apollo Global ging), die slowenische Telekom (ging an die britische Finanzfirma Cinven) und den Flughafen der Hauptstadt Ljubljana (ging an Fraport). Sie beschloss zudem die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 20 auf 22 Prozent und eine Senkung der Staatsausgaben um 500 Millionen Euro. Die folgenden Einsparungen der Gehälter und Pensionen im öffentlichen Dienst führten dazu, dass 2017 sogar die Mitarbeiter des Geheimdienstes kurzzeitig in den Streik traten⁶⁹.
- Besonders verheerend haben sich die Sparprogramme von EU und IWF auf die soziale Lage der ArbeiterInnenklasse in **Griechenland** ausgewirkt: Der Ausverkauf des Staatsbesitzes, die Abwicklung der öffentlichen Beschäftigung, mehrere Wellen von Kürzungen im Renten- und Sozialbereich sowie zahlreiche weitere Maßnahmen führten dazu, dass sich heute 22,2 Prozent der griechischen Bevölkerung in einer „schweren materiellen Notlage“ befinden und mit Lebensmittelspenden durchschlagen müssen⁷⁰. Nur in Rumänien und Bulgarien ist die Armutsquote noch höher. Seit dem ersten Rettungspaket im Jahr 2010 hat sich das Durchschnittseinkommen der Rentner von 1200 Euro auf 833 Euro (Stand: 2016) verringert. Jeder vierte Grieche über 65 ist heute armutsgefährdet. Der Anteil armutsgefährdeter Kinder stieg im selben Zeitraum von 27,7 auf 37,8 Prozent. Die Arbeitslosigkeit erreichte ihren Höhepunkt mit 27,4 Prozent im Jahr 2013 und liegt heute immer noch bei knapp 20 Prozent. Unter Jugendlichen beträgt sie sogar 38,8 Prozent.

Die von Deutschland (sowie anderen nordeuropäischen Staaten) durchgesetzte Austeritätspolitik hat auch in einigen imperialistischen Konkurrenzstaaten zu einer massiven Verschlechterung der Lebenslage der ArbeiterInnen geführt. Die **Jugendarbeitslosigkeit** ist dort in die Höhe geschos-

⁶⁹ „Slowenischer Geheimdienst ist in den Streik getreten“, www.dw.com/de/slowenischer-geheimdienst-ist-in-den-streik-getreten/a-41695028

⁷⁰ „Nach sieben Jahren Rettung versinkt Griechenland in Armut“, <https://de.reuters.com/article/griechenland-armut-idDEKN161I0>

sen. In Spanien lag sie im April 2019 bei 32,7 Prozent, in Italien bei 31,4 Prozent und in Frankreich bei 20,1 Prozent⁷¹. Die Reallöhne sind in Spanien seit 2010 jährlich im Durchschnitt um 0,7 Prozent gesunken⁷², in Italien um 0,2 Prozent⁷³. Dort, wo die Schaffung neuer Arbeitsplätze bejubelt wird, wie z.B. in Spanien, sind diese zumeist befristet. Atypische Beschäftigungsverhältnisse haben von 2006 bis 2014 in 20 von 28 EU-Staaten zugenommen⁷⁴.

Die Arbeitslosigkeit in zahlreichen EU-Staaten wäre dabei noch deutlich höher, wenn die soziale Verelendung nicht gleichzeitig zu einer **massenhaften Auswanderung**, vor allem von jungen Menschen führen würde. In den Jahren von 2008 bis 2014 sind über 110.000 Spanier zwischen 20 und 34 Jahren ausgewandert, vor allem nach Großbritannien und Deutschland⁷⁵. In Italien ist die Zahl der Auswanderer heute so hoch wie seit den 60er und 70er Jahren nicht mehr (allein 115.000 im Jahr 2016)⁷⁶. Besonders drastisch sind die Auswanderungszahlen jedoch in Osteuropa: In Lettland lebten 2018 fast 27 Pro-

zent weniger Menschen als bei der Unabhängigkeit 1991, in Bulgarien 22 Prozent (gegenüber 1990), in Rumänien und Litauen ein Sechstel, in Ungarn sechs Prozent.⁷⁷ Die Schätzungen zur Arbeitsmigration aus Polen schwanken zwischen 2,2 und 2,7 Millionen Menschen (Stand: 2013). Die meisten polnischen MigrantInnen sind dabei ebenfalls nach Großbritannien oder Deutschland gegangen.⁷⁸

Die „Rote Aktion Kroatien“ hat das Problem der Massenabwanderung in ihrer Erklärung treffend aufgegriffen. Das Schicksal der ArbeitsmigrantInnen wird der Demagogie vom gemeinsamen Europa entgegengestellt: *„Wenn es zu schwierig wird, die unververtretbaren wirtschaftlichen Erwartungen zu rechtfertigen, sind unsere Politiker mehr als gewillt, konservative Mythologie, die an Rassismus heranreicht, zu nutzen. „In Europa sind wir zu Hause“ und hier gehören wir zur ‚Zivilisation‘ und ‚Kultur‘, denn trotz allem ist es ein weißes, liberales und christliches Europa. Aber in diesem weißen Europa sind wir die ‚Schwarzen‘ - ewige ‚Gastarbeiter‘ im Bau, Hausmädchen in den Häusern der weißen europäischen Bourgeoisie, Kellner und Köche in ganz Europa und für europäische Touristen bei uns zu Hause. Das ist die Zukunft, die uns die Politiker ganz offen anbieten. Sobald wir in die EU eintreten, sind ‚brain drain‘ und arbeitsmäßige Migration plötzlich kein Problem mehr, sondern im Gegenteil eine Möglichkeit für die Jugend zu ‚reisen‘.“*⁷⁹

KÄMPFE GEGEN DAS IMPERIALISTISCHE SYSTEM IN EUROPA

Die heftigen Angriffe auf die Arbeits- und Lebensbedingungen der europäischen ArbeiterInnen in den vergangenen zehn Jahren sind jedoch nicht unbeantwortet geblieben. Vielmehr haben die Spar- und Kürzungsprogramme **politische Widerstandsbewegungen** auf allen Ebenen des imperialistischen Systems, mit Schwerpunkt in Süd- und Osteuropa, heraufbeschworen.

Deutschland konnte, aufbauend auf seine aggressive Politik des Krisenexports nach Südeuropa und die Unterstützung der DGB-Gewerkschaften zwar seit der Krise eine weitgehende Ruhe im eigenen Land sicherstellen. Das lag aber vor allem daran, dass es den Großangriff auf die ArbeiterInnenklasse mit der Agenda 2010 schon einige Jahre zuvor – also vor der Krise – durchgezogen hatte. Damals hatte sich mit den Montagsdemonstrationen eine spontane Massenbewegung mit Schwerpunkt im Osten entwickelt, die auf dem Höhepunkt im Sommer 2004 mehrere hunderttausend Menschen umfasste.

In anderen imperialistischen Staaten sind die Sparprogramme der jeweiligen Regierungen in den Jahren nach der Krise gestartet worden. In den Ländern, die eine lange und relativ ungebrochene Tradition von Streiks und Straßenkämpfen aufweisen, wurden sie mit Wellen von Demonstrationen und gewerkschaftlichen Aktionen bis hin zu begrenzten Generalstreiks beantwortet, so z.B. in Spanien, Italien, Portugal und Belgien. Teilweise gab es hier die größten Mobilisierungen der letzten Jahrzehnte, wie im Februar 2012 in Portugal, als 300.000 Menschen in Lissabon gegen die

71 Europäische Union: Jugendarbeitslosenquoten in den Mitgliedsstaaten im April 2019, <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/74795/umfrage/jugendarbeitslosigkeit-in-europa>

72 Spanien: Entwicklung der Reallöhne von 2010 bis 2018: <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/689338/umfrage/entwicklung-der-realloehne-in-spanien>

73 Italien: Entwicklung der Reallöhne von 2010 bis 2018 (gegenüber dem Vorjahr): <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/689308/umfrage/entwicklung-der-realloehne-in-italien>

74 „Atypische Beschäftigung in Europa“, https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_studies_1_2016.pdf

75 „Arbeitslosigkeit: Junge Spanier verlassen ihre Heimat“, <https://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2015/08/23/arbeitslosigkeit-junge-spanier-verlassen-ihre-heimat>

76 „Die Fachleute suchen das Weite“, www.tagesspiegel.de/politik/italien-die-fachleute-suchen-das-weite/19625616.html

77 „Osteuropa schafft sich ab“, www.dw.com/osteuropa-schafft-sich-ab/a-46735833

78 „Lieber wie die Deutschen leben“, www.sueddeutsche.de/politik/auswanderung-in-osteuropa-lieber-wie-die-deutschen-leben-1.2146478

79 „Rote Aktion Kroatien über den EU-Beitritt“, ebd.

Austeritätsprogramme demonstrierten. In Spanien waren die verschärften gesellschaftlichen Widersprüche auch ein Motor für die soziale Bewegung in Katalonien, die sich rund um die Unabhängigkeitsbestrebungen der Region 2017/18 entwickelte.

In Frankreich kam es in den letzten Jahren zu großen Bewegungen gegen geplante Reformen des Arbeitsrechts, wie z.B. die Nuit Debout Proteste gegen die französische Regierung im Jahr 2016 sowie Großdemonstrationen gegen den entsprechenden Maßnahmenkatalog Macrons im Jahr 2017. Ende 2018 hat sich mit den „Gelbwesten“ dann eine neue Bewegung mit Schwerpunkt in den ländlichen Regionen formiert, die auf dem Höhepunkt im November 2018 landesweit fast 300.000 Menschen auf die Straßen brachte. Anlass der Proteste war zunächst eine geplante Erhöhung der Massensteuern auf Benzin und Diesel. Die Gelbwesten entwickelten jedoch schnell ein recht umfassendes Programm mit sozialen und teilweise ökologischen Forderungen. Sie brachen während ihrer Aktionen zum Teil mit lange etablierten Standards des französischen Straßenprotests, z.B. indem sie die Pariser Prachtmeile Champs-Élysées in Straßenkämpfen gegen die Riot-Polizei für viele Wochen als ihren Versammlungsort durchsetzten.

In England erreichten die Proteste gegen die Sparpolitik der Tory-Regierung ihren Höhepunkt im Juni 2015, als allein in London 250.000 Menschen auf die Straßen gingen.

Auch in den abhängigen Ländern gab es teilweise heftige Kämpfe gegen die Sparpolitik. Estland sah im Jahr 2012 die

größte Streikwelle seit 1991, mit Schwerpunkt bei den LehrerInnen und ErzieherInnen: Etwa 16.000 demonstrierten für höhere Löhne. Der Vorgang wiederholte sich 2018 in ähnlicher Form in Litauen. Die lettische Bevölkerung hatte schon mitten in der Krise Anfang 2009 in wochenlangen Kämpfen die Regierung Godmanis gestürzt.

Slowenien sah in den Jahren 2012/13 ebenfalls die heftigsten Proteste seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1991. Sie entzündeten sich an der Entscheidung der Stadtregierung von Maribor, mehrere Millionen Euro an öffentlichen Geldern in die Anschaffung von Hightech-Blitzgeräten für den Straßenverkehr zu investieren, von deren Erlösen eine private Firma profitiert hätte. Die Bevölkerung der Stadt begann mit der Zerstörung der besagten Blitzer eine Bewegung, die seither als „Dritter Aufstand von Maribor“ bekannt ist. Die Proteste weiteten sich schnell auf die Hauptstadt Ljubljana aus. Im Jahr 2018 traten 60.000 Beschäftigte im Öffentlichen Dienst des Landes in einen Streik gegen die Kürzungspolitik.

In den vergangenen Jahren waren die Länder Osteuropas zudem der Schauplatz einer Welle von **Streiks**, die sich direkt gegen die Auto-Weltmonopole richteten. Die ArbeiterInnen nutzten hier den Fachkräftemangel, der infolge der Massenabwanderung entstanden war, um höhere Löhne durchzusetzen: Im Juni 2017 streikten die Beschäftigten von Volkswagen in Bratislava und erkämpften Lohnerhöhungen von 14 Prozent. Im Dezember desselben Jahres folgte ein wilder Streik bei Ford in Rumänien gegen die örtliche gelbe Gewerkschaft. Im April 2018 folgten die Arbeiter von Skoda in

Tschechien und bekamen 12 Prozent mehr Geld. VW Tschechien reagierte daraufhin und bot seinen eigenen Arbeitern vorausseilend 8,3 Prozent Lohnerhöhung an. Im Januar 2019 folgten die KollegInnen im Audi-Werk im ungarischen Győr. Ihr einwöchiger Streik führte dazu, dass erst die Autoproduktion von Audi in Ingolstadt wegen fehlender Motoren zum Erliegen kam, später dann die von VW Bratislava und Porsche in Leipzig. Die durchgesetzte Lohnerhöhung belief sich auf 18 Prozent. Ungarn sah darüber hinaus Ende 2018 große Massendemonstrationen gegen eine geplante Verschärfung des Arbeitsrechts durch eine erhebliche Erhöhung der erlaubten Zahl von Überstunden – das von den DemonstrantInnen auch als „Lex Audi, Mercedes und BMW“ bezeichnet wurde.

Die Protestwelle in Griechenland hatten ihren Höhepunkt in den Jahren 2010 bis 2012 mit mehreren Generalstreiks und landesweiten Demonstrationen mit hunderten Tausenden TeilnehmerInnen. Während die erste Welle noch weitgehend von den etablierten Gewerkschaften und Parteien organisiert wurde, hatte die „Bewegung der empörten Bürger“, die im Mai 2011 begann, einen viel stärkeren spontanen Charakter. Die Regierungsübernahme durch die linke Syriza-Partei im Jahr 2015 ließ die Proteste zunächst etwas abflauen, bis sich die Regierung kurz darauf dem EU-Sparakt unterwarf und es gegen den Widerstand in der Bevölkerung in mehreren Schritten durchsetzte. Seitdem kommt es immer mal wieder zu großen Demonstrationen und Generalstreiks, zuletzt im Mai 2018.

DIE EU UND DER INTERNATIONALE KLASSENKAMPF

Die Klassenkämpfe der vergangenen zehn Jahre zeigen an, wie verwundbar das imperialistische System tatsächlich ist.

Jede Maßnahme, die die Weltmonopole ergreifen, um die Bedingungen der Kapitalverwertung zu verbessern, schafft neue Einfallstore für den Klassenkampf: Internationale Produktionsketten steigern die Profite der Weltmonopole, machen den Produktionsprozess aber auch hochempfindlich gegenüber Störungen. Ein Streik in Ungarn legt heute die Produktion in Deutschland lahm.

Der Konkurrenzkampf zwischen den kapitalistischen Staaten untergräbt das gemeinsame Ausbeutungssystem: Die Sparpolitik, die der deutsche Imperialismus den europäischen Staaten aufgezungen hat, hat zu einem massiven Aufschwung der sozialen Kämpfe von Frankreich bis zum Baltikum geführt.

Der freie Waren- und Personenverkehr in der EU hat die Entladung von Widersprüchen zeitweise aufgeschoben. Dafür entladen sie sich in anderer Form: Die Massenabwanderung aus Osteuropa hat zwar sicherlich bremsend auf die Proteste dort gewirkt und dazu geführt, dass die Arbeitslosenstatistiken etwas besser aussehen. Dafür sind aufgrund des Fachkräftemangels günstige Kampfbedingungen für die IndustriearbeiterInnen entstanden, die sie in einer länderübergreifenden Welle erfolgreicher Streiks ausgenutzt haben.

Proteste, die in einem Land gestartet sind, haben sich nicht zuletzt über soziale Medien in kurzer Zeit auf andere Länder ausgeweitet: Dieser Copycat-Effekt (Nachahmer-Effekt) war schon Anfang der 2010er Jahre bei den

europaweiten Protesten gegen die Sparpolitik sichtbar. Besonders deutlich wurde er, als Ende 2018 plötzlich nicht nur in Frankreich, sondern auch in Belgien, den Niederlanden, England, Italien und Israel DemonstrantInnen gelbe Westen anzogen.

Was wäre also möglich, kann man sich fragen, wenn man diese, teils noch sehr spontanen Ansätze zum internationalen Kampf gegen das imperialistische System bewusst aufgreift und organisiert? Zum Beispiel durch die Organisation von ArbeiterInnen entlang internationaler Produktionsketten oder die engere Vernetzung von revolutionären Organisationen, die in den sozialen Kämpfen ihrer Länder aktiv sind.

Das Getue der europäischen Imperialisten um die europäische Einigung darf zwar nicht darüber hinwegtäuschen, dass es immer noch die Nationalstaaten sind, welche die Machtbasis des jeweiligen Monopolkapitals bilden. Daher muss die ArbeiterInnenklasse jedes Landes zuallererst mit ihrer eigenen Bourgeoisie fertig werden. Die Nebenprodukte der EU-Integration wie der freie Personenverkehr und eine Tendenz zur kulturellen Annäherung schaffen jedoch Möglichkeiten, den internationalen Klassenkampf zu stärken und damit auch der eigenen Bourgeoisie besser Schläge versetzen zu können. Es ist kein Wunder, dass die EU-Imperialisten den freien Personenverkehr schnell dort beenden, wo DemonstrantInnen nationale Grenzen überschreiten, um z.B. an großen Mobilisierungen wie gegen die G7 oder G20 teilzunehmen.

Die kapitalistischen Staaten versuchen deshalb, der wachsenden Ablehnung des imperialistischen Hassprojekts EU in ihrer Bevölkerung durch das Schüren von Nationalismus zu begegnen. Dem

müssen wir entgegentreten, nicht indem wir das imperialistische Bündnis verteidigen, sondern indem wir den gemeinsamen Kampf der ArbeiterInnen in Europa (und darüber hinaus) propagieren und praktisch vorantreiben, indem wir den internationalen Inhalt der proletarischen Revolution in Wort und Tat herausstellen.

WELCHE HALTUNG NEHMEN WIR ALSO GEGENÜBER DER EU EIN?

Wir bekämpfen sie als extrem aggressives imperialistisches Bündnis, das auf allen Ebenen gegen die Interessen der ArbeiterInnen steht. Es ist zwar richtig, dass die Existenz der EU bis heute verhindert hat, dass die imperialistischen Widersprüche in ihrem Innern zu direkten militärischen Auseinandersetzungen führen. Das darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass im Innern der EU heute schon Auseinandersetzungen auf ökonomischer Ebene mit den schärfsten Mitteln ausgetragen werden. Die EU hat dafür gesorgt, dass heute in Griechenland ArbeiterInnen hungern und sterben, und das im Interesse der Weltmonopole, allen voran der deutschen. Die Demagogie, dass die EU für Frieden, Einigkeit und Wohlstand steht, müssen wir deshalb auf das Entschiedenste bekämpfen und entlarven.

Der einzige Weg zu einem friedlichen Europa im Interesse der ArbeiterInnenklasse ist es, die sozialistische Revolution in den europäischen Nationalstaaten voranzutreiben und die EU durch eine **Föderation sozialistischer Staaten** zu ersetzen. Es kommt darauf an, die Ausbeutung anderer Länder durch den deutschen Imperialismus und die anderen europäischen Imperialisten, das Leben auf Kosten der ArbeiterIn-

nenklasse in anderen Ländern zu beenden.

Die einseitige, isolierte Forderung nach einem Austritt Deutschlands aus der EU führt uns jedoch noch keinen Schritt weiter. Ebenso wie wir die EU als imperialistisches Bündnis bekämpfen, weisen wir auch den rechten AfD-Nationalismus zurück, der letztlich für ein Expansionsstreben des deutschen Finanzkapitals in aggressiveren Formen eintritt. Wir kämpfen dagegen, dass der deutsche Imperialismus ein Scheitern der EU nutzt, um seine Ziele auf kriegerischem Wege durchzusetzen. Wenn es zum Zerfall der EU kommt, müssen wir die politische Lage genau analysieren: Es kann nämlich sein, dass dies den deutschen Imperialismus stärkt. Gleichzeitig ist es eine Tatsache, dass ein Kampf für die Schwächung des eigenen Imperialismus, was das andere Ergebnis eines Auseinanderbrechens der EU sein könnte, nur im Zusammenhang mit dem Kampf für die sozialistische Revolution wirklich Sinn macht.

Im Kampf gegen die EU ist die europäische ArbeiterInnenklasse darauf angewiesen, dass es starke, kampferprobte, nationale und

internationale Organisationen des Klassenkampfes gibt. Im Zuge einer grenzüberschreitenden Arbeit mit der ArbeiterInnenklasse in Europa wird es eine gewichtige Rolle spielen, dass das Bewusstsein der ArbeiterInnen in den verschiedenen Ländern sehr unterschiedlich ist. Das betrifft gerade die Haltung zur EU, die sich in den Massen der ausgebeuteten Länder stark von denen in den führenden imperialistischen Ländern wie Deutschland unterscheidet. Und selbst in den einzelnen Ländern ist das Bewusstsein zu verschiedenen Themen und Sachfragen sehr unterschiedlich: Während die Reisefreiheit innerhalb Europas in der deutschen ArbeiterInnenklasse sehr positiv gesehen wird, ist die Haltung gegenüber dem geöffneten Arbeitsmarkt in Europa eine deutlich kritischere. Mit diesen Widersprüchen müssen wir uns in unserer Agitation und Propaganda und in unserer Massennarbeit auseinandersetzen, um eine entschlossene antiimperialistische Haltung in die ausgebeuteten Massen zu tragen.

In der Gesamtschau verstärken die genannten Tendenzen die Möglichkeit einer regionalen Ausbreitung der sozialistischen

Revolution. Die Geschichte der Oktoberrevolution in Russland hat gezeigt, dass es für den Verlauf und Erfolg der Revolution entscheidend sein kann, dass diese Ausbreitung schnell stattfinden und so die Revolution in all diesen Ländern zum Erfolg geführt werden kann: Das Scheitern der revolutionären Kämpfe in Deutschland, Ungarn und anderen europäischen Ländern nach dem Ersten Weltkrieg sowie die nachfolgende Isolation der Sowjetunion bleibt eine wichtige Lehre für uns. Umgekehrt zeigt die weltweite Solidarität mit Rojava, welche enorme revolutionäre Energien selbst ein regional begrenzter Teilaufstand auszulösen vermag. 2019 fegt eine Welle von Volksaufständen und revolutionären Massenprotesten über die Globus: Sudan, Algerien, Hongkong, Haiti, Ecuador, Irak, Libanon und Chile, um nur einige größere spontane Bewegungen zu nennen. Es ist nur eine Frage der Zeit bis diese Welle auch Europa erreicht. Wenn das Feuer der proletarischen Revolution und des Sozialismus irgendwo in Europa entzündet wird, dann wird es darauf ankommen, dass der Imperialismus den Funken nicht gleich wieder austreten kann.





UMWELT, KAPITALISMUS UND KLASSENKAMPF

Umweltschutz, CO₂-Steuer, Klimawandel... Kaum ein Tag vergeht, an dem wir nicht mit diesen Themen konfrontiert werden. Das allein ist Grund genug, um sich einmal ausführlicher und grundsätzlicher mit dem Thema Natur und Umwelt zu beschäftigen.

Niemand kann verleugnen, dass Natur- und Umweltschutz Themen sind, die uns alle und die gesamte Menschheit beschäftigen. Täglich können wir den Raubbau des Kapitalismus und die damit verbundenen Umweltzerstörungen sehen. Immer wieder entstehen dadurch spontan auch regionale, bundesweite und internationale Umweltbewegungen an denen sich massenweise Menschen beteiligen, die sonst oftmals gar nicht politisch aktiv sind. Doch um die Probleme systematisch angehen zu können, müssen wir sie verstehen und sie an ihren

Ursachen anpacken.

Ohne in bürgerlichen Alarmismus zu verfallen, wollen wir in diesem Artikel darstellen, warum die kapitalistische Produktionsweise und die mit ihr einhergehenden Umweltzerstörungen immer mehr zu einer Gefahr für die Lebensräume in bestimmten Regionen werden. Gleichzeitig werden wir aufzeigen, dass auch die Umweltfrage eine Klassenfrage ist und entsprechend behandelt werden muss. Zum Schluss wollen wir unseren Lösungsansatz erläutern und unsere Aufgaben für heute festlegen.

Doch fangen wir zunächst mit den grundlegenden Dingen an. Bevor wir uns die durch den Menschen hervorgerufene Zerstörung von Natur und Umwelt und die ihr zugrunde liegende kapitalistische Produktion genauer anschauen, wollen wir zunächst einige Begriffe und Zusammenhänge klären.

DAS VERHÄLTNISS VON MENSCH UND NATUR

Als Menschen stehen wir bei allem, was wir machen, nicht nur in einem bestimmten Verhältnis zueinander, sondern auch zu der uns umgebenden Natur. Wir stehen in einem dialektischen Verhältnis mit der Natur, in welchem wir uns gegenseitig beeinflussen. So hat die Natur einen wesentlichen Einfluss auf uns Menschen und unser Leben, Arbeiten und Handeln. Genauso wirken wir tagtäglich auf die Natur ein und haben dadurch einen bestimmten Einfluss auf sie.

In den ökonomisch-philosophischen Manuskripten definiert Karl Marx die Natur auf zweierlei Art: *„Die Natur ist der unorganische Leib des Menschen, nämlich die Natur, soweit sie nicht selbst menschlicher Körper ist. Der Mensch lebt von der Natur, heißt: Die Natur ist sein Leib, mit dem er in beständi-*

gem Prozess bleiben muss, um nicht zu sterben. Dass das psychische und geistige Leben des Menschen mit der Natur zusammenhängt, hat keinen anderen Sinn, als dass die Natur mit sich selbst zusammenhängt, denn der Mensch ist ein Teil der Natur.“¹

Marx geht dabei jedoch noch einen Schritt weiter und beschreibt das dialektische Verhältnis von Mensch und Natur in seinem Werk „Das Kapital“ im Bezug auf die menschliche Arbeit wie folgt: „Die Arbeit ist zunächst ein Prozess zwischen Mensch und Natur, ein Prozess, worin der Mensch seinen Stoffwechsel mit der Natur durch seine eigene Tat vermittelt, regelt und kontrolliert. Er tritt dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber. Die seiner Leiblichkeit angehörigen Naturkräfte, Arme und Beine, Kopf und Hand, setzt er in Bewegung, um sich den Naturstoff in einer für sein eigenes Leben brauchbaren Form anzueignen. Indem er durch diese Bewegung auf die Natur außer ihm wirkt und sie verändert, verändert er zugleich seine eigene Natur.“²

In einem allseitigen Verständnis ist der Mensch daher ein Teil der Natur als Ganzes und bildet mit ihr eine Einheit. Gleichzeitig ist er das einzige Wesen auf der Welt, welches seine natürliche Umwelt bewusst verändert und gestaltet. Dadurch tritt der Mensch in einer gewissen Weise aus der Natur heraus und in ein neues, anderes Verhältnis zu ihr ein.

Seitdem der Mensch ein Bewusstsein entwickelt hat und dieses einsetzt, um die Natur durch seine Arbeit zu verändern und Lebens- und Produktionsmittel herzustellen, macht er sich die natürlichen Rohstoffe und mehr und mehr auch die Naturgesetze zu seinem Vorteil nutzbar. Er

fängt an diese in einem gewissen Verhältnis zu „beherrschen“. Dabei beschränkt sich dieses Beherrschen aber auf die Erkenntnis der Naturgesetze, um mit diesem Wissen auf die Natur direkt einzuwirken. Ein wirkliches Beherrschen der Natur ist dem Menschen nicht möglich, vielmehr geht es um eine Nutzbarmachung dieser.

Schon Friedrich Engels warnte in seinem Werk „Dialektik der Natur“ vor einem falschen Verständnis über die Beherrschung der Natur durch den Menschen: „Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unseren menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. Jeder hat in erster Linie zwar die Folgen, auf die wir gerechnet, aber in zweiter und dritter Linie hat er ganz andre, unvorhergesehene Wirkungen, die nur zu oft jene ersten Folgen wieder aufheben.“³

Engels stellt hier nochmals klar, dass das Einwirken des Menschen auf die Natur nicht folgenlos bleibt. Vielmehr hat jede Einwirkung Folgen und wirkt sich auf eine Vielzahl von anderen Dingen aus.

Wir müssen die Natur als das komplexe Ökosystem verstehen, welches sie ist. Sie ist ein unendlich komplexes System, welches sich in einem dauerhaften Entwicklungsprozess befindet. Die einzelnen Teile unserer Natur und Umwelt sind komplizierte Organismen, die in einem dauerhaften dialektischen Wechselverhältnis zueinander stehen. Daher wirkt sich auch jeder Eingriff in die Natur auf die Entwicklung dieser unmittelbar aus und greift in diese Entwicklung ein.

Es ist wichtig zu verstehen, dass die Natur sich immer weiter entwickelt. Es gibt keinen Stillstand in ihr. Altes vergeht und Neues

entsteht. Dieses dialektische Verständnis ist umso wichtiger, wenn wir die heutigen Veränderungen und Entwicklungen in der Natur verstehen und bewerten wollen.

Gleichzeitig müssen wir verstehen, dass die verschiedenen Prozesse in der Natur sich gegenseitig bedingen bzw. aufeinander aufbauen. Sie stehen in einem gewissen Gleichgewicht zueinander, welches nicht nachhaltig gestört werden darf, ohne weitere große Veränderungen nach sich zu ziehen. Auch die Veränderungen in der Natur gehen durch die Ansammlung von quantitativen Veränderungen vonstatten, welche dann ab einem gewissen Punkt qualitative Veränderungen nach sich ziehen.

Ein Beispiel für die Auswirkungen der Eingriffe des Menschen auf die Natur ist etwa die Umleitung bzw. Eingrenzung von Flüssen, die in ihrer Konsequenz immer wieder zu riesigen Überschwemmungen und Hochwassern führt. Ähnlich verhält es sich mit der Abholzung riesiger Wälder zum Anpflanzen von Monokulturen, welche zu einer Unfruchtbarkeit der Böden führt und die Ausbreitung von Wüsten fördert. Durch diese negativen Einwirkungen auf die natürlichen Prozesse wird die Einheit von Mensch und Natur immer weiter gestört. Langfristig untergräbt dies die für den Menschen lebenswichtigen natürlichen Bedingungen und gefährdet damit unser Leben, wie wir es heute kennen.

Doch schauen wir uns nun etwas genauer an, wie das Gesellschaftssystem, in dem wir heute leben, im Zusammenhang mit der Umweltzerstörung und ihren Folgen auf unser Leben steht.

1 K. Marx, MEW Bd 40, S. 516

2 K. Marx, MEW Bd. 23, S. 192

3 F. Engels, MEW Bd. 20, S. 452/453

KAPITALISMUS UND UMWELTZERSTÖRUNG

Heute hat sich die kapitalistische – auf Profitmaximierung ausgerichtete Produktion – auf fast jedem Fleckchen der Erde, auf dem Menschen leben, als herrschende Produktionsweise durchgesetzt. Im Kapitalismus wird dabei nicht in erster Linie zur Erfüllung notwendiger menschlicher Bedürfnisse produziert, sondern um den größtmöglichen Profit zu machen und sich Kapital anzueignen.

Dabei haben das Verständnis und die Nutzbarmachung der Naturkräfte sowie die Entwicklung der Produktivkräfte im Kapitalismus erstmals in der Menschheitsgeschichte die Möglichkeit der Überflussproduktion geschaffen. Somit ist die Möglichkeit der sicheren Reproduktion und Ausweitung der Weltbevölkerung entstanden. Allerdings wird diese Entwicklung in der kapitalistischen Gesellschaft eben nicht zum Wohle der Mehrheit der Menschen, sondern in einer pervertierten Form zur Anhäufung unheimlicher Reichtümer einiger weniger benutzt. Gleichzeitig wird damit ein Großteil der Menschen in Armut und Verelendung gestürzt und dort gehalten.

In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung werden daher die unglaublichen Möglichkeiten der technischen Entwicklung nicht zur größtmöglichen Befriedigung der Bedürfnisse aller Menschen, sondern zur privaten Anhäufung von Reichtum und Kapital benutzt. Dabei treten sowohl die Bedürfnisse der überwiegenden Mehrheit der Menschen hinter die Interessen einer kleiner Ausbeuterklasse zurück, als auch die Bedürfnisse von Natur und Umwelt.

Der Kapitalismus hat die Menschen nicht nur massiv von der Natur entfremdet. Er beutet die

Natur in solch einem Maße und mit solch einer Rücksichtslosigkeit aus, dass er damit die Existenzgrundlage der Menschen in Gefahr bringt, unwiderruflich zerstört zu werden. Im Kapitalismus können die Menschen nicht im Einklang mit der Natur leben. Die Umwelt wird nicht als notwendige Existenzgrundlage des Menschen verstanden, sondern im Bewusstsein der herrschenden Klasse metaphysisch nur als eine zu unterwerfende und auszubeutende Ressource betrachtet.

Karl Marx beschreibt in diesem Zusammenhang die Entwicklung in Bezug auf die Agrarproduktion wie folgt: *„Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt in Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. (...) Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“*⁴

Dabei liegt die Grundlage für diese zerstörerische Wirkung des Kapitalismus nicht in der „Raffgier“ einiger weniger Kapitalisten, sondern in der Natur der kapitalistischen Produktionsweise. Die kapitalistische Produktionsweise ist zunächst auf eine „blinde“ Warenproduktion für einen unbekanntem Markt ausgerichtet. Ob es tatsächlich das Bedürfnis oder die Nachfrage nach bestimmten Produkten gibt bzw. wie groß diese sind, stellt sich erst im Nachhinein heraus. Die zu verkaufenden Waren werden im Kapitalismus also nicht aufgrund von Bedürf-

nissen der Menschen produziert, sondern in erster Linie, um durch die Ausbeutung der Arbeitskraft und den Verkauf der Waren den Reichtum der Kapitalisten und seine Marktanteile zu vergrößern. Es steht also die Maximierung des Profits der Kapitalisten und nicht die Bedürfnisbefriedigung der Gesellschaft im Mittelpunkt der Produktion. Hinzu kommt, dass durch die anarchische Organisation der kapitalistischen Produktion, in der es keinen gesellschaftlichen Plan gibt, nach dem Güter hergestellt werden, eine dauerhafte Überproduktion herrscht. Jeder Kapitalist versucht, seine Marktanteile auszuweiten und mehr Waren zu verkaufen. Diese Art und Weise der Produktion führt zu gigantischen Überproduktionskrisen, in denen die zu viel produzierten Waren in regelmäßigen Abständen vernichtet werden müssen.⁵

Das kapitalistische Gesellschaftssystem führt durch die dauerhafte Überproduktion nicht nur zu einem massiven Raubbau an der Natur und einem gigantischen Verbrauch fossiler Rohstoffe, sondern auch zu ökonomischen Verteilungskriegen und der mit ihnen einhergehenden Zerstörung von Waren, Produktionsmitteln und Schäden an der Natur.

Hinzu kommt: Durch den dauerhaften Drang, immer mehr Waren verkaufen zu müssen, hat der Kapitalismus eine neue Disziplin in der Entwicklung und Produktion geschaffen. Im kapitalistischen Produktionsprozess werden Waren demnach extra minderwertig hergestellt oder so konstruiert, dass sie sich kaum oder nur schwierig und teuer reparieren lassen. Dieses Phänomen wird oft unter dem Begriff der „geplanten Obsoleszenz“ diskutiert und lässt sich in quasi allen Wirtschafts-

⁵ Ausführlich dazu siehe <https://kom-aufbau.org/wirtschaftskrise/>

⁴ K. Marx, MEW Bd. 23, S.529

zweigen aufzeigen. Dadurch lässt sich einerseits der Verkauf von neuen Waren stark ausdehnen und andererseits potenziert sich dadurch der verschwenderische Charakter der kapitalistischen Produktionsweise nochmals.

DIE FOLGEN DER KAPITALISTISCHEN PRODUKTIONSWEISE

Nach diesen allgemeinen Ausführungen zur kapitalistischen Produktionsweise, wollen wir uns nun einen Überblick über die Folgen für die Natur verschaffen. Dabei betrachten wir beispielhaft einige besonders verheerende Auswirkungen der kapitalistischen Produktion auf die Natur.

Dabei ist es besonders wichtig zu verstehen, dass die Natur ein komplexes und zusammenhängendes Ökosystem ist. Die verschiedenen Teile dieses ökologischen Systems stehen in einer direkten Wechselbeziehung zueinander. Dadurch haben die Schäden und Veränderungen in einem Bereich direkte Folgen und Rückwirkungen auf andere Bereiche. So kommt es dann auch zu quantitativen Anhäufungen von Schäden an der Natur, welche an einem bestimmten Punkt in qualitative Schäden umschlagen und zu dauerhaften Veränderungen oder irreparablen Schäden führen können.

Für die anschließenden Ausführungen zu den Folgen der kapita-

listischen Produktionsweise für unsere Umwelt, müssen wir uns auf die aktuellen Erkenntnisse der bürgerlichen Wissenschaft verlassen, da uns keine anderen Daten zur Verfügung stehen.

Schäden an der Ozonschicht und Luftverschmutzung

Eine der am längsten bekannten und beobachteten Umweltschäden ist die Ausdünnung der Ozonschicht und das dadurch entstehende sogenannte „**Ozonloch**“, insbesondere über dem Südpol. Bereits in den 1970er und 80er Jahren warnten bürgerliche Wissenschaftler vor den verheerenden Folgen der weiteren Ausdünnung der Ozonschicht für Menschen und Umwelt. Durch das Ozonloch kommt deutlich mehr für den Menschen schädliche ultraviolette Sonnenstrahlung auf die Erde. Die größte Ausdehnung des Ozonlochs wurde laut dem Deutschen Zentrum für Luft und Raumfahrt (DLR) im Jahr 2006 mit einer Größe von rund 27 Millionen Quadratkilometer gemessen.⁶ Für das Auftreten dieses Phänomens machen Wissenschaftler die industrielle Produktion und den Einsatz von FCKW (Fluorchlorkohlenwasserstoffen) und weiteren Treibhausgasen verantwortlich. Diese wurden seit den 1930er Jahren massenweise als Treibgase, Kälte- und Lösungsmittel einge-

setzt. Hinzu kommt eine ganze Reihe weiterer chemischer Stoffe, die die Schäden an der Ozonschicht verschärfen und größtenteils nach dem Verbot von FCKW in den 90er Jahren dieses in zahlreichen Bereichen ersetzt.

Das Entstehen des Ozonlochs sorgt im Zusammenhang mit dem „**Treibhauseffekt**“ für einen dauerhaften Anstieg der durchschnittlichen Temperaturen auf der Erde, die Erderwärmung, und die damit verbundenen Folgen für Mensch und Natur.

Durch die kapitalistische Produktion werden zudem dauerhaft und fast überall auf der Erde weitere giftige Gase und Feinstäube in die Luft geblasen. Diese entstehen insbesondere in allen Verbrennungsmotoren und Kraftwerken bei der Verbrennung fossiler Energieträger. Die Entwicklung effizienter Gegenmaßnahmen würde den Profit schmälern und findet daher kaum statt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) geht davon aus, dass 90 Prozent der Weltbevölkerung durch Luftverschmutzung belastet ist und jedes Jahr weltweit mehr als sieben Millionen Menschen an den Folgen der Luftverschmutzung sterben.⁷ Da der WHO aus vielen Ländern keine gesicherten Daten vorliegen, dürfen wir von einer noch deutlich stärkeren Belastung ausgehen.

6 Zeit.de, „So ein gigantisches Ozonloch hat uns überrascht“, 26.10.2015, <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2015-10/ozonloch-ozonschicht-suedpol-folgen-interview>

7 <https://www.welt.de/newsticker/news1/article175997707/Umweltverschmutzung-WHO-Weltweit-jaehrlich-rund-sieben-Millionen-Tote-durch-Luftverschmutzung.html>



Klimawandel

Einher mit dem oben Beschriebenen geht der durch die Umweltzerstörung geschaffene Klimawandel, bzw. genauer gesagt die **globale Erderwärmung** und ihre Folgen. Unter der globalen Erderwärmung ist der Anstieg der durchschnittlichen Temperatur auf der Erde, verglichen mit der vorherigen Zeitperiode gemeint.

Dabei ist es wichtig zu wissen, dass es Klimaveränderungen auf der Erde immer wieder gab. Wir haben es heute aber mit einer durch den Menschen, oder besser gesagt einem durch die kapitalistische Produktionsweise hervorgerufenen Klimawandel zu tun. Dieser verändert das Klima in einer äußerst rasanten Geschwindigkeit, auf den sich weder die Menschen noch die Natur einstellen können. Bürgerliche Wissenschaftler gehen davon aus, dass der Klimawandel die Durchschnittstemperaturen bis zu 100 Mal schneller verändert, als dies in der Natur bisher vorgekommen ist. So kann der durch die kapitalistische Produktion geschaffene Klimawandel das Gleichgewicht ökologischer Systeme nachhaltig stören und sie dadurch schädigen oder sogar zerstören.

Dies führt unter anderem dazu,

dass das Eis am Nord- und Südpol sowie die Gletscher der Welt schmelzen, was zu einem rasanten Anstieg des Meeresspiegels führt. Dadurch sind Millionen Menschen direkt in ihrer Existenz bedroht. Riesige Landmassen drohen im steigenden Meeresspiegel unterzugehen.

Parallel führt die Erderwärmung dazu, dass auch die gigantischen Permafrostböden in weiten Flächen von Sibirien, Alaska, Kanada und Grönland mit steigender Geschwindigkeit auftauen. Sowohl das Schmelzen der Gletscher, als auch das Auftauen der Permafrostböden, führt dazu, dass Milliarden Tonnen in der Erde eingeschlossenes Methan gas, CO₂ und gigantische Mengen anderer umweltschädigender Substanzen freigesetzt werden, was die Erderwärmung weiter beschleunigen wird. Die bürgerliche Wissenschaft spricht bei diesem Rückkopplungsprozess von „Kippunkten“, also qualitativen, sprunghaften Veränderungen des Weltklimasystems, die nicht mehr rückgängig gemacht werden können.

Gleichzeitig können wir schon heute mit der Erderwärmung eine besondere Zunahme von zahlreichen Umweltkatastrophen wie

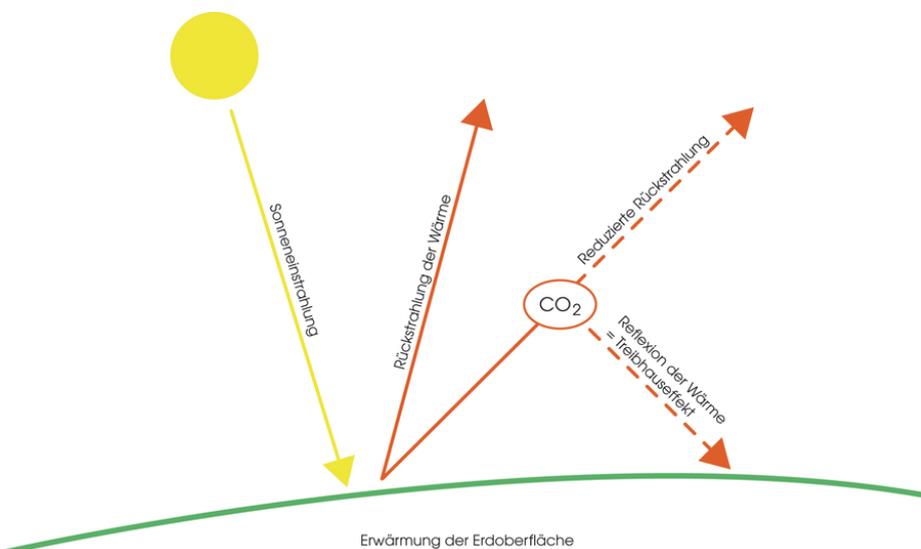
eine drastische Anhäufung von **Extremwetter**, also Stürmen, Überflutungen, lang anhaltenden Hitzeperioden und Dürren sowie die Ausdehnung von Wüsten beobachten.

Sollte sich die Erderwärmung weiter fortsetzen bzw. ihre Geschwindigkeit noch weiter zunehmen, sind ihre Folgen für das natürliche Ökosystem und Rückwirkungen auf die verschiedenen Bereiche der Natur bisher kaum abzuschätzen. Fest steht jedoch, dass sich die Lebensbedingungen für einen Großteil der Menschen und Tiere stark verschlechtern werden.

Vernichtung der Wälder und Artensterben

Auch die weltweite Abholzung und Vernichtung von immer mehr Waldflächen ist neben der Verbrennung von fossilen Energieträgern eine zentrale Ursache der globalen Erderwärmung. Wälder sind die wichtigsten CO₂-Speicher der Welt und gleichzeitig notwendig, um durch die Photosynthese aus dem CO₂ den für zahlreiche Lebewesen notwendigen Sauerstoff zu produzieren.

Die Umweltschutzorganisation WWF schätzte im Jahr 2011, dass durch Menschenhand in den vergangenen 8.000 Jahren rund 35 Prozent der weltweiten Waldfläche vernichtet wurden. Die Urwälder, in denen 50 Prozent aller Pflanzen- und Tierarten leben, wurden bereits zu rund 78 Prozent zerstört. Heute gibt es noch rund vier Milliarden Hektar Waldfläche.⁸ Laut der Organisation „Global Forest Watch“ werden jährlich rund 30 Millionen Hektar Wald vernichtet.⁹ Sei es durch Abholzung zum Verkauf oder um das Land zum An- oder Abbau ande-



8 https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF_Waldzustandsbericht.pdf

9 www.globalforestwatch.org

rer Ressourcen zu nutzen. Oftmals werden dazu riesige Waldgebiete einfach abgebrannt.

Die Brandrodungen führen durch das Freisetzen von im Boden gespeicherten Kohlenstoffen zu einem massiven Anstieg des CO₂-Ausstoßes in die Luft. Gleichzeitig fallen mit den Wäldern die zentralen CO₂-Speicher weg, welche daraus wieder Sauerstoff produzieren könnten.

Parallel zur Rodung der Wälder werden auch viele Pflanzen und Tiere für immer vernichtet. Sie leben überwiegend in Wäldern und Urwäldern und haben keine Überlebenschance, wenn ihr natürlicher Lebensraum verschwindet. Die UN-Biodiversitätsplattform (IPBES) geht etwa davon aus, dass durch Menschen heute das größte **Artensterben** seit dem Verschwinden der Dinosaurier verursacht wird. In dem im Mai 2019 erschienenen Bericht der Plattform heißt es, dass zwischen einer halben und einer Millionen Arten weltweit vom Aussterben bedroht seien. Ein Viertel aller erfassten Tier- und Pflanzenarten soll bereits ausgestorben sein.¹⁰

Neben dem Klimawandel und der Vernichtung und Vertreibung zahlreicher Tier- und Pflanzenarten durch die Zerstörung ihrer Lebensräume, ist ein weiterer Grund für das Artensterben der Anbau und die Züchtung von Monokulturen in der industriellen Landwirtschaft und die Genveränderung von Saatgut.

Verschmutzung von Wasser und Meeren

Ein weiterer Aspekt der durch den Kapitalismus verursachten Umweltzerstörung ist die Verschmutzung von Wasser und Meeren. Dabei geht es vor allem um die Belastung des Grundwas-



Riesiger Müllteppich im Meer

serters, der Flüsse und Meere mit Industrieabfällen, Düngemittelrückständen, Erdöl, Schwermetallen und weiteren Chemikalien sowie die Vermüllung der Gewässer zum Beispiel durch Plastikabfall.

Dies führt dazu, dass der Mangel an sauberem Trinkwasser immer mehr zunimmt. Heute soll jeder dritte Mensch kein sauberes Trinkwasser zur Verfügung haben. Durch den steigenden Verbrauch und die zunehmende Verknappung von Trinkwasser wird das Problem in Zukunft noch größer werden. Schon heute müssen viele Menschen ihre Heimat verlassen, weil sie keinen Zugang zu Trinkwasser haben. Wissenschaftler gehen davon aus, dass zukünftig vermehrt Kriege um den Zugang zu Trinkwasser geführt werden.

Gleichzeitig hat die Verschmutzung der Weltmeere unvorstellbare Dimensionen angenommen. Laut dem UN-Umweltprogramm (UNEP) sollen jährlich mehr als 6,4 Millionen Tonnen Plastikmüll in die Ozeane gelangen.¹¹ Dieser Müll wird nach und nach zersetzt, und gelangt dann in Form von Mikroplastik-Teilchen an fast jeden Ort der Welt. Forscher fanden in Proben aus den verschiedenen Ozeanen im Durchschnitt 13 Teil-

chen pro 50 Milliliter Meerwasser. Über die Nahrungskette gelangt das Mikroplastik auch in den Organismus von Pflanzen, Tieren und Menschen.

Parallel mit dem Klimawandel und dem Schmelzen der Pole steigt auch die Meerestemperatur ständig an. Das hat unmittelbare negative Folgen für viele Meereslebewesen und Pflanzen. Gleichzeitig drohen damit die gigantischen Meeresströmungen wie z.B. der Golfstrom beeinflusst zu werden und im extremsten Fall zum Erliegen zu kommen. Dies hätte unmittelbare Auswirkungen auf das Klima in vielen Regionen der Welt.

Der durch die kapitalistische Produktion immer weiter ansteigende Ausstoß von CO₂ lagert sich auch in den Meeren ab. Hier führt er zu einer starken **Versauerung der Meere**, was insbesondere Muscheln und Korallen zusetzt.

Durch die Erwärmung und Verschmutzung der Ozeane wird zudem die Entstehung von Phytoplankton, das ist die Gesamtheit der im Wasser schwebenden pflanzlichen Organismen, massiv beeinträchtigt. Phytoplankton ist ähnlich wie die Bäume für die Produktion von Sauerstoff verantwortlich. Forscher schätzen, dass 70 bis 80 Prozent des in der Atmo-

¹⁰ https://www.ipbes.net/sites/default/files/downloads/spm_unedited_advance_for_posting_htn.pdf

¹¹ <https://www.welt.de/wissenschaft/umwelt/article135525730/Wo-irrwitzige-Mengen-an-Plastikmuell-verschwinden.html>

sphäre existierenden Sauerstoffs von diesen Algen produziert wird. Doch allein zwischen 1950 und 2010 soll der weltweite Bestand von Phytoplankton um 40 Prozent zurück gegangen sein.¹² Ein weiterer starker Rückgang wird die Existenz von Lebewesen in den Meeren und überall auf der Welt perspektivisch in Frage stellen. Schon heute gibt es in allen Ozeanen gigantische „Todeszonen“ in denen die Sauerstoffkonzentration so niedrig ist, dass hier keinerlei Lebewesen mehr existieren können. Diese Todeszonen dehnen sich immer weiter aus.

Industrielle Umweltkatastrophen

Zu den bisher aufgezählten Entwicklungen kommen noch unzählige direkte industrielle Umweltkatastrophen und Verbrechen hinzu. Nur die wenigsten und größten schaffen es überhaupt in die bürgerlichen Medien und werden dadurch bekannt. Das Ableiten von verunreinigtem Wasser, Chemikalien, giftigen Dämpfen und Rauch etc. aus Fabriken in den Boden, die Gewässer und die Luft ist überall auf der Welt trauriger Alltag der kapitalistischen Produktion.

Die immer wieder öffentlich werdenden, vom Menschen verursachten großen Umweltkatastrophen zeigen die gewaltige Vernichtung der Natur durch die kapitalistische Produktion. Beispielhaft seien hier einige besonders herausragende Ereignisse genannt, die tausende Menschen das Leben kosteten und gigantische Flächen der Erde quasi unbewohnbar machten.

Dabei sind zunächst das Kentern von zahlreichen Öltankern, das Sinken der Ölbohrplattform Deepwater Horizon im Jahr 2010



Bhopal-Opfer

und die Ölpest im Persischen Golf als Folge des zweiten Goldkriegs 1991 zu nennen. Durch Atomtests, Atombombenabwürfe und die Atomkatastrophen von Tschernobyl 1986 und Fukushima 2011 sind riesige Gebiete über Jahrzehnte unbewohnbar geworden. Auch in chemischen Fabriken kommt es regelmäßig zu großen Unfällen. Einer der schlimmsten dürfte wohl die Bhopal Katastrophe in Indien 1984 gewesen sein.

Hinzu kommt die Verwüstung ganzer Landstriche durch die Folgen imperialistischer Kriege, bei denen Unmengen an „herkömmlicher“, chemischer und atomarer Munition eingesetzt werden. Die Folgen für Menschen, Tiere und die Umwelt sind entsprechend.

ES GIBT KEINEN GRÜNEN KAPITALISMUS

Nachdem wir uns ausführlich die gesetzmäßigen und konkreten Folgen der kapitalistischen Produktionsweise auf die Natur angeschaut haben, dürfte sich die Frage nach der Möglichkeit eines „grünen Kapitalismus“ von selbst erledigt haben. Trotzdem gibt es immer wieder hartnäckige Versuche von bürgerlichen Organisationen und Parteien, genau dies zu propagieren und umzusetzen. Auch die Herrschenden versuchen immer wieder, die Umwelt-

frage für sich zu vereinnahmen und scheinbare Lösungen innerhalb des kapitalistischen Systems aufzuzeigen. In all diesen Fällen beinhaltet diese „Lösung“ jedoch einen direkten Angriff auf den Lebensstandard der ArbeiterInnenklasse. Das ist kein Zufall. In einer Klassengesellschaft, in der die Menschen in großer sozialer Ungleichheit leben, muss jede beliebige Maßnahme auf verschiedene Klassen eine unterschiedliche Wirkung entfalten.

In den vergangenen Jahren hat die **bürgerliche Umweltbewegung** erneut einen starken Aufschwung erlebt. Einerseits hängt das damit zusammen, dass sich die unmittelbaren Folgen der kapitalistischen Produktion immer mehr auch direkt auf das Leben großer Teile der Bevölkerung auswirken. Andererseits wird diese Bewegung selbst stark von den Herrschenden unterstützt, um die Folgen der Umweltkrise und die Kosten der Einführung neuer, scheinbar grüner Technologien auf die ArbeiterInnenklasse abzuwälzen.

Wenn wir verinnerlicht haben, dass und warum der Kapitalismus aus seiner Gesetzmäßigkeit heraus nicht die Einheit von Mensch und Natur verwirklichen kann, dann müssen wir auch drei weitere wichtige Punkte verstehen:

1. Die bürgerlich-moralischen Lö-

¹² <https://sciencedaily.com/releases/2010/07/100728131705.htm>

sungen der Umweltfrage wie z.B. die individualistische Konsumkritik oder die Einführung weiterer „Ökomassensteuern“ ändern rein gar nichts an der zerstörerischen Wirkung der kapitalistischen Produktion.

2. Im Kapitalismus wird auch die Einführung neuer und scheinbar fortschrittlicher Technologien nicht zu einem geringeren Rohstoffverbrauch oder nachhaltigem Wirtschaften führen. Wenn dies überhaupt eine Wirkung hat, dann wird es zur weiteren Ausdehnung der Produktion und dadurch zu einem noch größeren Gesamtverbrauch an Rohstoffen und einer noch größeren Überproduktion führen. Die heute als „grüne Technologien“ angepriesenen Techniken erweisen sich bei genauerem Hinsehen zudem bisher meist ebenfalls als äußerst umweltschädlich. Dies gilt insbesondere für den massenweisen Abbau der ihr zugrunde liegenden Rohstoffe.

3. Gleichzeitig würde eine umweltschonende Produktion eine Kreislaufwirtschaft voraussetzen. Diese ist im Imperialismus jedoch nicht denkbar, setzt sie doch eine maximale technologische Entwicklung aller Länder voraus. Dadurch würden die führenden imperialistischen Länder ihre Quelle von Extraprofiten aus den abhängigen Staaten verlieren. Dagegen werden sie sich mit aller Kraft zur Wehr setzen. Damit eng verbunden ist eine Wirkung der Gesetzmäßigkeit des tendenziellen Falls der Profitrate, die u.a. dazu führt, dass aller Entwicklung der Technik zum Trotz manuelle Arbeit im Kapitalismus niemals verschwinden wird. Die Gewinnung von Rohstoffen durch Bergbau ist eine Tätigkeit, die mittels primitiver

Handarbeit erfolgen kann. Sie wird im Kapitalismus immer auch – zumindest teilweise – so erfolgen, wie z.B. der Coltan-Abbau im Kongo zeigt. Daher wird unter kapitalistischen Bedingungen der Abbau von Rohstoffen immer profitabler sein als eine vollständige, hochtechnisierte Kreislaufwirtschaft.

Das Gesagte schließt natürlich ein, dass es hier eben nicht um die individuellen Fehlentscheidungen einiger besonders gieriger Kapitalisten geht, sondern um die Prinzipien der kapitalistischen Produktion. Deshalb müssen auch alle Appelle an bürgerliche Institutionen im Nichts verhallen. Parteien, Regierungen und Staaten sind die Einrichtungen, welche heute die Umweltverbrechen der Industriemonopole möglich machen und dafür sorgen, dass diese ungeschoren davon kommen. Zur Not werden sie dies auch mit Gewalt durchsetzen. Allein hieraus ergibt sich, dass eine Umorganisation der Produktion, dass ein Leben und Wirtschaften im Einklang mit der Natur im kapitalistischen System nicht möglich ist.

Im folgenden wollen wir uns die aktuell am häufigsten angeführten bürgerlichen Forderungen einmal etwas genauer anschauen und beleuchten, was sich dahinter verbirgt.

„Green New Deal“ und „grüne Massensteuern“

Der US-amerikanische Politiker Bernie Sanders fordert ihn genauso wie die zur SPD zählende Friedrich-Ebert-Stiftung oder die „grüne“ Heinrich-Böll-Stiftung und so manche grüne Basisinitiative: Den **„Green New Deal“**. Nach den Ideen der Vorkämpfer dieses Wirtschaftsprogramms soll es den Umbau eines Großteils der Industrie auf scheinbar grüne Technologien und erneuerbare Rohstoffe umsetzen.

Sicherlich unterscheiden sich die einzelnen Vorstellungen in Details, Ausführungen und Schnelligkeit voneinander. Alle haben sie jedoch gemeinsam, dass sie im Endeffekt auf gigantische Konjunkturprogramme mit Milliarden Euro oder Dollar hinauslaufen. Konjunkturprogramme, die die Profite für die Monopole sichern und gleichzeitig einige Umweltschutzmaßnahmen einführen, solange diese die Profite eben nicht grundsätzlich schmälern, sondern sie garantieren. Gleichzeitig wären diese Konjunkturprogramme der Ausgangspunkt einer durch die ArbeiterInnenklasse finanzierten Einführung neuer Technologien.

Neue sogenannte „Umwelttechnologien“ sind heute ein profi-



„Linke“ Demokratin Alexandria Ocasio-Cortez

tabler Markt für Kapitalinvestitionen. Dabei sind sie oftmals keineswegs so umweltfreundlich, wie sie uns angepriesen werden. Dies gilt zum Beispiel für die Herstellung von Elektroautos und Solaranlagen. Für beides werden in der industriellen Massenproduktion gigantische Mengen „seltener Erden“ und umweltschädlicher Chemikalien verbraucht. Oftmals werden diese Rohstoffe zudem in abhängigen Ländern unter extremen Ausbeutungsbedingungen abgebaut.

Auch der Anbau von Biomasse zur Energiegewinnung oder Naturkraftstoff hat seine Schattenseiten, etwa die Abholzung von Wäldern für neue Anbauflächen oder die Verknappung der Flächen, auf denen Lebensmittel angebaut werden und dadurch stark steigende Lebensmittelpreise. Ähnliches gilt für Wasserkraftwerke, deren Wirtschaftlichkeit oftmals nur durch den Bau gigantischer Stauseen und die Umleitung von Flüssen gesichert werden kann. Damit wird oft ganzen Landstrichen die notwendige Wasserversorgung entzogen.

Auch erneuerbare Energien und „grüne“ Technologien haben also ihren ökologischen und ökonomischen Preis. Sie sind nicht so nachhaltig und ökologisch, wie sie uns von Regierungen, Instituten oder Teilen der Umweltbewegung immer wieder verkauft werden.

Eine noch größere Augenschere sind die Konzepte, die unter dem Schlagwort „**CO2-Steuer**“ diskutiert werden. Wenn diese Konzepte, deren Vorkämpferin heute unter anderem Teile der Umweltbewegung sind, umgesetzt werden, gewinnt am Ende nicht die Natur, sondern die ArbeiterInnenklasse verliert.

Das grundlegende Konzept der CO2-Steuer ist eine Abgabe auf alle Waren, deren Höhe sich nach

der bei der Produktion bzw. dem Benutzen erzeugten CO2-Ausstoß richtet. Bei den unterschiedlichen Konzepten ist es egal, ob diese Steuern von den produzierenden Unternehmen eingezogen werden oder als zusätzliche Steuer auf die eigentlichen Preise aufgeschlagen werden. Am Ende müssen die VerbraucherInnen und damit in erster Linie die ArbeiterInnenklasse diese Steuer durch steigende Preise bezahlen. Die Gewinne der Unternehmen werden dadurch keinesfalls geschmälert.

Ein ähnlich wirkendes Konzept ist der Emissionshandel, bei dem Unternehmen für den Ausstoß von Schadstoffen entsprechende Emissions-Zertifikate kaufen müssen. Auch diese Kosten werden an die VerbraucherInnen weitergegeben. Gleichzeitig führt dies dazu, dass die großen CO2-Produzenten, wenn sie weniger Emissionen ausstoßen als sie Zertifikate haben, mit dem Handel der CO2-Zertifikate eine riesige Menge an Geld verdienen können. Sie sind also überhaupt kein Anreiz für die Monopole weniger CO2 zu produzieren. Dies zeigt sich bereits in der EU, in der dieser Emissionshandel seit 2005 gesetzlich geregelt ist.

Die beschränkte und falsche Konsumkritik

Ein weiterer Versuch die Umweltfrage ohne die Überwindung des Kapitalismus zu lösen ist die sogenannte „Konsumkritik“. Im Kern geht es dabei um den bewussten Verbrauch von und freiwilligen Verzicht auf Güter und Waren. Durch das individuelle Verhalten soll so ein verschwenderischer Lebensstil durchbrochen und die Umweltprobleme gelöst oder eingedämmt werden. Hierbei wird ein gesellschaftliches Problem auf die individuelle Ebene abgeschoben und auf individu-

alistische Weise zu lösen versucht. Es ist vollkommen klar, dass dies nur scheitern kann. Die idealistische Idee, durch sein eigenes scheinbar bewusstes Verhalten die gesellschaftliche Produktion und den Verbrauch zu verändern, ist nicht nur in kleinbürgerlichen Kreisen und der Umweltbewegung massenweise präsent, sondern heute bis weit in die revolutionäre Bewegung eingedrungen. Das, was wir als die Menschen im Kapitalismus gemeinsam nicht schaffen können, soll nun der oder die Einzelne vollbringen. Dabei vergessen die Anbeter des Individualismus vollkommen, dass große Teile der Menschheit in Armut und Elend leben müssen und nichts haben, auf das sie verzichten könnten. Milliarden Menschen leben nicht wie sie in den imperialistischen Zentren in scheinbarem Saus und Braus. Dies ist an chauvinistischer Unwissenheit kaum zu überbieten.

Genau hier setzt dann auch das klassenversöhnlerische Märchen der „**imperialen Lebensweise**“ an. Die Verfechter dieser Theorie bescheinigen den Menschen im sogenannten „globalen Norden“ eine „imperiale Lebensweise“ auf den Kosten des „globalen Süden“. Sie verschleiern damit die Aufteilung der Gesellschaft in sich unversöhnlich gegenüber stehende Klassen und fokussieren wie die Verfechter der Konsumkritik die Probleme nicht auf die kapitalistische Produktionsweise auf der ganzen Welt, sondern auf den Konsum der im globalen Norden lebenden Gesamtbevölkerung.

Ähnliches gilt für die Prediger der „**Postwachstumsökonomie**“, welche dafür eintreten, eine Wirtschaft ohne ökonomisches Wachstum aufzubauen und dabei bewusst den Lebensstandard zu senken. Sie verschleiern damit lediglich die eigentlichen Vertei-

lungsprobleme bzw. ihre Ursachen im Kapitalismus und haben keine Lösungen für diese parat.

All diese Ansätze haben gemeinsam, dass sie das kleinbürgerliche schlechte Gewissen sind, welches nach romantisierten, individualistischen Lösungen für gesellschaftliche Probleme sucht.

Wenn wir die Umweltfrage auf einer materialistischen Ebene angehen, dann wird schnell klar, dass wir nicht in erster Linie unsere Gedanken, unseren Konsum oder unsere Lebensweise ändern müssen, sondern vielmehr die materiellen Bedingungen und Strukturen der Gesellschaft verändert werden müssen. Wir müssen die zerstörerische kapitalistische Produktionsweise hinter uns lassen, damit eine natur- und umweltbewusste Lebensweise überhaupt möglich werden und einen realen gesellschaftlichen Einfluss haben kann.

Gleichzeitig müssen wir uns offensiv gegen die reaktionären Rufe nach Einschränkung des Konsums und damit der Senkung des Lebensstandards der ArbeiterInnenklasse zur Wehr setzen. Solche Forderungen, wie sie von Teilen der Umweltbewegung und der Grünen immer wieder formuliert werden, stärken dabei allein den repressiven bürgerlichen Staat. Er soll das Verhalten der ArbeiterInnenklasse zwangsweise verändern und Einschränkungen durchsetzen.

UMWELTFRAGE IST EINE KLASSENFRAGE

Wir wollen nochmal darlegen, warum auch die Umweltfrage eine Klassenfrage ist und nicht über den Klassen steht. Dies ist eine wichtige Grundlage, an der wir festmachen, dass die Umweltfrage eben nicht in der kapitalistischen Klassengesellschaft nachhaltig gelöst werden kann.

Wir haben oben bereits dargelegt, dass die große Mehrheit der Menschen heute keinesfalls im „Überfluss“ oder „über ihre Verhältnisse“ lebt. Dies gilt sowohl für die ArbeiterInnenklasse in Deutschland wie auch in anderen imperialistischen Ländern, als auch in allen anderen Ländern der Welt. Wer dies verneint, verneint letztendlich die Klassenfrage an sich.

Wie in allen andern Fragen, so gibt es auch in der Umweltfrage kein über den Klassen stehendes gemeinsames „Wir“, von dem die Konsumkritiker und PostwachstumsökonomInnen so gerne reden. Auch in der Umweltfrage lässt sich eindeutig zeigen, dass diese sich nach den Interessen der verschiedenen gesellschaftlichen Klassen aufgliedert.

Während die Kapitalistenklasse tatsächlich durch ihre Monopole und ihre verschwenderische unökonomische Lebensweise massiv für den Klimawandel und die massive Umweltzerstörung verantwortlich ist, treffen die Folgen

der Zerstörung vor allem und zuerst die ArbeiterInnenklasse. Und das, obwohl selbst nach bürgerlichen Berechnungen allein 100 Unternehmen für rund 70 Prozent des weltweiten CO₂-Ausstoßes verantwortlich sind.

Während wir auf der einen Seite stehen und die Umwelt vor den Folgen der kapitalistischen Produktionsweise und für unser weiteres Überleben schützen wollen, stehen uns die Kapitalisten auf der anderen Seite gegenüber, die an der größtmöglichen Ausbeutung von Mensch und Natur weiter festhalten. Privatisierte Gewinne und vergesellschaftete Umweltschäden sind die Folge.

Während die Kapitalisten sich noch vergleichbar lange gegen die Folgen der Umweltzerstörung ein schönes und erträgliches Leben erkaufen können, sterben Millionen ArbeiterInnen jedes Jahr an den Folgen der kapitalistischen Produktion und der durch sie hervorgerufenen Umweltschäden. Die ökologischen Kosten werden auf die ArbeiterInnenklasse abgewälzt. Die Umweltprobleme werden, soweit es geht, ausgelagert aus den imperialistischen Zentren in abhängige Länder (etwa die Müllverschiffung nach Afrika, Asien und Süd-Amerika). Ebenso findet umweltschädliche Produktion meist in diesen Ländern und mit kostengünstigen unterentwickelten Produktionsmethoden statt. Gleichzeitig treibt die dadurch hervorgerufene Um-



antikapitalistische UmweltaktivistInnen bei „Ende Gelände“

weltzerstörung mit steigender Tendenz Millionen ArbeiterInnen jedes Jahr zur Flucht.

Auch bei multinationalen Konferenzen und Abkommen sehen wir, wie die Interessen der verschiedenen Imperialisten und ihre Widersprüche bereits die Verhandlungen zum Scheitern verurteilen. Spätestens bei der Umsetzung scheitern vollmundige Absichtserklärungen an den unterschiedlichen Klasseninteressen bzw. der Konkurrenz innerhalb der herrschenden Klasse.

Es ist für uns daher vollkommen klar, dass eine wirkliche Lösung der Umweltfrage nur durch die revolutionäre Überwindung der kapitalistischen Produktionsweise und des imperialistischen Systems möglich ist.

SOZIALISMUS IST DIE EINZIGE ANTWORT

Als ArbeiterInnenklasse haben wir tatsächlich als einzige gesellschaftliche Gruppe die Macht und Kraft, die Umweltzerstörung zu stoppen und die grundlegende Einheit von Mensch und Natur wieder herzustellen. Damit das jedoch möglich wird, muss der Kapitalismus mit all seinen Eigenschaften auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen und durch eine andere Produktionsweise und ein anderes Gesellschaftssystem ersetzt werden.

Die einzige Produktionsweise, die das schaffen kann, ist die gesellschaftlich geplante Produktion im Sozialismus. Sie ist bis zum Übergang zum Kommunismus die einzige Gesellschaftsform, welche die Einheit von Mensch und Natur wieder herstellen und in Einklang bringen kann. In ihr gehören die Überproduktion bei gleichzeitiger Unterkonsumtion (Unterversorgung) und die mutwillige Vernichtung von Waren und Produkti-

onsmitteln der Vergangenheit an. Dem kapitalistischen Drang nach immer weiterer Ausdehnung der Warenproduktion wird die nach den Möglichkeiten und Bedürfnissen der sozialistischen Gesellschaft organisierte und geplante Produktion entgegengesetzt.

Schon Karl Marx schrieb in seinen ökonomisch-philosophischen Manuskripten im Jahre 1844, dass *„Der Kommunismus als positive Aufhebung des Privateigentums als menschlicher Selbstentfremdung (...) die wahre Auflösung des Widerstreits zwischen dem Menschen mit der Natur und mit dem Menschen“* ist.¹³

Doch der Sozialismus ist natürlich kein einfaches Allheilmittel, die sozialistische Revolution wird die Umweltzerstörung nicht einfach stoppen. Dazu braucht es bewusste Anstrengungen der neuen Gesellschaft, um die Umweltzerstörung zu stoppen bzw. schnellstmöglich rückgängig zu machen, dort wo es die Möglichkeit dazu gibt. Dabei wird sich erst noch zeigen, welche Schäden an der Umwelt sich noch rückgängig machen lassen und welche nicht.

Der Sozialismus hat zudem zwar die Einheit von Mensch und Natur als Ziel, wird diese jedoch erst mit der Zeit erreichen können. Zunächst wird die Festigung des sozialistischen Aufbaus und die Sicherstellung der grundlegenden Lebensbedürfnisse der Menschen im Vordergrund stehen.

Doch dann wird der Umweltschutz in Verbindung mit der Höherentwicklung der Produktionstechnik und -verfahren zu einer gesellschaftlichen Maxime erhoben werden. So wird im Sozialismus die Sicherung der maximalen Befriedigung der wachsenden materiellen und kulturellen Bedürfnisse der gesamten Gesellschaft

durch stetige Vervollkommnung der sozialistischen Produktion und auf der Basis der höchstentwickelten Technik im Einklang mit der natürlichen Lebensgrundlage gewährleistet werden.

Dabei muss klar sein, dass sich die Umwelt nicht in einem oder wenigen Ländern alleine retten lässt. Damit die Umwelt gerettet werden kann, muss letztendlich weltweit der Sozialismus als Übergangsgesellschaft zum Kommunismus siegen.

Die Geschichte hat uns gezeigt, dass es auch in der sozialistischen Sowjetunion nur ein mangelndes Bewusstsein für die Wichtigkeit der Entwicklung des Sozialismus in Einheit mit der Natur gab. Einerseits lag dies an den schwierigen Startbedingungen und den dauerhaften imperialistischen Bedrohungen und Angriffen von innen und außen. Andererseits führte der damalige technische Stand dazu, der weder die objektiven Möglichkeiten für ein ausgeprägtes Umweltbewusstsein noch entsprechend umweltschonende Alternativen bot.

Gleichzeitig müssen wir anerkennen, dass es bereits damals in der Sowjetunion gewisse Ansätze zum Schutz der Natur gab, wie Aufforstungs- und Bewässerungsprojekte, die jedoch in erster Linie eine Notwendigkeit zur Bewirtschaftung bestimmter Gebiete waren.

Ab Mitte der 1950er Jahre wurden dann immer mehr wirtschaftliche Maßnahmen beschlossen, welche nicht mehr im Einklang mit der Natur standen und diese teilweise massiv schädigten. Mit dem wachsenden Einfluss des Revisionismus und der Abkehr vom sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion wurde auch die Umwelt immer mehr zum Ausbeutungsobjekt.

Grundsätzlich müssen wir fest-

13 K. Marx, MEW Ergänzungsband 1, S. 536

stellen, dass es in der Geschichte der kommunistischen Bewegung hier viele Fehler und Schwächen gab. Die Umweltfrage spielte in Theorie und Praxis jeweils nur eine untergeordnete Rolle. Auch ist die Isolierung der kommunistischen und ArbeiterInnenbewegung von der Umweltbewegung bis heute nicht ausreichend aufgebrochen worden.

UNSERE AUFGABEN HEUTE

Wir haben auf den vorhergehenden Seiten ausführlich dargestellt, warum sich die Umweltfrage nicht im Rahmen des herrschenden kapitalistischen Systems lösen lässt und warum nur der Sozialismus die notwendigen Bedingungen für die Befreiung von Mensch und Natur schaffen kann.

Diese Erkenntnis zu gewinnen ist wichtig, reicht jedoch bei weitem nicht aus. Denn noch viel zu oft unterschätzen die KommunistInnen die Umweltfrage als eine existenzielle Frage für die ArbeiterInnenklasse und betiteln die entstehenden Umweltbewegun-

gen abfällig und hochnäsiger als kleinbürgerlich und daher nicht unterstützenswert.

Es ist vollkommen richtig, dass heute fast alle Teile der Umweltbewegung kleinbürgerlich oder reformistisch geprägt sind. Das darf jedoch kein Grund sein, ihr ablehnend gegenüber zu treten. Es muss vielmehr ein Ansporn für uns sein, selbst Teil dieser Bewegung zu werden und ihren Charakter in einen systemkritischen und revolutionären zu verändern.

Wir müssen als RevolutionärInnen und KommunistInnen unsere eigene Schwäche überwinden und das bei immer mehr Menschen geweckte Umweltbewusstsein vertiefen und in die richtige Richtung lenken.

Im Mittelpunkt unserer Agitation und Propaganda muss die Beseitigung von falschen, systemkonformen Illusionen stehen. Gleichzeitig müssen wir den Sozialismus als klare Lösung aufzuzeigen. Dabei dürfen wir nicht arrogant herangehen, sondern müssen nach und nach versuchen, immer

größere Teile der ArbeiterInnen und die fortschrittlichen Teile der Umweltbewegung zu beeinflussen. Wir müssen uns dafür einsetzen, dass jeder Umweltkampf sich auch gegen das kapitalistische System richtet.

Gleichzeitig müssen wir die Versuche, den kapitalistischen „Umweltschutz“ als Argument für Angriffe auf die ArbeiterInnenklasse zu nutzen, entschieden zurückgeschlagen und aufzeigen, wie die Monopole versuchen werden, uns für die Einführung neuer „grüner“ Technologien zahlen zu lassen. Um das zu erreichen, müssen wir aufzeigen, dass auch die Frage des Umweltschutzes eine Klassenfrage ist. Dafür müssen wir die bürgerlichen Konzepte des Umweltschutzes aus Politik, Wirtschaft und Umweltbewegung als kapitalistische Reformprogramme entlarven und sie durch ein revolutionäres Programm ersetzen. Deshalb müssen unsere Parolen „Klassenkampf statt Konsumkritik!“ und „Sozialismus statt ‚grüner‘ Massensteuern!“ heißen.



**FÜR EINE REVOLUTIONÄRE
KLIMAPOLITIK!**

SOZIALISMUS STATT CO²-STEUER

WWW.KOMAUFBAU.ORG

**UNSERE ALTERNATIVE
SOZIALISMUS!**

KA ★

KF ★

KJ ★